

Bd. ~~X~~

Termine:

Justizprüfungsamt?

Ja — nein

Falls ja: P — K — V — R

Unterschrift:

Mitteilungen nach Nrn.

MiStra.

Benötigt werden Abschriften von:

# Staatsanwaltschaft

bei dem ~~Kammer~~ Landgericht Berlin

## Strafsache

bei de — Strafkammer des — gericht

Verteidiger:

RA. .... Vollmacht Bl. ....

gegen Baumann,

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01

Nr.: **268**

wegen *Mordes*

Haftbefehl Bl. — aufgehoben Bl.

Anklage Bl.

Eröffnungsbeschuß Bl.

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl.

Berufung Bl.

Entscheidung über die Berufung Bl.

Revision Bl.

Entscheidung über die Revision Bl.

Strafvollstreckung im  
Vollstreckungsheft — Bl.

Zählkarte Bl.

Strafnachricht Bl.

**Ss**

Weggelegt

Aufzubewahren: — bis 19

— dauernd —

Geschichtlich wertvoll? — Ja — nein —

**Ks Ls Ms**

*17s 1/67 (Stapol. Bl.)*

AU 57

Mit dem STA Konsil u. d. S.,  
 nur je 3 Ablichtungen aus den nachstehend benannten  
 Personenheften zu konzonen zu lassen.

Alt

V(l18) Lübeck, Hermann - Bl. 12-20, 25-32

V(l31) Lewerenz, Erich - Bl. 12-14, 22-25

V(l43) Löse, Friedrich - Bl. 9-17, 25-28

für Dok. Stapol.  
 + PH

→ V(m15) Möller, Erich - Bl. 21-21c -

für PH

→ V(m34) Moosmann, Rupert - Bl. 17-26, 33-42

für PH

→ V(m38) Mertens, Adolf - Bl. 9-13, 28-33 V

für PH

→ V(n4) Neumann, Otto - Bl. 13/14, 19-27, 29-36

V(o5) Oesterreich, Herbert - Bl. 26-40 -

V(o7) Ortwald, Oskar - Bl. 9-11 -

V(o9) Oppermann, Lisny - Bl. 1-10 -

V(p5) Prokop, Friedrich - Bl. 16, 19, 84-86

V(p9) Pollmann, Wilhelm - Bl. 21/22, 29-32 -

V(p17) Pläper, Emil - Bl. 35-38, 47-63

(84-86 für 7/67 →)

V(p38) Paul, Herbert - Bl. 16 mit Rs. -

für PH

DP

Beein, den 4. 9. 68  
 Kapel

V.

1.) Ablichtungen wie erwartet herstellen

2.) wv

4/9/68 K

am 9. SEP. 1968 R. K.

(2x) An Abhol-Aktionen  
teilgenommen

Lübeck

tu

Hermann

— 2. und Bd. III  
 Bl. 45 ff —

angefangen \_\_\_\_\_  
 beendigt \_\_\_\_\_  
 19 \_\_\_\_\_



Stolzenberg  
 Bestell-Nr. 1

Bei Behördenheftung  
 ist dies die Titelseite

EINSTÜCK zu  
 1 Js 9-65  
 St. poleit-Bln

Der Generalstaatsanwalt Hannover, den 13. Juni 1966  
bei dem Kammergericht Berlin

- 1 Js 9/65 ( Stapoleit Bln.) -

3  
M

Gegenwärtig:

R u n g e  
Erster Staatsanwalt

Thieler  
Kriminalmeister

Heinz, Justizangestellte  
als Protokollführerin

Vorgeladen erscheint der Steuerhauptsekretär

Hermann L ü b e c k ,  
geboren am 27.2.04 in Königslutter,  
Hannover, Grosse Barlinge 11

und erklärt:

Mir ist eröffnet worden, welche Tat mir zur Last gelegt wird und welche Strafvorschriften in Betracht kommen.

Ich bin darauf hingewiesen worden, dass es mir freisteht, mich zu der Beschuldigung mündlich oder schriftlich zu äussern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor meiner Vernehmung, einen von mir zu wählenden Verteidiger zu befragen.

( §§ 163 a, 136 StPO).

Ich will aussagen.

In meinem Vorgang (Personalheft PSt 1 18) befindet sich auf Blatt 5 die Ablichtung eines Lebenslaufes, den ich am 10.3.1941 anfertigen musste. Er steht im Zusammenhang mit einem R.u.S. Fragebogen. Die Originale dieser Dokumente befinden sich im Dokument -Centre in Berlin. Der Inhalt dieses Lebenslaufes ist mit mir durchgesprochen worden. Die dort gemachten Angaben sind zutreffend; ich mache sie zum Gegenstand meiner heutigen Vernehmung. Ergänzend führe ich aus:

Eins meiner Kinder, die Tochter, verstarb zwischenzeitlich. Mein Sohn ist 33 Jahre alt. Ich bin noch immer verheiratet mit Margarete geb. Reuther.

Kurz nach Kriegsende wurde ich von den Russen in Haft genommen, und in ein Aufnahmelager bei Weimar/~~gebracht~~ verbracht. Infolge meiner schweren Erkrankung (Krätze) entliess man mich 8 Monate später nach Berlin.

Der ~~Staats~~polizeileitstelle Berlin habe ich vom 15.9.35 bis Kriegsende ununterbrochen angehört. Wenn in dem mir vorgelesenen Lebenslauf ausgeführt ist, dass ich von der Kriminalpolizei Berlin in die Geheime ~~Staats~~polizei "übernommen" worden bin, so ist diese Formulierung nicht ganz korrekt. In Wirklichkeit wurde die gesamte Abteilung M II 1 der Kriminalpolizei (Homosexualität) zur ~~Staats~~polizeileitstelle Berlin abgeordnet und dort als neues Referat eingegliedert. Dieses Referat trug zunächst die Bezeichnung B 3; später gehörte ich einer Abteilung an, die die Bezeichnung IV A 3 hatte. In dieser Abteilung bearbeitete ich bis Kriegsende die Sachgebiete Gemeinschaftswidriges Verhalten, Homosexuelle Sonderfälle und verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen.

Während meiner Tätigkeit bei der ~~Polizei~~ ~~Staats~~polizeileitstelle Berlin arbeitete ich unter den Vorgesetzten KM Heinrich Schmidt, Kriminalrat Wilhelm Tennholt, KK Gustav Grauer (kurzfristig), KM Bramfeld (kurzfristig), KK Günther Werner und bis Kriegsende KK Felix Barthold. Wenn ich mich recht erinnere, erhielt die Abteilung die Bezeichnung IV A 3 mit unserer Überwehslung in das Gebäude in der Burgstrasse. Nachdem die Diensträume in der Burgstrasse ausgebombt worden waren, arbeiteten wir zunächst in einem Gebäude in der Oranienburgerstrasse und später in der Französischen Strasse 48. Mir fällt eben noch ein, dass vorübergehend auch der Kriminalrat Ernst Menneking (1942) der Abteilung vorstand. Dasselbe gilt von dem Kriminalrat Ernst Riede. Der Kriminalrat Gang (später Kriminaldirektor) stand den in der Burgstrasse und Oranienburgerstrasse unterbrachten Behördenteilen vor. Wir nannten ihn "Hauskommandant".

Gang wurde von dem Kriminalrat Gaede in dieser Eigenschaft abgelöst. Ich kann nicht sagen ob Gaede das Kriegsende überlebt hat.

Hinsichtlich meines Arbeitsgebietes "Homosexuelle Sonderfälle" ist zuzusagen:

Mindestens 95 % der anfallenden Vorgänge betrafen Verstösse gegen § 175 a StGB ; sie wurden ausnahmslos an die zuständige Staatsanwaltschaft abgegeben, wenn sie ausermittelt waren. Nicht selten kam es vor, dass sogenannte Strichjungen bis zu 21 Tagen in die Polizeischutzhaft genommen wurden. Die hierfür erforderliche Entscheidung fällte auf meinen Vorschlag hin der zuständige Dienststellenleiter.

Hinsichtlich des Arbeitsgebietes " Gemeinschaftswidriges Verhalten und " verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen " handelte es sich in der Mehrzahl der Fälle um Vorgänge, die verbotenen Geschlechtsverkehr deutscher Frauen mit Kriegsgefangenen oder Fremdarbeitern betrafen. Ausserdem erhielt ich Mitteilung über Ereignisse aus den in Berlin gelegenen Kriegsgefangenenlagern, soweit deutsche Bürger darin verwickelt waren.

Die Bearbeitung dieser vorgenannten Vorgänge erfolgte regelmässig in der Weise, dass die erforderlichen Vernehmungen durchgeführt wurden, ein Schlussvermerk gefertigt wurde, und der abgeschlossene Vorgang dem Referatsleiter vorgelegt wurde. Dieser entschied auf meinen entsprechenden Vorschlag hin über die sogen. staatspol. Massnahmen: Belehrung, Verwarnung, oder Schutzhafteinweisung bis zur Dauer von 21 Tagen, sofern nicht Einweisung in das Arbeitserziehungslager Wuhlheide in Betracht kam, die bis zu 56 Tagen dauern konnte, theoretisch konnte der Vorschlag auch auf "Sonderbehandlung" lauten. Darunter wurde die Verabreichung von Stockschlägen oder Aussageerpressung ~~verstanden~~ (verschärfte Vernehmung) verstanden. Dass die Bezeichnung "Sonderbehandlung" die Liquidierung von Schutzhäftlingen bedeutete, ist mir erst nach Kriegsende bekannt geworden, und zwar auf Grund von Gesprächen unter Mithäftlingen im KZ.

Wurde auf Schutzhalt - oder Arbeitserziehungslagereinweisung - in meinem Referat entschieden, so wurde der Vorgang dem Referat Schutzhalt ( Leiter: Pol.Rat. Rottau ) abgegeben. Hatte der Betroffene seine ~~zu~~ ihm zudiktierten Hafttage (Schutzhalt), Arbeitserziehungslager) abgesessen, so erhielt ich vom Schutzhaltreferat eine entsprechende schriftliche Mitteilung. Ich kann mich an keinen ~~speziell~~ Fall erinnern, wo der Inhaftierte nicht entlassen, d.h. anschliessend in ein KZ eingewiesen worden wäre.

In der Unterabteilung IV A 3 waren insgesamt etwa 20 Beamte beschäftigt. An folgende Namen kann ich mich heute noch erinnern.

6/15

von beiden hörte ich, dass sie nach 45 ermordet worden sein sollen, <sup>von aus erzählte mir</sup> Walter Genge, der 1961 in Berlin verstarb. Für mich und Genge arbeitete als Schreibkraft ein Frl. Grund. Kurt Schuckardt war Kriminalangestellter und arbeitete uns zu. Krim. ~~Sekr.~~ Insp. Kerst bearbeitete Vorgänge von Heimtücke; meines Wissens erschoss er sich nach Kriegsende. Im Abteilungsbüro sass der Krim. Sekr. Gustav Kuhnert. Ein Frl. Schneider (verstorben) arbeitete im Abteilungsbüro. Ausserdem kann ich mich noch an den Krim. Sekr. Krause erinnern, der im Referat Abhören ausländischer Sender tätig war.

Zum Referat Schutzhalt hatte ich lediglich die vorgenannten dienstlichen Kontakte. Ob die Beamten dieses Referates Vorgänge bearbeiteten, in denen die Liquidierung eines Schutzhäftlings vorgeschlagen wurde, habe ich seinerzeit nicht erfahren.

## Verfolgung der Berliner Jugend

Mir war bekannt, dass Angehörige der Staatspol. Leitstelle Berlin soweit sie dienstlich abkömmlich waren, zu Aktionen herangezogen wurden, /z.B. Aktionen/ die die Abholung jüdischer Bürger Berlins aus ihren Wohnungen und deren Verbringung in die Sammelstelle Levetzowstrasse ( ehemalige Synagoge) zum Ziele hatten. Auch ich bin 2 mal bei derartigen Aktionen eingesetzt worden, und kann mich erinnern, dass uns hierbei Angehörige der Schutz-Verwaltungs- und Krim. P. ol. unterstützten. An sich war für diese Juden - Massnahmen allein das Judenreferat zuständig, zu mindest lag die Federführung bei ihm. Die Angehörigen des Judenreferates waren jedoch ausser Stande, die im Zusammenhang mit den Juden - Massnahmen angefallenen Arbeiten allein zu bewältigen. Bei meinen beiden Abhol-Einsätzen begleitete mich mein Kollege Krim. Sekr. Genge. Der Einsatz erfolgte jeweils nach Dienstschluss ( ab 18.00 Uhr). Zuvor hatten wir von unserem Abteilungsbüro einen Zettel mit der Wohnanschrift der abzuholenden Juden erhalten. Ich vermute, dass diese Zettel

von Angehörigen des Judenreferates ausgeschrieben worden waren. Genaue Einzelheiten sind mir insoweit nicht bekanntgeworden; auch kann ich nicht sagen, welcher Beamter aus meinem Abteilungsbüro die Zettel an mich aushändigte.

Die überraschende Tatsache, dass ich insgesamt nur 2 mal zu Abholaktionen herangezogen wurde, erklärt sich daraus, dass das Judenreferat wenig später dazu überging, die zu evakuierenden Juden durch Angehörige der jüdischen Gemeinde auffordern zu lassen, zu den vereinbarten Sammelstellen freiwillig zu kommen.

Mein Einsatz ist im übrigen nur in einem Falle erfolgreich gewesen. Die von mir abzuholende ältere Frau trafen wir an. Sie war ~~auf ihre Anerkennung~~ - wie übrigens alle anderen abzuholenden Juden auch - auf unser Kommen vorbereitet. Offenbar war sie von Angehörigen der jüdischen Gemeinde hiervon in Kenntnis gesetzt worden. Sie führte einen Rucksack und mehrere Handtaschen bei sich, in denen sich die Gegenstände befanden, die sie mitnehmen durfte. Wir begleiteten sie unter Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel zur Sammelstelle in der Levetzowstrasse. Im zweiten Falle sollten wir ein jüdisches Zahnarzthepaar abholen. Wir trafen jedoch niemanden mehr an, und lieferten daraufhin den Zettel ~~zur~~ mit der Wohnanschrift in der Sammelstelle wieder ab. Bei dieser Gelegenheit erteilte mir ein Krim.Kom. , der in der Sammelstelle Levetzow-str. eine leitende Funktion inne haben musste, die Weisung, hier <sup>zu bleiben und</sup> an der Durchsuchung des von den Juden mitgeführten Gepäcks zu beteiligen. Ich setzte mich deshalb hinter einen der in einem grossen Raum nebeneinander aufgestellten Tische, an die die Juden mit ihrem Gepäck herantreten mussten. Wurden Gegenstände gefunden, die den Juden weggenommen werden mussten, so erhielten sie darüber eine "Quittung" . Diese "Quittung" sah so aus wie die Ablichtung einer Verfügung der geheimen Staatspolizei Staboleitstelle Berlin vom 1.8.1942 , die mir als Blatt 9 des <sup>Heftes</sup> des PSt I 18 vorgehalten worden ist. Diese Verfügung ordnet die Einziehung des gesamten Vermögens des Juden Georg Israel Alexander, geb. 5.10. 1867 in Rathenow , zuletzt wohnhaft in Berlin SO 16, Michael-Kirch -Str. 24 an, und ist mit "Lübeck" unterzeichnet. Ich räume ein, dass diese Unterschrift von mir stammt.

Gleichzeitig nehme ich zur Kenntnis, dass sich das Original dieser Verfügung sowie weitere 10 ähnliche Einziehungsverfügungen im Original mit der Unterschrift "Lübeck" beim Haupttreuhänder für Rückerstattungsvermögen in Berlin befinden.

Sollten die Unterschriften auf den weiteren 10 Einziehungsverfügungen die gleichen Schriftzüge tragen, wie sie/sich auf der mir vorgehaltenen Ablichtung befinden, so halte ich es für möglich, dass die Unterschrift auch auf diesen 10 weiteren Einziehungsverfügungen von mir stammt. Ich kann heute nicht mehr genau rekonstruieren, wie der technische Vorgang in Bezug auf Ausfertigung und Aushändigung der Einziehungsverfügungen erfolgte, glaube jedoch, dass sich die Dinge wie folgt abgespielt haben: Die von mir als "Quittung" bezeichneten Einziehungsverfügungen bestanden in 2 Ausfertigungen. Sie müssen mit dem Personalien der jeweils betroffenen Juden bereits ausgefüllt ~~gegeben~~ werden sein, als ich sie in die Hand bekam, da ich mich nicht erinnere, sie an Ort und Stelle mit Schreibmaschine ausgefüllt zu haben, lediglich fehlte noch die Unterschrift, die ich in dem Augenblick auf das Dokument setzte, wenn der betreffende Jude vor mir stand, und Gegenstände <sup>aus</sup> seinem Gepäck entnommen worden waren, die er nach den mir gegebenen Anweisungen nicht mitnehmen durfte ( z.B. Geld, Schmuck, Uhren und ähnliches). Ich händigte daraufhin eine Ausfertigung der Einziehungsverfügung dem betroffenen Juden aus. Was mit dem anderen Ausfertigungsexemplar geworden ist, kann ich heute nicht mehr sagen. Ich habe heute keine Erinnerung mehr daran, wie die Einziehungsurkunden in meine Hände gelangt sind. Es erscheint mir nicht völlig ausgeschlossen, dass den Juden bei Eintreffen in der Sammelstelle blanko ausgefüllte Formulare übergeben worden sind, die mir dann zur Unterschriftsleistung von den Juden überreicht wurden, sofern ein Beschlagnahmefall vorlag. Es ist aber auch denkbar, dass mir die bereits ausgefüllten Formulare von dem aufsichtführenden Kommissar übergeben worden sind und ich die dazugehörigen Juden aus dem Kreis der ~~angehörig~~ Anwesenden herausgerufen habe. Die Tatsache, dass sämtliche der mit "Lübeck" unterzeichneten Einziehungsverfügungen das Datum 1.8.1942 tragen ist für mich ein Indiz dafür, dass die Dinge sich so wie ich sie geschildert habe, abgespielt haben müssen. Eine andere Erklärung der Zusammenhänge vermag ich nicht zu geben.

Über das/ weitere Schicksal der in die Sammelstelle verbrachten Juden habe ich bis Kriegsende keine genaue Kenntnis erhalten. Aus Erzählungen unter Kollegen erfuhr ich, dass die Berliner Juden "nach dem Osten evakuiert" werden würden. Ort, ~~und~~ Art und Weise der neuen Unterkunft im Osten war nicht Gegenstand unserer Gespräche. Im übrigen gestehe ich, dass mich diese Dinge auch wenig interessiert haben, da ich mit ihnen dienstlich nichts zu tun hatte. Erst nach Kriegsende habe ich von Kameraden in den Konzentrationslagern und durch Presse und Rundfunk erfahren, dass die Juden im Osten umgebracht wurden. Ich bin sogar der Meinung, dass der grösste Teil der Angehörigen der Stapoleitstelle Berlin keine Kenntnis von dem wahren Schicksal der Juden hatte. Die Angehörigen des Judenreferates dürften allerdings etwas mehr Kenntnis von den Zusammenhängen gehabt haben.

Mit dem Judenreferat hatte ich dienstlich nur in der Weise Kontakt, dass mir auszugsweise Kenntnis von Vorgängen, die gemeinschaftswidriges Verhalten zum Gegenstand hatten, gegeben wurde, soweit es sich um sogen. "Arier" handelte.

Privat hatte ich mit Dobberke etwas Kontakt, dass heisst, wir unterhielten uns ab und zu über ausserdienstliche Dinge bei einem Glas Bier. Wenn mich nicht alles täuscht, unterstand Dobberke die Beaufsichtigung des jüdischen Krankenhauses in der Iranischen Strasse.

Auf Befragen:

Über die Deportation der Berliner Juden und deren Schicksal habe ich mich mit Dobberke nicht unterhalten.

Das Judenreferat wurde von Kriminalrat Erich Möller geleitet und gehörte einer Abteilung an, der der Kriminaldir. Baumann vorstand. Beides habe ich selbst nicht gesprochen, sondern nur gelegentlich auf dem Gang gesehen. Im Büro des Judenreferates sass der Krim.Obersekr. Stark. Ausserdem erinnere ich mich noch an einen gewissen Roth, der ebenfalls dem Judenreferat angehörte. Über eine Affäre, in die mehrere Angehörige des Judenreferates, ~~verwickelt waren~~ wegen Unterschlagung jüdischer Vermögenswerte verwickelt waren, ist mir nur vom Hörensagen etwas bekannt geworden. Einzelheiten sind mit heute nicht mehr erinnerlich. Meines Wissen spielten in diesem Zusammenhang die Beamten Tietze und Panknin eine gewisse Rolle.

10  
19

Mir wird jetzt eine Mappe mit Lichtbildern ehemaliger Angehöriger der Stapoleitstelle Berlin vorgelegt. Ich habe sie durchgesehen. Folgende Personen kommen mir bekannt vor:

- Nr. 10 Dobberke
- Nr. 23: Erich Möller
- Nr. 35: Hermann Reimer (Ref. Heimtücke)
- Nr. 46: Max M Stark
- Nr. 49: Günther Werner
- Nr. 51: Krim.Kom. Stock (kann nicht sagen, ob er dem Judenreferat angehörte)
- Nr. 57: Kirchhoff (Ref. Heimtücke)
- Nr. 63: Franz Harder (Ref. Sabotage)
- Nr. 67: (Sammelaufnahme) :rechts aussen: Pol.Rat Rottau
- Nr. 77: Sasse (Judenref.)
- Nr. 79: Gans (soll tot sein)

Von den Behördenshefs, die während meiner Zugehörigkeit zur Stapoleitstelle der Behörde vorstanden, erinnere ich mich nur noch an Bovensieven und Bock; Bock leitete die Behörde bis zum Zusammenbruch. Ich kann nicht sagen, was aus ihnen nach Kriegsende geworden ist.

Auf Befragen:

Zu keinem Zeitpunkt, weder während meiner Tätigkeit in den Diensträumen der Stapoleitstelle Berlin noch bei meinem Einsatz in der Synagoge Levetzowstrasse habe ich beobachten können, dass Juden misshandelt oder beschimpft wurden. Mir ist auch nicht erinnerlich, dass mir derartiges von Kollegen oder Vorgesetzten mitgeteilt wurde. Aus der Tatsache, dass die in die Sammelstelle Levetzowstrasse gebrachten Juden - es handelte sich um Menschen jeden Alters - d.h., Kinder, Greisen und Männer und Frauen im besten Alter - jammerten und weinten, schloss ich, dass ihnen der Abschaffung Verlust ihrer Heimstätte sehr nahe ging.

Auch mir waren die Ereignisse, in die ich seinerzeit hineingestellt wurde, nicht einerlei. Die zur Sammelstelle gebrachten Juden mussten sich übrigens in drangvoller Enge auf Stroh und Decken lagern.

Auf Befragen:

Ich kann nicht sagen, welcher leitende Beamte der Stapoleitstelle

Berlin in der Sammelstelle Levetzowstrasse " den Ton angab".

Mir wird jetzt vorgehalten, dass ich laut den Mitteilungsblättern der Stapoleitstelle Berlin ~~zu/dem/Zeit/1942~~ aus dem Jahre 1942 in der Zeit vom 1.6.42 bis 14.7.42 zur Stapoleitstelle Prag abgeordnet wurde.

Hierzu erkläre ich:

Etwa 3 oder 4 Tage nach dem Attentat auf Heydrich wurde ich und einige namentlich mir nicht mehr bekannte Angehörige der Stapoleitstelle Berlin zur Aufklärung des Attentates nach Prag abgeordnet. Wir mussten uns meiner heutigen Erinnerung nach bei einem leitenden Beamten der Stapoleitstelle Prag namens Pannwitz melden, der uns für die Aufklärungsarbeit nähere Anweisungen erteilte. Unsere Aufgabe bestand hauptsächlich darin Hinweise gewisser ~~Pfau~~-Leute nachzugehen und abschliessend zu bearbeiten. Ich möchte hierzu noch ~~berichten~~ bemerken, dass ich etwa nach 5 Tagen erst richtig zum Einsatz gekommen bin, weil es mit der Organisation betr. Unterbringung und Verpflegung nicht so rech geklappt hat. Unsere Massnahme richtete sich hauptsächlich auf Durchsuchungen von Wohnungen, ~~Streifzüge~~ Razzien auf Strassen und Bahnhofswartesälen, und zwar bis zu einem bestimmten Tage, an dem wir durch eine "heisse Spur" auf die tatsächlichen Attentäter stiessen. Die Attentäter hatten sich im Stadtgebiet in dem Gewölbe einer Kirche mit modernsten Waffen verteidigt und haben sich, da sie keinen Erfolg zum Ausbruch hatten, ~~restlos~~ ~~1/~~ selbst erschossen.

Das Vorerwähnte ist Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Frankfurt /Main unter Aktenzeichen - 4 Js 608/64 -. Ich bin zu diesem Verfahren am 7.9.65 hier in Hannover zeugenschaftlich gehört worden.

auf Verlesen verzichtet, genehmigt und unterschr.

gez. Hermann Lübeck

gez. Runge

gez. Thieler

gez. Heinz

Schreiber - Kst.

Leverenz, o.Bla  
Erich

-> auch Bd. III  
Re. 137-141

beendigt

angefangen

19

19



Stolzenberg  
Bestell-Nr. 1

Bei Behördenheftung  
ist dies die Titelseite

BEISTÜCK zu  
1 Js 9-65  
St. pol. Bln

1 A R (St. pol. Bln) / 692 / 65

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Gärtner

Erich L e w e r e n z ,  
26.5.09 Berlin geb.,  
Berlin 33, (Grunewald)  
Lentzeallee 46 Wohnh.,

und erklärt, mit dem Gegenstand der Verhandlung vertraut gemacht, nach eingehender Vorbesprechung, folgendes:

Ich besuchte die 8-stufige Volksschule in Pommern, Ostpr. und Berlin von 1915 bis 1923. Von 1923 bis 1926 erlernte ich den Gärtnerberuf. Danach arbeitete ich als Gärtner bis Ende Febr. 1940 in verschiedenen Gartenbaubetrieben.

Auf meine Bewerbung hin wurde ich am 1.3.40 zur Schutzpolizei Berlin nach Berlin-Spandau, Kaserne Moritzstr., einberufen. Dort machte ich 14 Tage Ausbildungsdienst mit. Mein damaliger Vorgesetzter war der Leutnant der Schutzpol. G l o c k e . Während dieser Ausbildungszeit erschien in der Moritz-Kaserne ein höherer SS (SD)-Führer meines Erachtens ein Brigadeführer, der Freiwillige für den SD warb. Ich muß dahingehend berichtigen, daß dieser Mann Freiwillige für den Lehrgang als Kriminalassistenten warb. Vom SD war zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Rede. Da sich keine Freiwilligen meldeten, wurde jeder Zweite von uns befohlen, sich in der Stapoleitstelle Berlin, PP. Berlin Dircksenstr. bei PR L e ß m a n n zu melden. Von diesen erhielten wir Marschbefehle und Fahrkarten zur Grenzpolizeischule Pretzsch/Elbe. Wenn mir vorgehalten wird, daß aus meinem Lebenslauf aus dem Jahre 1940 hervorgeht, ich hätte mich freiwillig zum SD gemeldet, so entspricht dies nicht den Tatsachen, denn ich konnte s.z. nicht schreiben, wir wurden für diesen Lehrgang befohlen. Hätte ich es in dieser Form geschrieben, so wären mir mit Sicherheit Unannehmlichkeiten entstanden, die ich vermeiden wollte. Anfang Juli 1940 wurde ich aus dem Lehr-gang ausgesondert und zur Stapoleit Berlin zurückbeordert, da ich den geforderten Sippennachweis väterlicherseits nicht führen konnte. Meiner Bitte um Rückversetzung zur Schupo wurde nicht stattgegeben.

In der Stapoleitstelle Berlin versah ich Dienst bei der UA I A 1,

✓ unter Leitung des PR Jung. Wir bearbeiteten dort Post-  
Ein- und Ausgänge. Außerdem wurden wir damit beschäftigt, Akten  
zu den einzelnen Dienststellen zu transportieren. Bei dieser  
Dienststelle verblieb ich bis zum 3.12.42. In der Zeit vom  
Okt. bis Dez. 1942 nahm ich an einem Verwaltungslehrgang an der  
SS-Führerschule Bernau teil, der mit der Fachprüfung I des  
mittleren Verwaltungsdienstes endete.

Vorher war ich kurzfristig für etwa 4 Wochen zum Schutzhäftref.  
abgeordnet. Meiner Erinnerung nach führte diese Dienststelle die  
Bezeichnung A 6 und wurde von PR Rottau geleitet.

In meinem Raum arbeitete noch der KOA und NSDAP-Ortsgruppen-  
leiter Heitmann. Ich erinnere mich außerdem noch an  
den PI Erwin Stubbe, der ebenfalls in unserer Abteilung  
tätig war.

Nach Beendigung des Verwaltungslehrganges wurde ich zum PAss er-  
nannt und zum Ref. I A 1 des Amtes I des RSHA versetzt. Dort  
führte ich das Tagebuch und eine Kartei über Abordnungen und  
Versetzungen. Ich erinnere mich an folgende Personen:

✓ PI Schrefeld, mein unmittelbarer Vorgesetzter;  
✓ Heinz Hartmann und Kzl.Ang. Frl. Bauer.

Zu meiner Tätigkeit im Schutzhäftref. möchte ich erklären, daß  
ich dort eine Kartei über Häftlinge führte. Bei diesen Häftlingen  
handelte es sich sowohl um politische als auch um kriminelle Ge-  
fangene verschiedener Nationen. Bei den Ausländern handelte es  
sich meiner Erinnerung nach um Zivilarbeiter.

Wenn ich nach dem Verbleib der Häftlinge, nachdem deren Akten  
in unserer Dienststelle durchgearbeitet waren, gefragt werde,  
so möchte ich dazu sagen, daß sie entweder Spezialdienststellen  
(Fachdienststelle) oder dem RSHA überstellt wurden, was überwie-  
gend der Fall war. Mir ist nicht bekannt, daß Personen vom Schutz-  
haftref. direkt an Konzentrationslager weitergeleitet wurden. Meines  
Wissens lag die Entscheidung über eine solche Maßnahme nicht im  
Ermessen der Sachbearbeiter oder Leiter dieser Dienststellen, son-  
dern sie oblag dem RSHA. Es ist durchaus möglich, daß durch Kräfte  
unserer Dienststelle (Sachbearbeiter) entsprechende Vorschläge ge-  
macht wurden. Wie dies allerdings in der Praxis aussah kann ich  
nicht sagen, da ich nie Sachbearbeiter war. Auch sind mir nicht die  
entsprechenden Richtlinien bekannt geworden.

außerdem

Ich erinnere mich an folgende Personen der Dienststelle A 6:  
Leiter: PR Rottau, seine Sekretärin Frl. Pabst;

1054

Leverkusen

KOA Erdmann (Sachbearbeiter);  
PS Grabau (Sachbearbeiter) und  
✓Frl. Schwedler.

Stellv. Leiter der Abt. A 6 war m.E. PR Kant.

Am 5.7.43 wurde ich im Zuge der Aktion "General Unruh" zur Waffen-SS einberufen. Ich gehörte dem SS-Flakregiment ~~des~~ 15 in München-Freimann an.

Am 8.5.45 geriet ich in Lietzen/Öster. in amerikanische Gefangenschaft, aus der ich am 31.10.47 entlassen wurde.

Nach dem Geschäftsverteilungsplan der Stapoleitstelle Berlin befragt, gebe ich an, daß, soweit erinnerlich Abt. I personelle und wirtschaftliche Angelegenheiten, Abt. II das Ausländeramt und Abt. V die Kriminalpolizei war. Die Abt. E bearbeitete Spionage.

Auf Vorhalt:

Es mag sein, daß es ein Judenref. gegeben hat, ich weiß aber nicht wo. Es ist mir nicht bekannt, daß ein direktes Judenref. bestanden hat.

Mir sind eine Reihe von Namen genannt worden, wobei mir Frau Hees (in Friedenau wohnh.), KK Stock, K-Beamter Dreier und Prüfer bekannt vorkommen. Ich bin jedoch nicht in der Lage zu sagen, welche Funktionen sie hatten.

Als frühere Leiter der Stapoleitstelle Berlin sind mir erinnerlich: Bovensiepen, Müller, Bock, Dr. Blume, Dr. Langen (ivent. Stellv.) und als Leiter der Abt. I ORR Rothmann.

Die Aufgaben der Vorgesetzten bestanden darin die Dienstaufsicht auszuüben und die bearbeiteten Vorgänge in sachlicher und fachlicher Hinsicht zu überprüfen und entsprechend abzuzeichnen.

Verbindung zu ehem. Kollegen unterhalte ich nicht.

Mitglied der NSDAP war ich nicht. Ich war lediglich SS-Bewerber. Ich wurde als ehem. Angehöriger der Sicherheitspolizei in eigener Sache vor der Spruchkammer Berlin, Berlin-Schöneberg, Voßbergstr. 3, zum Az. SK 4725 im Jahre 1955 gehört.

Ich habe selbst gegen den Senator für Inneres auf Widerherstellung meines Rechtsstandes als Beamter auf Lebenszeit beim Verwaltungs-, Oberverwaltungs- und Bundesverwaltungsgericht geklagt, wurde jedoch in allen Instanzen abgewiesen.

Geschlossen:

Selbst gelesen, genehmigt u. unterschrieben:

(Schultz) KM

1055 ... Ernst ... Leverenz ...

Bei

Landgericht Berlin  
Amtsgericht Tiergarten  
Untersuchungsrichter II

IV. VU 4.67

16  
22  
1 Berlin 21, den 2. Februar 1968.  
Tumstraße 91

## Strafsache

Gegenwärtig:

gegen

Landgerichtsrat Dr. Glöckner  
als Richter.  
Untersuchungs-

Wöhrn und Andere

Justizangestellte Nersin  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

wegen Mordes.

Es erschien

d Er nachbenannte — Zeug e. — Sachverständiger —

Der — Zeuge — Sachverständiger — wurde mit dem Gegenstand der Untersuchung und der Person der Beschuldigten bekannt gemacht. Er — Sie — wurde zur Wahrheit ermahnt und darauf hingewiesen, daß die Aussage zu beeidet ist, wenn keine im Gesetz bestimmte oder zugelassene Ausnahme vorliegt. Er — Sie — wurde ferner auf die Bedeutung des Eides, die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen eidlichen und auch uneidlichen Aussage sowie darauf hingewiesen, daß der Eid sich auch auf die Beantwortung der Fragen zur Person und der sonst im § 68 der Strafprozeßordnung vorgesehenen Umstände beziehe.

Der Erschienene wurde — und zwar die Zeugen — einzeln und in Abwesenheit der später anzuhörenden Zeugen — wie folgt vernommen: nach Belehrung gemäß § 55 StPO.:

1. Zeug — Sachverständiger — Lewerenz.

### Zur Person:

Ich heiße Erich Lewerenz,  
bin 58 Jahre alt, Gärtner  
in 1 Berlin 33, Lentzeallee 4

mit den Angeklagten nicht verwandt und nicht verschwägert.

StP 17

Zeugen- und Sachverständigenverhöhung durch den Richter  
im vorbereitenden Verfahren und in der Voruntersuchung sowie  
durch den erachteten Richter im Hauptverfahren (§§ 48 ff., 162,  
185, 223 StPO) — Amtsgericht

Zur Sache:

Ich bin am 6. August 1965 bereits staatsanwaltschaftlich hinsichtlich meiner Tätigkeit im Schutzhäftreferrat der Stapo-  
leitstelle Berlin gehört worden. Dieses Vernehmungsprotokoll habe ich mir eben durchgelesen. Meine dortigen Angaben sind richtig und ich mache sie mit den nachfolgenden Einschränkungen zum Gegenstand meiner heutigen richterlichen Vernehmung.

Ergänzend bemerkte ich: Juden wurden in der Regel bei Verstößen gegen eine der vielen Juden-Sonderbestimmungen in Schutzhäft genommen und dem RSHA zur Lagereinweisung benannt. Ein Teil dieser Verordnungen habe ich in meiner Vernehmung vom 6. 8. 1965 bereits angegeben. Es gab derer damals so viele, daß ich mich im einzelnen heute nicht mehr an jede erinnere. Jedenfalls war praktisch den Juden damals alles verboten. Ihre Lebenssphäre war damit so eingeengt, daß es schwierig war, nicht gegen eine der vielen Bestimmungen zu verstößen. Da ein Verstoß wiederum die Inschutzhafnahme obligatorisch machte, und die Verordnungen allgemein als Befehl galten, blieb mit geringen Ausnahmen nichts anderes übrig, als die Juden wegen Bagatellen praktisch dem RSHA zur Lagereinweisung zu melden.

Es kam natürlich auch immer auf den jeweiligen Stapo-leiter an und natürlich auch auf den zuständigen Sachbearbeiter, ob eine Lagereinweisung etwa dadurch verhindert werden konnte, daß der Dienststellenleiter einen Häftling auf die höchstzulässige Dauer von drei Wochen, später 56 Tagen, in Polizeihaft behielt und ihn dann entließ und demnach keinen Antrag auf Lagereinweisung stellte, oder ob er gleich von vornherein die Lagereinweisung beim RSHA beantragte. Ich erinnere mich, daß

bei nichtjüdischen Häftlingen in Bagatellen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde; bei Juden war diese Möglichkeit fast ausgeschlossen, weil die Verordnungen zu bestimmt gehalten waren.

Meine Angaben in meiner Vernehmung vom 8. August 1965 bezüglich des Anfalls von Neueingängen (etwa 30 täglich) und der <sup>etwa</sup> indes auf Juden entfallende Anteil von/einem Viertel der Neueingänge halte ich aufrecht. Die Anzahl der anfallenden Juden schwankte zwischen 5 und 8 täglich.

Was die Todesmeldungen anlangt, möchte ich meine Angabe auf Seite 5 oben der vorerwähnten Vernehmung (etwa 80 % Anteile der Juden bei Todesmeldungen) nicht aufrechterhalten, sondern möchte mich lieber so ausdrücken; von den im Durchschnitt eingehenden Todesmitteilungen von 4 - 5 Stück der größere Anteil auf verstorbene Juden entfiel. Diese Angaben sind natürlich auch nur so zu verstehen, daß auch die Zahl der Todesmeldungen täglich schwankte; einmal waren es mehr, einmal waren es weniger. Der Anteil an Todesmeldungen von Juden überwog aber stet. Ich möchte in diesem Zusammenhang bemerken, daß unter den verstorbenen Juden auch viele Ausländer, insbesondere Polen, waren.

Wenn ich bei meiner staatsanwaltlichen Vernehmung davon gesprochen habe, daß ich den Verdacht hatte, daß im KL beim Ableben von Häftlingen, insbesondere jüdischen, nachgeholfen wurde, so ist es richtig. Wenn ich dagegen gesagt habe, daß ich darüber mit niemanden sprach, so bedeutet das, daß ich es nicht riskieren durfte, darüber mit jemanden zu sprechen. Ich war als Stabbeamter zur besonderen Geheimhaltung verpflichtet und durfte zu Außenstehenden überhaupt nichts sagen. Mich

2519

gegenüber Arbeitskollegen oder Vorgesetzten über meinen Verdacht zu äußern, erschien mir zu gefährlich im Hinblick auf die für mich eintrtenden Folgen, da man auch innerhalb der Behörde niemandem trauen konnte. Ich war damals weder Parteigenosse noch SS-Mann und mußte deshalb besonders vorsichtig sein. Ich hatte inmal eine Auseinandersetzung mit nem Kollegen Heidmann gehabt, der alter PG und Ortsgruppenleiter war; ich hatte ihm gesagt, er als Ortsgruppenleiter würde sich die Sachen der abgeholt Jüden unter den Nagel reißen; damit wäre seine Arbeit getan; hier im Amt würde er nichts tun, sondern nur Zigarren rauchen.

Daraufhin verpetzte er mich beim Diesystellenleiter. Nur dessen wohlwollender Beurteilung des Vorfalles habe ich es zu verdanken, daß ich nicht gemäßregelt wurde. Durch diesen Vorfall gewarnt, habe ich mich gehütet, von meinen Verdächt, was mit den Juden im KL geschah, zu andern Leuten zu reden.

Selbst gelesen, genehmigt, unterschrieben:

~~W. Schiller~~

Ernst Lewerenz  
Werner

Lössle

o Bln

Friedrich

angefangen:

beendigt:

19



Stolzenberg  
Bestell-Nr. 1

BEISTÜCK ZU

1 Js 9-65

Stapollit-Bln

I A - KI 2

I Berlin 42, den 16.9.1965

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Kriminalobermeister a.D.

Friedrich L ö s s e, *Neimark*  
21.5.1899 in Berlinchen geb.,  
I Berlin 52, Ollenhauer Str. 96 wohnh.,  
*Leinster 37*

und erklärt nach eingehender Vorbesprechung folgendes:

Der Gegenstand meiner heutigen Vernehmung wurde mir erläutert. Ich bin auf meine strafprozessualen Rechte hingewiesen worden. Ich bin bereit, wahrheitsgemäße Angaben zu machen und wissentlich nichts zu verschweigen.

Zur Person:

Ich habe vom 6. bis zum 14. Lebensjahr in Berlin eine Volkschule besucht und war anschließend bis zum 8.3.1915 bei einem Rechtsanwalt in Berlin als Bürolehrling tätig. Mein Vater war Justizbeamter und ehemaliger Berufssoldat. Da es sein Wunsch war, daß ich auch die Beamtenlaufbahn einschlage, meldete ich mich am 9.3.15 zum Besuch der Unteroffizierschule in Weilburg /Lahn und später der Uff.-Schule in Weißenfels an der Saale. Anfang 1918 kam ich als Unteroffizier noch ins Kriegsgebiet und meldete mich nach Beendigung des Krieges am 23.3.1920 bei der Schutzpolizei Berlin. Dort war ich bis zum 16.10.1929 tätig und wurde mit vorgenanntem Datum nach Ablauf einer 13jährigen Dienstzeit als Polizeioberwachtmeister mit dem Versorgungsschein entlassen. Während meiner Versorgungszeit vom 17.10.29 bis ~~xx~~ zum 10.10.31 war ich beim Amtsgericht Berlin-Mitte und Berlin-Pankow sowie im Versorgungsamt Berlin-Schöneberg als Büroangestellter tätig.

Am 10.10.1931 erhielt ich meine Einberufung zur Kriminalpolizei, der ich bis zum 9.5. bzw. 29.5.1945 angehörte.

Dort war ich hintereinander beim Einbruchsdiebstahlsdezernat und beim Autodiebstahlsdezernat tätig. Zwischendurch war ich ständiges Mitglied der Mordkommissionen. Im Herbst 1939 hatte ich mir bei der Verfolgung eines Autodiebes den linken Fußknöchel gebrochen, was meine Einlieferung in das Staatskrankenhaus zur Folge hatte.

Als ich Mitte 1940 mich freiwillig wieder zum Dienst bei meiner alten Dienststelle (Autodiebstahlsdezernat) meldete, wurde mir von Seiten des Dienststellenleiters erklärt, daß ich zwischenzeitlich mit vielen anderen Beamten zur Stadoleitstelle Berlin abgeordnet worden sei. Auf meinen Hinweis, daß ich erstens nur sehr geringe Nutzung verspüre, dort meinen Dienst zu versehen, zumal ich ja ausschließlich Kriminalbeamter war, und zweitens nur Innendienstfähig (ich mußte noch am Stock laufen) war, wurde mir von dem damaligen Leiter, KD Nak, erklärt, daß eine Rückgängigmachung meiner Abordnung zur Stapo nicht möglich sei und diese Abordnung überdies wohl nur einige Wochen dauern würde.

Abschließend möchte ich zur Person noch erklären, daß ich im Jahre 1941 auf Anraten meines damaligen Dienststellenleiters (KK v. Franzius), der zur damaligen Zeit immer noch Leiter des Autodiebstahlsdezernats war und mit dem ich als K-Beamter noch ständig in Verbindung stand, der Partei beitrat. Andere Gliederungen der NSDAP habe ich nicht angehört, auch zu keinem Zeitpunkt habe ich dem SD oder der SS angehört.

Im Jahre 1948 wurde ich im Bezirk Reinickendorf entnazifiziert und als Entlasteter eingestuft. Das Aktenzeichen ist mir z.Z. nicht bekannt. Meine Entnazifizierung ging seinerzeit reibungslos vonstatten, weil ehemalige politisch Verfolgte (Polen und auch rassistisch Verfolgte) bei der Entnazifizierungskommission bekundeten, daß ich mich ihnen gegenüber während der Nazizeit sehr zurückhaltend und anständig verhalten hatte und daß es meine Initiative zu verdanken gewesen sei, daß sie nicht in ein Konzentrationslager eingewiesen wurden und ich ihnen sogar aufgrund meiner damaligen Berichterstattung das Leben gerettet hatte.

Als Beweis für meine Angaben stehen Leumundszeugnisse von dem Polen Dlugowsky und einem Herrn Thierfelder zur Verfügung, die ich für eine Fotokopie zur Verfügung stelle und zum Protokoll gebe. (Selbst diktiert anhand von Unterlagen).

Zur Sache:

Ergänzend zu meiner Beantwortung vom 1.7.65 gebe ich folgendes an:

Wie bereits erwähnt, wurde ich am 15.1.1940 zur Stapoleitstelle Berlin abgeordnet und nahm meinen Dienst beim Referat IV C 5 auf. Dieses Referat befaßte sich in der Hauptsache mit Entgegennahmen und Weiterleitungen von Anzeigen, Auskunftserteilung an das Publikum und Tag- und Nachtdienst. Der damalige Leiter dieses Referates war ein Krim.-Obersekr. H a m p e l, als sein Vertreter fungierte ein gewissen Krim.-Sekr. S c h w e i t z e r. Zwischenzeitlich waren aber auch noch andere Kollegen dort tätig, deren Namen mir jedoch entfallen sind, weil sie ständig wechselten. Das Schicksal der Vorgenannten ist mir nicht bekannt. Die Tätigkeit bei diesem Referat endete im Jahre 1941 und ich wurde zum Referat IV A 5 versetzt, dessen Leiter ein KR R i e d e und KR M e n n e k i n g waren. Den Vorzimmerdienst versah dort längere Zeit ein KS Fritz B a c z i n s k i. Er war praktisch die rechte Hand des KR M e n n e k i n g. Als Vertreter des Leiters und Unterabteilungsführer waren zu damaiger Zeit die Krim.-Inspektoren K e r s t, G ü n t h e r und KOS M ü l l e r (Vornamen nicht bekannt). Als Sachbearbeiter kannte ich noch KS K r a u s e (Vorname nicht bekannt, und der aus Leipzig abgeordnet war), ferner Heinrich R e i m e r, Walter G e n g e und sein Freund L ü b e c k. Überdies war bei dieser Dienststelle auch zeitweilig ein KK R e t h f e l d tätig, der allgemein nur "der Herr Vikar" genannt wurde, weil er in früherer Zeit Theologie studiert haben sollte, und hauptsächlich für Vernehmungen politisch verfolgter Geistlichen u.a. kirchlichen Personen angesetzt wurde.

Bei dieser Dienststelle bearbeitete ich überwiegend kriminelle Straftaten mit politischem Einschlag, wie Betrug, Unterschlagungen und Erpressungen, auch in Verbindung mit unberechtigtem Tragen von Uniformen und Orden. Auch Denunziationen in Verbindung mit angeblichem Abhören ausländischer Sender. In diesem Zusammenhang möchte ich bemerken, daß auf unserer Dienststelle der Begriff "Sonderbehandlung" nicht geläufig war.

In der Zeit von 1943 bis 1944 versah ich meinen Dienst beim

*(Sabotage)*

Referat IV A 2, dessen Leiter zur damaligen Zeit der KrimDir und SS-Sturmbannführer W i p p e r war. Er soll am Ende des Krieges von dem Leiter der Stapo, ORR B o c k, im Keller der Reichskanzlei erschossen worden sein.

Bei diesem Referat waren als Sachbearbeiter u.a. KS S a p p e l t und KS S c h o t t s t ä d t tätig. In diesem Zusammenhang möchte ich aber bemerken, daß auch in diesem Referat, welches sich überwiegend mit Sabotage beschäftigte, sehr oft die Sachbearbeiter wechselten. Die Bearbeitung dieses Referats habe ich bereits in meinem Antwortschreiben vom 1.7.65 geschildert.

In der Zeit von 1944 bis 1945 war ich im Referat IV A 4 -Schutzdienst- tätig. Hierzu muß ich aber bemerken, daß ich dieser Dienststelle nur personell für Sonderaufgaben zugeteilt wurde und keineswegs etwas mit dem Schutzdienst zu tun hatte. Die weitere Tätigkeit habe ich ebenfalls in meinem Schreiben ausgeführt. Ergänzend füge ich noch hinzu, daß ich Diebstähle, die innerhalb der Wachmannschaften des Hauses Französische Str. begangen wurden, zu bearbeiten hatte. Z.B. kam es vor, daß nach Verteilung von Marketänderwaren, die ich auch zu verteilen hatte, Diebstähle unter Kameraden oder Angestellten passierten.

Der damalige Leiter des Schutzdienstes war KR K r ü g e r, sein Büroleiter war m.W. ein KOS F e t s c h r i e n (phon.). Ich selbst arbeitete in einem Zimmer mit dem KS B a u m und einem Fräulein G i e s e l zusammen.

Bei meiner Abordnung zur Stapoleitstelle Berlin befanden sich unsere Diensträume anfangs im Polizeipräsidium am Alexanderplatz. Der damalige Leiter der Stapoleitstelle war der ORR B o v e n s i e p e n und sein Nachfolger ab etwa 1942 der ORR B o c k. Das Schicksal des B. ist mir nicht bekannt. Die Vertreter der Leiter sind mir nie bekanntgeworden.

Etwa 1942 wurden alle Referate von IV A außer IV A 4 zur Dienststelle Burgstr. verlegt. In diesem Gebäude befand sich auch das sogen. Judenreferat mit der Dienststellenbezeichnung IV D 1. Meine Kenntnisse über die organisatorischen Bezeichnungen der einzelnen Dienststellen habe ich aus einem Originaltelefonverzeichnis der damaligen Stapoleitstelle Berlin entnommen, welches sich noch in meinem Besitz befindet und ich der hiesigen Dienststelle auszüglich zur Verfügung stellen wollte. Ich habe aber

erfahren, daß das gleiche Telefonverzeichnis hier schon vorhanden ist.

Auf Befragen: Das Judenreferat befand sich jedenfalls anfangs im Polizeipräsidium Alexanderplatz. Diese Dienststelle wurde räumlich durch ein Gitter von den anderen Dienststellen streng getrennt gehalten. Nur Befugte, die in irgendwelchen Verbindungen zu dieser Dienststelle standen, durften diese Räume betreten. Fast ebenso wurde die Dienststelle Spionageabwehr in der gleichen Form isoliert gehalten. Das Judenreferat zog später ebenfalls zur Burgstr. um. Auch dort wurde die Dienststelle von den anderen Dienststellen streng abgeteilt. Der Leiter des Judenreferates ist mir heute nicht mehr in Erinnerung. Nachdem mir verschiedene Namen von Sachbearbeitern des Judenreferats vorgelesen wurden, erinnere ich mich, daß z.B. KK Stock, SS-U-Stuf. Stark, KOS Prüfer dem Judenreferat angehörten. Stock und Stark sind mir deshalb bekannt, weil sie ebenfalls zeitweilig beim Referat IV A 3 tätig waren. Prüfer ist mir damals bekanntgeworden, weil mir sein Name immer wieder anlässlich von bevorstehenden Festnahmemaßnahmen jüd. Bürger genannt wurde.

Da ich keinerlei Kontakte zum Ref. D 1 hatte, kann ich auch über Aktenzeichen oder Maßnahmen, die von dieser Dienststelle ausgegen jüd. Bürger durchgeführt wurden, nichts aussagen. Lediglich war uns damals bekannt, daß von dieser Dienststelle aus die Festnahmen jüd. Bürger gesteuert wurden. Ich selbst bin niemals zu einer Festnahme mit herangezogen worden. Mir ist aber bekannt, daß Angehörige der Kriminalpolizei ebenfalls zu solchen Festnahmemaßnahmen herangezogen wurden. Das Schicksal der festgenommenen Juden ist mir bestimmt erst nach dem Kriege bekanntgeworden. Auf meiner Dienststelle ist jedenfalls nie etwas darüber gesprochen worden. Wenn ich etwas seinerzeit gewußt hätte, so würde ich es heute bestimmt angeben, da ich mich in keiner Weise schuldig fühle.

Auf Befragen: Mir ist nicht bekannt, daß einzelne Dienststellen außerhalb Berlins untergebracht wurden. Mir ist noch in Erinnerung, daß kurz vor Kriegsschluß einige Dienststellen, die ich heute nicht mehr bezeichnen kann, in das Gebäude Kurfürstenstr. erlegt wurden. Weiterhin kann ich angeben, daß kurz vor Ein-

marsch der Russen auf dem Boden des PP Alexanderplatzes bündelweise Akten verbrannt wurden. Um was es sich für Akten gehandelt hat, kann ich nicht angeben. Für diesen Zweck ~~war~~ extra ein Kommando zusammengestellt, welches sich aus Beamten und jüngeren SS-Leuten zusammensetzte. Diese Akten wurden in einen großen Blechbehälter getan und dann angezündet. Die Rauchentwicklung war dabei so stark, daß die Beteiligten eine Gasmaske tragen mußten. Ob eine Verbrennung von Akten auch auf anderen Dienststellen vorgenommen wurde, entzieht sich meiner Kenntnis.

Uns war s.Z. vom Hörensagen bekannt, es kann sich auch lediglich ~~etwa~~ nur um ein Gerücht gehandelt haben, daß höhere Beamte der Stapoleitstelle vor Kriegsende im Besitz falscher Personalpapiere waren. Wer sie ausgestellt hat und welchem Personenkreis sie zugänglich gemacht wurden, kann ich nicht sagen. Ich vermute, daß es die Personalstelle des RSHA war.

Mir wurden hier sogen. Einziehungsverfügungen aus dem Jahre 1942 vorgelegt, die mit Namen wie Lübeck, u. Reimer unterzeichnet waren. Es könnte sich hierbei, natürlich mit Vorbehalt, um die Namenszeichen der bereits anfangs genannten Personen handeln. Ich möchte dies jedoch im gewissen Sinne bezweifeln, denn ich kann ~~nicht~~ mir nicht erklären, wie Lübeck und Reimer diese Unterschriften leisten konnten. Ich habe heute das erstemal so ein Schriftstück zu sehen bekommen und mußte mir auch den Sinn und Zweck einer derartigen Verfügung erläutern lassen. Es kann natürlich auch möglich sein, daß die vorgenannten Personen zeitweilig auf anderen Dienststellen tätig waren, ich meine innerhalb der Gestapo und zu einer Zeit, wo ich mit diesen Personen noch keinen Kontakt hatte. Ich persönlich habe jedenfalls niemals ein derartiges Schreiben mit meinem Namen abgezeichnet.

Folgende Anschriften ehemaliger Kameraden sind mir bekannt.

Ernst Ramm,  
Berlin-R. Nickendorf,  
Reinickes Hof Nr. 4

und

Max Anton,  
Berlin-Spandau,  
Zeppelinstr. Nr. ?

Nach Vorlage der Lichtbildmappe habe ich mit Sicherheit folgende Personen wiedererkannt:

Bild Nr. 10 - H a m m e r.

Dazu möchte ich bemerken, daß ich H. nur von der Kripo her kenne und nicht von der Stapoleitstelle.

Bild Nr. 14 - H a n s e n.

Nur vom Sehen her bekannt.

Bild Nr. 19 - ORR Dr. L a n g e.

Nur vom Sehen her bekannt.

Bild Nr. 22 - L ü b e c k,

bereits erwähnt.

Bild Nr. 25 - KD M ö l l e r,  
genannt Schweinebacke,

nur vom Sehen bekannt. Mir war auch nicht bekannt, daß er etwas mit dem Judenreferat zu tun hatte. Er hat in der Dienststelle in der Französischen Str. etwa am 25.4.45 unser Referat aufgelöst und uns befohlen, uns dem Volkssturm zur Verfügung zu stellen.

Bild Nr. 25 - KK Siegfried M ü l l e r

er war zeitweilig beim Ref. IV A 3 tätig.

Bild Nr. 35 - KS R e i m e r,

bereits erwähnt.

Bild Nr. 36 - KK R e t h f e l d,

bereits erwähnt.

Bild Nr. 46 - KK S t a r k,

bereits erwähnt.

Bild Nr. 51 - KK S t o c k,

bereits erwähnt.

Bild Nr. 57 - KS K i r c h h o f,

seine Tätigkeit innerhalb der Stapoleitstelle ist mir nicht bekannt. Er war nach dem Kriege auch bei der Kripo Berlin.

Bild Nr. 63 - KOS Harder,

r war zeitweilig im Büro bei IV A 2. tätig.

Bild Nr. 64 - KS Ramm,

soweit mir bekannt ist, hat R. an einer sogen. Nachweiskartei gearbeitet.

Vermerk:

Die Vernehmung wurde zwecks Einnahme einer Mahlzeit unterbrochen.

Weiterverhandelt

Ich möchte die Vernehmung mit meinen eigenen Ausführungen abschließen.

Ich habe in meinen bisherigen Vernehmungen bei den verschiedensten Dienststellen den Nachweis geführt, daß ich von Amts wegen und ohne mein Zutun, also gegen meinen Willen, zur Stapo abgeordnet wurde. Bei den Erledigungen meiner dienstlichen Obliegenheiten bei der Stapo war es stets mein Bestreben, die mir zugeschriebenen Vorgänge zu bagatellisieren und den politisch verdächtigten Personen nach Möglichkeit Schutz und Hilfe zu gewähren und ihnen evtl. wieder zur Freiheit zu verhelfen. Ich nehme hierbei bezug auf die Leumungszeugnisse von Dlugowski und Thierfelder.

Nachdem meine wiederholten Anträge auf Rückbeorderung zur Abt. K immer wieder abgelehnt wurden, entzog ich mich (schon aus innerem Protest) politischen Aufgaben. Immer wieder durch Krankmeldungen über längere Zeiträume hinaus. Dieses war mir möglich, weil ich Atteste in Händen hatte, wonach ich an chronischen Magengeschwüren und an einer Rückgraderkrankung litt und somit nicht mehr voll einsatzfähig war. U.a. gelang es mir im Jahre 1941 für die Dauer von 6 Wochen, zu einer Kur nach Karlsbad verschickt zu werden und war dann weitere 5 Wochen hauskrank.

Ich habe nachzuweisen versucht, daß ich mich um rechtsstaatliche Ausführung meiens Dienstes bei der Stapo bemüht habe, in dem ich

Willkür und Unrechtsmaßnahmen nach Möglichkeit verhinderte oder zumindest milderte. Aufgrund dieser meiner persönlichen Haltung wurde ich dann schließlich auch vom Senator für Inneres so behandelt, wie wenn ich am 8.5.45 nach meiner früheren vor der Abordnung zur Stapo innegehabten Rechtsstellung (Krim-Obersekr.) gewesen und aus dieser nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes 131 zur Wiederverwendung gestellt wurde. Abschließend kann ich mit meinem Gewissen erklären, daß es keinen Menschen gibt, der behaupten könnte, ich hätte ihn jemals im Rahmen meiner dienstlichen Obliegenheiten schlecht oder ungerecht behandelt oder ihn wenn irgend möglich nicht geholfen hätte. Weiter möchte ich noch erwähnen, daß ich zu keinem Zeitpunkt während der NS-Zeit der SS oder dem SD angehörte oder einen Angleichungsdienstgrad innehatte. Ich bin bisher in keiner NSG-Angelegenheit zeugenschaftlich oder als Beschuldigter vernommen worden.

Geschlossen:

*Thieler*  
.....  
(Thieler), KM

teilweise selbst diktiert, auf Durchlesen verzichtet, genehmigt, unterschrieben:

*Frederik Chosse*  
.....

Ma

Übertragung der Vernehmung vom 6. Januar 1966  
(Stenogramm)

Gegenwirtig: Präster Staatsanwalt K u n g e  
 Justizangestellte Schelle

vorgelesen erscheint der Kriminalobermeister a.D.

Friedrich L ö s s e ,  
 geboren am 21. Mai 1899 in Berlinchen/Neumark,  
 wohnhaft in Berlin 52 (Reinickendorf), Ollenhauerstr. 96,

und erklärt nach erneuter Belehrung gemäß §§ 52, 55 StPO:

Die Niederschrift meiner am 16. September 1965 vor der Kriminalpolizei gemachten Angaben ist mit mir durchgesprochen worden. Ergänzend führe ich aus: Ich wurde am 15. Januar 1940 von der Kriminalpolizei zur Stelle Berlin abgeordnet und war dort bis Kriegsende tätig. Ich gehörte zunächst dem Referat IV C 5 (Dauerdienst) für die Dauer von etwa einem Jahr an. Die Diensträume dieses Referats befanden sich im Polizeipräsidium Alexanderplatz. Mein Vorgesetzter in seiner Eigenschaft als sog. Drittelleiter war Kriminalobersekretär H a m p e l . Als sein Vertreter fungierte der Kriminalsekretär P c h w e i t z e r . Ich habe dort nur die Arbeiten ausgeführt, die ich bereits in meiner kriminalpolizeilichen Vernehmung benannt habe. Zu anderen Arbeiten, die <sup>nicht</sup> unmittelbar in das Aufgabengebiet des Referats fielen, wurde ich nicht herangezogen, insbesondere nicht zur Ausfertigung von Verfügungen, die die Beschlagnahme jüdischen Vermögens zum Ziele hatten. Ich habe auch weder gesehen noch gehört, daß meine Kollegen derartige Verfügungen ausstellten. Die mir in diesem Zusammenhang vorgelegte Fotokopie einer Einziehungsverfügung, die die Unterschrift "Hampel" trägt - das Dokument befindet sich im Personalheft PSt h 9 - könnte von meinem damaligen Kollegen Johannes H a m p e l unterzeichnet worden sein. Mir ist erinnerlich, daß H a m p e l in dieser weitläufigen Art unterschrieb.

anschließend war ich im Referat IV A 3 a (Heimdtcke), und zwar ebenfalls für die Dauer von etwa einem Jahr tätig. Während dieser Zeit wurden die Diensträume des Referats in das Gebäude Burgstraße verlegt. Das kann Anfang oder Mitte 1942 gewesen sein. Es handelte sich um ein sehr großes Arbeitgebiet, das etwa 25 Beamte bearbeiteten. Außer den bereits in meiner polizeilichen Vernehmung auf Blatt 11 des Personalheftes benannten Angehörigen des Referats IV A 3 waren noch folgende Mitarbeiter dort beschäftigt:

Kriminalkommissar N o e c k , der von Sachsen nach Berlin abgeordnet worden war.

Kriminalobersekretär L u c e s , dessen Sekretärin Lukasius hieß.

Als weitere Stenotypistin fällt mir eine Frau Steuerwald ein.  
Martin S c h l a f k e .

Zu Fritz B e c z i n s k i fällt mir soeben noch ein, daß dieser, es mag im Jahre 1960 gewesen sein, mich in meiner Wohnung aufsuchte und hierbei durchblicken ließ, daß er im Ostsektor wohne und von dem Kollegen Ernst R a m m zu mir geschickt worden sei. Wenn ich mich recht erinnere, brachte er zum Ausdruck, daß er in der Nähe der Schönheuser Allee wohne (Schivelbeiner Straße ?)

Auf Befragen:

Auch während meiner Tätigkeit in diesem Referat habe ich nicht beobachtet oder gehört, daß Kollegen zu Arbeiten herangezogen wurden, die im Zusammenhang mit der Beschlagnahme jüdischen Vermögens standen.

Sodann wurde ich zum Referat IV A 2 (Sabotage), und zwar ebenfalls für die Dauer von etwa einem Jahr, versetzt. Die Diensträume dieses Referats befanden sich in der Burgstraße oder in der Französischen Straße. Zwischenzeitlich arbeiteten wir aber kurzfristig in einem Gebäude in der Oranienburger Straße.

Leiter der Abteilung IV A war der Kriminaldirektor W i p p e r . Der Kriminalsekretär Franz H e r d e r saß im Vorzimmer. Hinsichtlich meiner Mitarbeiter beziehe ich mich auf meine Angaben vor der Kriminalpolizei (Blatt 12 des Personalheftes).

Auf Befragen:

Auch während meiner Tätigkeit in diesem Referat ist mir nicht bekannt geworden, daß Kollegen zu Tätigkeiten herangezogen wurden, die im Zusammenhang mit der Beschlagnahme jüdischen Vermögens standen.

Schließlich arbeitete ich etwa von 1944 bis Kriegsende im Referat IV A 4 (Schutzdienst), dessen Diensträume sich in der Französischen Straße befanden. Weitere Nomen als die vor der Kriminalpolizei (Bl. 12) angegebenen Vorgesetzten bzw. Mitarbeiter kann ich nicht angeben.

Die Existenz eines Judenreferats war mir bekannt. Deesen Diensträume befanden sich zunächst im Polizeipräsidium, später in der Burgstraße. Im Übrigen beziehe ich mich auf meine Angaben vor der Kriminalpolizei (Bl. 13-14 des Personalheftes). Zur Klarstellung führe ich aus, daß ich insgesamt zweimal den Befehl erhielt, an Aktionen teilzunehmen, ~~an Aktionen teilzunehmen~~, die die Festnahme von Juden in ihren Wohnungen und deren Verbringung in die Sammelstelle Levettzowstraße zum Ziele hatten. Das mag im Jahre 1942 gewesen sein. In beiden Fällen meldete ich mich krank und konnte mich auf diese Weise von diesen Einsätzen drücken. Anschließend machte ich eine Kur in Karlsbad. Nach meiner Rückkehr waren die Großeinsätze zur Abschiebung der Berliner Juden im wesentlichen abgeschlossen. In diesem Zusammenhang kann ich mich erinnern, daß der Kriminalrat Erich Möller maßgeblich an der Organisation dieser Festnahme-Aktionen beteiligt war. Die erforderlichen Weisungen erhielten die dafür eingesetzten Beamten in dem großen Konferenzsaal im Polizeipräsidium. Dort stand auch Möller in einer Gruppe höherer Beamter und SS-Offiziere, die offenbar das verantwortliche Gremium darstellten. In der Sammelstelle Levettzowstraße bin ich zu keinem Zeitpunkt gewesen. Gesprächsweise hörte ich, daß der Kriminalobersekretär Prüffer dort der "große Mann" war. Mit den Angehörigen des Judenreferats hatte ich weder dienstlich noch privat Kontakt. Wie schon vor der Kriminalpolizei angegeben, taten diese stets sehr geheimnisvoll und ließen sich nicht in die Karten sehen.

Auf Befragen:

Über das wirkliche Schicksal der festgenommenen und deportierten Juden habe ich damals nichts erfahren. Gesprächsweise hörte ich lediglich, daß die Juden nach dem Osten ausgesiedelt werden sollten, um dort nutzbringende Arbeiten zu verrichten. Erst nach Kriegsende habe ich die volle Wahrheit erfahren.

Auf Befragen:

Daß einige Angehörige des Judenreferats in eine Unterschlagungssaffäre verwickelt waren, hörte ich damals gesprächsweise. Es wurde ihnen vorgeworfen, sich an sichergestellten jüdischen Vermögenswerten bereichert zu haben. Einzelheiten sind mir allerdings nicht bekannt geworden. Von den mir in diesem Zusammenhang genannten Namen kommt mir lediglich der Name H a n s e n bekannt vor.

Leut diktiert, genehmigt und  
im Stenogramm unterschrieben

Friedrich Löse

Geschlossen:

Runge, ESTA

Für die Richtigkeit  
der Übertragung:

Rudel  
Justizangestellte

Sch

1942 (3x) an Festnahme - Aktionen  
beteiligt!

Oesterreich, u  
Herbert

angefangen: \_\_\_\_\_  
beendigt: \_\_\_\_\_  
19 \_\_\_\_\_

BEISTÜCK ZU  
1 Js 9-65  
Stapoleit-Bln



Stolzenberg  
Bestell-Nr. 1

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
1 Js 9/65 (Stapoleit. Bln.)

z. Z. Düsseldorf, den 30.6.66

26

31

Gegenwärtig:  
Erster Staatsanwalt Runge  
Kriminalmeister Thieler

Justizangestellte Biermann  
als Protokollführerin

Vorgeladen erscheint der KOM a. D.

Herbert Oesterreich,  
22.10.1898 in Minenhof/Krs. Anklam geb.,  
Düsseldorf, Heinrichstraße 29 wohnhaft

und erklärt:

Mir ist eröffnet worden, welche Tat mir zur Last gelegt wird und welche Strafvorschriften in Betracht kommen.

Ich bin darauf hingewiesen worden, daß es mir freisteht, mich zu der Beschuldigung mündlich oder schriftlich zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor meiner Vernehmung, einen von mir zu wählenden Verteidiger zu befragen.

(§§ 163a, 136 StPO)

Ich will aussagen.

Hinsichtlich meines Lebenslaufes beziehe ich mich auf Angaben, die ich am 21. Juli 1939 im Zusammenhang mit einem R.u.S.-Fragebogen machte. Diese Angaben (Lebenslauf) befinden sich im DC Berlin; eine Ablichtung hiervon ist in dem über mich angelegten Personalheft (Psto 5), und zwar auf Bl. 4 enthalten. Diese Angaben sind mit mir erörtert worden. Sie sind richtig; ich mache sie zum Gegenstand der heutigen Vernehmung.

Gleichzeitig überreiche ich ein achtseitiges maschinegeschriebenes Schriftstück, in dem ich unter dem 25. Mai 1966 Angaben zur Person und zur Sache, soweit sich diese mir darstellten, gemacht habe.

Diese Ausführungen sind mit mir nochmals durchgegangen worden. Ich mache sie ebenfalls zum Gegenstand der heutigen Vernehmung und bin damit einverstanden, daß das Schriftstück zu meinem Vorgang genommen wird.

Ergänzend führe ich aus:

Der Stapo-Leitstelle Berlin habe ich vom 1. Januar 1941 bis Kriegsende ununterbrochen angehört. Meine Diensträume befanden sich im Polizeipräsidium Alexanderplatz; ich habe immer nur in diesem Dienstgebäude gearbeitet.

Dem Referat "Deutsche Arbeitsverweigerer" gehörte ich bis zum Frühjahr 1942 an. Wenn mir gesagt wird, daß dieses Referat die Bezeichnung IV B 5 trug, so kann das stimmen. Eine genaue Erinnerung an diese Bezeichnung habe ich heute nicht mehr. Leiter des Referats war der Kriminalkommissar Bartoll; ihm unterstanden sechs Beamte, zu denen außer mir noch die folgenden gehörten:

KS Dietrich,  
KS. Bredow,

An die Namen der anderen Mitarbeiter erinnere ich mich heute nicht mehr.

Von Frühjahr 1942 bis Mitte 1944 war ich im Referat "Politischer Protestantismus, Sekten, Geheimlehren" (IV B 2) tätig. Mir sind allerdings nur Vorgänge aus dem Gebiet "Geheimlehren" zur Bearbeitung übertragen worden.

~~Schließlich war ich bis zum Kriegsende im Referat "Wirtschaftsabwehr, einschließlich Rüstungsindustrie" zugeteilt.~~

Leiter im Referat IV B 2 war ebenfalls der Kriminalkommissar Bartoll. Von den sechs Mitarbeitern habe ich heute noch die Namen

KS Martin Burghardt und  
KS Paul Malletan

in Erinnerung.

Schließlich war ich noch, und zwar bis Kriegsende, dem Referat "Wirtschaftsabwehr, einschließlich Rüstungsindustrie" zugeteilt. Wenn mich nicht alles täuscht, trug dieses Referat die Bezeichnung IV N. Mir ist gesagt worden, daß das Referat unter der Bezeichnung IV E 2 arbeitete;

das könnte ebenfalls richtig sein; mit Rücksicht auf die inzwischen verstrichene Zeit vermag ich mich in diesem Punkte nicht festzulegen.

Dem Referat "Wirtschaftsabwehr" stand der Kriminaloberkommissar Ebeling vor. An die Namen der dort beschäftigten (10?) Mitarbeiter kann ich mich nicht mehr erinnern.

Wenn ich nach den Namen der Abteilungsleiter gefragt werde, so erinnere ich mich nur noch an einen Kriminalrat Möller und den Kriminalrat Baumann, die, ~~wenn ich mich recht erinnere~~, der Abteilung IV B vorstanden. Ich kann jedoch nicht sagen, zu welchen Zeiten und in welcher Reihenfolge sie diese leitende Stellung inne hatten. Im Geschäftszimmer der Abteilung IV B saß ein KS Stein.

Chef der Behörde war zunächst der Oberriegergierungsrat ~~Gö~~vensiepen, der - es könnte Ende 1942 gewesen sein - von dem Oberriegergierungsrat Bock abgelöst wurde. Letzterer leitete die Behörde bis Kriegsende.

An die Namen der stellvertretenden Behördenchefs habe ich keine Erinnerung mehr; der mir genannte Dr. Stalmann könnte zeitweise stellvertretender Leiter der Leitstelle gewesen sein.

Mir war bekannt, daß es bei der Stapo-Leitstelle Berlin auch ein Referat gab, das sich mit Maßnahmen befaßte, die gegen die Berliner Juden gerichtet waren. Die Diensträume dieses Judenreferates befanden sich in einem Gebäude in der Burgstraße. Mit den Angehörigen des Judenreferates hatte ich weder privat noch dienstlich Kontakt. Ich kann deshalb auch keine Namen von Angehörigen dieses Referates angeben.

Auf Befragen: Nur vom Hörensagen war mir bekannt, daß das Judenreferat die Aufgabe hatte, die Voraussetzungen für die "Ausbürgerung" Ausbürgerung der Berliner Juden zu schaffen. Um genau zu sein: Ich meine damit, daß die technischen und organisatorische Durchführung "der Ausbürgerung" in ihren Händen lag. Ob das auf eigene Veranlassung oder auf Grund von Weisungen, die aus dem RSHA kamen, kann ich nicht sagen.

Frage: Sind Sie zu Aktionen herangezogen worden, die die Abholung von Juden aus ihren Wohnungen und deren Verbringung in eine dafür vorgesehene Sammelstelle zum Ziele hatten?

Antwort: Ich räume ein, etwa dreimal an solchen Aktionen teilgenommen zu haben. Ich habe hierüber bereits auch auf Bl. 6 des von mir überreichten Schriftstückes Stellung genommen. Ergänzend gebe ich an, daß diese Aktionen während meiner Zugehörigkeit zum Referat IV B 2 (Mitte 1942?) stattfanden. Die Einsätze erfolgten regelmäßig nach Dienstschluß (ab 18 Uhr); Ich kann heute nicht mehr sagen, wer mich hierbei begleitete. Auch vermag ich nicht mehr anzugeben, wer mir die erforderlichen Weisungen erteilte; es könnte sein, daß ich den jeweiligen Einsatzbefehl von meinem Referatsleiter erhielt. Mit Bestimmtheit kann ich sagen, daß mir Angehörige des Judenreferates in diesem Zusammenhang keine Weisungen erteilten. Die von uns abgeholt Juden verbrachten wir in eine ehemalige Synagoge in der Levetzowstraße, die als Sammelstelle benutzt wurde.

Auf Befragen: Mir ist bis Kriegsende nicht bekanntgeworden, welches Schicksal den Juden, die von mir und meinen Mitkollegen aus den Wohnungen geholt worden waren, zugesetzt war.

Erst nach dem Zusammenbruch habe ich durch Presse und Rundfunk Kenntnis von dem wahren Schicksal, das die damaligen Machthaber den Juden zugesetzt hatten, erlangt.

Frage: Sind Sie während Ihrer Tätigkeit bei der Stapo-Leitstelle Berlin zu Aufgaben herangezogen worden, die im Zusammenhang mit gegen das jüdische Vermögen gerichteten Maßnahmen standen?

Antwort: Ich habe nur in den Referaten gearbeitet, die ich bereits benannt habe. Mir ist nicht erinnerlich, zur Bearbeitung von Vorgängen, die die Beschlagnahme jüdischen Vermögens zum Ziele hatten, herangezogen worden zu sein, und zwar auch nicht aus hilfsweise.

Mir wird jetzt die Fotokopie einer Verfügung der Geheimen Staatspolizei vom 1. Mai 1942 vorgelegt. Diese Verfügung ordnet die Einziehung des gesamten Vermögens der Jüdin Fanny Sara Bungfel, geborene Hess, geb. am 16.10.1864 in Aufhausen zu Gunsten des deutschen Reiches an und ist "im Auftrage" mit Oesterreich unterschrieben.

Ich räume ein, daß diese Unterschrift von mir stammt. Gleichzeitig nehme ich zur Kenntnis, daß sich das Original dieser Einziehungsverfügung sowie weitere acht solcher Einziehungsverfügungen, die ebenfalls mit O e s t e r r e i c h unterzeichnet sind, im Original bei den Vorgängen des Haupttreuhänders für Rückerstattungsvermögen in Berlin befinden. Sollten die übrigen acht Einziehungsverfügungen, die ebenfalls mit O e s t e r r e i c h unterzeichnet sind, dieselben Schriftzüge tragen, wie sie sich auf der mir vorgelegten Fotokopie befinden, so halte ich es für möglich, daß auch diese acht weiteren Dokumente von mir unterzeichnet worden sind.

Zu dem Zustandekommen dieser meiner Unterschriften kann ich heute keine Angaben mehr machen. Ich habe nicht die geringste Vorstellung mehr an die Situation, aus der heraus ich mit solchen, gegen das jüdische Vermögen gerichteten Maßnahmen in Berührung gekommen bin. Einem Referat, das sich von Amts wegen mit der Beschlagnahme und Verwaltung jüdischen Vermögens befaßte, habe ich niemals angehört. Der mir in diesem Zusammenhang genannte Polizeirat Prokop, sagt mir nichts; ich höre diesen Namen heute zum erstenmal. Ich verzichte auf die Vorlage der Originaldokumente.

Auf Bl. 4 und 5 des von mir überreichten Schriftstückes mache ich Ausführungen über Vorfälle, aus denen ich den Schluß zog, daß es für Angehörige der Stapo gefährlich ist, die "von oben" kommenden Befehle und Weisungen nicht widerspruchslös auszuführen. Als konkretes Beispiel führe ich hierbei die Verhaftung mehrerer höherer Beamten an, denen man den Vorwurf der eigenen, von oben abweichenden Meinung gemacht hatte. Da ich mich an die Namen dieser gemäßregelten Beamten nicht mehr erinnern kann, sind mir einige Namen vorgehalten worden. Dazu gehörte u. a. der Name des Polizeirats L e s s m a n n , des KK S t ü b s und KOS P r ü f e r . Ich erinnere mich jetzt, daß diese Namen zu den Personen gehörten, an die ich bei meinen Ausführungen auf Bl. 4 und 5 des von mir überreichten Schriftstückes gedacht habe. Ich nehme nunmehr zur Kenntnis, daß diese Vorgenannten aus ganz anderen Gründen verhaftet und abgeurteilt worden sind. Man habe ihnen nämlich vorgeworfen, sich an jüdischem Vermögen unrechtmäßig bereichert zu haben.

Wenn der Anlaß für die Maßregelung dieser Beamten aber in Wirklichkeit krimineller Natur war, so geht meine (zur eigenen Entlastung) fixierte Argumentation auf Bl. 4 und 5 meines Schriftstückes fehl.

Auf Befragen: Ich habe nicht beobachtet, daß Juden mishandelt oder beleidigt wurden. Solche Vorfälle sind auch nicht Gegenstand der Gespräche zwischen meinen Kollegen und mir gewesen. Wenn ich mich mit meinem Begleiter bei den Abholaktionen über das weitere Schicksal der bestroffenen Juden unterhalten habe, so hatten wir zwar stets ein ungutes Gefühl, jedoch niemals die Vorstellung, daß die abtransportierten Juden später ermordet werden würden.

Mir wird jetzt eine Mappe mit Lichtbildern ehemaliger Angehöriger der Stapo-Leitstelle Berlin vorgelegt. Ich habe sie durchgesehen. Folgende abgebildete Personen erkenne ich wieder:

- Nr. 23: Kriminalrat Möller,
- Nr. 29: Plassen (Pastewka); bearbeitete Freimaurer,
- Nr. 51: KK Stock (Judenreferat) soll im Jahre 1943 nach Jugoslawien strafversetzt worden sein.

Ich habe zu den gegen mich erhobenen Vorwürfen keine weiteren Angaben zu machen. Ich fühle mich unschuldig.

Ich verzichte auf ein nochmaliges Vor- oder Durchlesen des Protokolls.

**Genehmigt und unterschrieben**

gez. Herbert Oestreich

Die sind jetzt die Protokolle nicht vorliegend den anwesenden  
gez. Runge von der 1. Abteilung und dem Schreiber  
gez. Thieler

Herbert Oestereich  
Krim.Obermeister a.D.  
Düsseldorf  
Heinrichstraße 29

Düsseldorf, den 25. Mai 1966

A u s s e r u n g

zur Sache B o o v e n s i e p e n u. andere.

Akz. 1 Js 9/65

Sachbearbeitung : Erster Staatsanwalt R u n g e b.Kammergericht Berlin.

1.) Zur Person.

Lebenslauf.

Ich, Herbert Johannes Fritz Christian Oestereich, wurde am 22.10.1898 als einziger Sohn des Landwirtes Hermann Oestereich und seiner rechtmäßig angetrauten Ehefrau Rosalie, geb. Anders in Minenhof, Krs. Anklam/Vorpommern, geboren und evangelisch getauft. Vo meinem 6. bis 14. Lebensjahr besuchte ich die dreiklassige Volksschule in Meiersberg b. Ferdinandshof. Nach meiner Schulzeit verblieb ich ich bis zum 22.1.1917, dem Tage meiner Einberufung zur damaligen Wehrmacht, bei meinen Eltern und betätigte mich dort in unserer Landwirtschaft. Nach Beendigung meiner militärischen Ausbildungszeit Ende April 1917, kam ich an die Front nach Frankreich. Dort geriet ich bei den Abwehrkämpfen am Chemin des Dames unverschuldet in französische Kriegsgefangenschaft, aus der ich am 2.2.1920 in die engere Heimat zurückkehrte.

Nach 6 monatigem Aufenthalt in meiner Heimatgemeinde Meiersberg, trat ich am 4.8.1920 in die Schutzpolizei Berlin ein. Als im Jahre 1924/25 die Räumung der Rheinlande durch die französische Besatzungsmacht zu Ende ging, wurde ich mit einer " Berliner Polizeibereitschaft " nach Düsseldorf versetzt. Dort verblieb ich bis zum Jahre 1929. Am 1. 4. 1929 kam ich nach Solingen in den Einzeldienst. Mit einer Gesamtdienstzeit.....

von 17 Jahren schied ich als Versorgungsanwärter aus den Dienst der Schutzpolizei aus und wurde über die "Zentrale Vormerkungsstelle Potsdam" zum 1.5.1933 als Kriminalangestellter zur Kriminalpolizei Aachen einberufen. In dieser Stellung verblieb ich bis zum 31.12.1933. Mit Wirkung vom 1.1.1934 erhielt ich dann von der "Zentralen Vormerkungsstelle Potsdam" meine ordnungsgemäße Einberufung als Kriminalassistent a. Pr. zur gleichen Stelle in Aachen. Nach beendeter Probezeit wurde ich zu einem 3 monatigen Lehrgang an die damalige Reichsführerschule Bln/Charlottenburg abgeordnet. Nach bestandenem Examen und Rückkehr zur Heimatdienststelle Aachen, Einteilung als Sachbearbeiter beim 4. Kommissariat. Am 8.12.1934 erhielt ich völlig unerwartet den Auftrag mich unverzüglich bei der Grenzpolizeistelle Aachen II/K 5 zum Dienstantritt zu melden. So fing es an. Mit Wirkung vom 1.1.1935 Anstellung auf Lebenszeit und im Verzuge der Unterstellung - 8.5.1937 - Überführung zur Staatspolizeistelle Aachen. Am 1.3.39 Versetzung zur Außendienststelle Eger. Von dort mit Wirkung vom 1.1.1941 zur Staatspolizeileitstelle Berlin.

Dienstliche Tätigkeit bei der Grenzpolizei Aachen.

Bürodienst oder abwechselnd Paßkontrolle auf dem Haupt- oder Westbahnhof Aachen.

Nach Überführung der Grenzpolizei in die Geheime Staatspolizei, Sachbearbeiter bei Abt. II/F u. später Abt. III/B. Tätigkeit, Überprüfung der s. Zt. stark anfallenden Rüstungsarbeiter auf ihre kriminelle und politische Vergangenheit. In Berlin wurde ich als Sachbearbeiter bei IV B 3 eingewiesen. Sachgebiet, Arbeitsverweigerer, Personen beiderlei Geschlechts also, die bei den einzelnen Firmen dienstverpflichtet waren, die Arbeit aber zeitweilig verweigerten. Bei diesem Referat verblieb ich bis zum Frühjahr 1942, als dann wurde ich als Sachbearbeiter nach 4 B 2 versetzt. Sachgebiet bei 4 B 2, politische Wahrsagerei und ebensolche Astrologie. Von 4 B 2 wurde ich mitte 1944 zu einer

zu einem neu eingerichteten Referat versetzt, daß sich ~~N~~ <sup>IV</sup> nannte. Abwehr gegen Sabotage in der Rüstungsindustrie. Diese Dienststelle kam aber nie mehr richtig zum Tragen; sie war und blieb Stückwerk.

NE 2 (3)  
April 1945 Einsatz im Kampf um Gr. Berlin. Nach Beendigung dieser Schlacht am 2.5.1945 verblieb ich noch ein Jahr in Berlin und habe während dieser Zeit mit noch anderen Schutt geschaufelt, Granaten gesammelt, Stacheldrähte u. alte Barrikaden beseitigt. Ende Juni 1946 wanderte ich nach dem Westen ab. Hier fand ich meine Familie, die während des Krieges nach Ostpreußen und von dort zurück nach Sachsen evakuiert worden war, in Kräwinklerbrücke a.d. Wupper wieder. Im benachbarten Radevormwald habe ich zeitweilig in der Landwirtschaft oder als Kontrolleur u. Stückgutprüfer in der Fabrik gearbeitet. Nach Inkrafttreten des 131ziger Gesetzes habe ich mich beim Herrn Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen um Anerkennung beworben. Meine Versetzung von amtswege zur Grenzpolizei Aachen mit späterer Unterstellung wurde von dem Herrn Innenminister anerkannt und ich erhielt am 22.10.1952 den Unterbringungsschein. Von diesem Zeitpunkt an habe ich mich bei den verschiedensten Polizeibehörden, u.a. auch beim Landeskriminalamt Düsseldorf beworben. Von dieser Stelle erhielt ich unter dem 26.8.1954 einen Einstellungsbescheid als Angestellter. Am 15.6.1955 wurde ich erneut unter Berufung in das Beamtenverhältnis zum Kriminalassistenten befördert. Am 1.4.1956 wurde ich zum Kriminalsekretär u. am 31.3.1959 zum Kriminwlobersekretär ernannt. Mit dem 31.3.1959 wurde ich in den Ruhestand versetzt.

Zur Sache.

Als ich meinen Dienst bei der Leitstelle antrat, war Reg. Rat Boovensiepen Chef dieser Dienststelle und als solcher auch zugleich der Verantwortungsträger für diesen Bereich. Von diesem Manne hatte ich bis dahin nie etwas gehört; er war mir also vollkommen fremd und ich habe ihn auch in Berlin nur selten zu Gesicht bekommen.

Während meiner Zugehörigkeit zur Sicherheitspolizei, habe ich nie und nirgendswo in einem Kommissariat gearbeitet, in welchem über die Belange von Menschen jüdischen Glaubens entschieden wurde. Wenn ich dennoch eines Tages vorübergehend mit diesem Komplex in Berührung kam, dann zweifellos durch die immer stärker in Erscheinung tretenden Auswüchse und Verstrickungen von regiöser Politik und totalem Krieg. Gegen die sich zwangsläufig aus diesen Verwicklungen ergebenden Konsequenzen von Muß und Druck zu opponieren, hätte damals wahrscheinlich niemandem etwas genutzt und wäre außerdem wohl, wie die folgenden Beispiele erkennen lassen, bei der einmalig und unerhört strengen NS Rechtshandhabung, für den Einzelnen von uns auch nicht ratsam gewesen.

Eines Tages im Jahre 1942 oder 1943, erschienen einige Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes auf der Leitstelle im Polizeipräsidium. Schon nach kürzerem Zeitverstrich zogen dieselben gleich mit 3 Beamten unserer Abteilung ab. Eines Tages hieß es, alle 3 seien bei einem "Luftangriff" um's Leben gekommen. Einige Zeit später kreuzten erneut Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes bei uns auf und nahmen wiederum einen Beamten von uns mit. Ich habe niemals wieder etwas von ihm gehört oder gesehen. Kurz darauf wurde der Chef unserer Verwaltung, ein Polizeirat, abgeholt. Über seinen Verbleib ist mir niemals mehr etwas bekannt geworden. Dann war ein Oberkommissar einer anderen Abteilung an der Reihe; er erschoß sich, wie bekannt wurde, noch auf den Abtransport zum Reichssicherheitshauptamt. Und da war da noch irgendwo ein Hauptkommissar, dessen Namen ich vergessen habe, bei uns; weil er angeblich einen Häftling zugetan gewesen sein sollte, wurde er angeblich abgelöst und zur Partisanenbekämpfung nach Jugoslawien abgeordnet. Auch von diesem Manne habe ich nie mehr wieder etwas gehört. ....

Diese Einzelfälle von Willkür und Härte zei-  
gen mehr als deutlich, wie spürbar auch uns an der  
Heimatfront die Faust der totalen Befehlsgewalt des  
Reichsführers SS mit seinem SS und Polizeigesetz  
im Nacken saß. Es war also doch nicht so ohne weiteres  
möglich ohne erhebliche Gefahr für Leib oder Leben  
aus diesem Kreis von Befehl und Zwang auszubrechen.  
Diese Fälle von Machtspurh und arrestation waren  
schockierend und bestürzend zugleich. Wir fürchteten  
uns alle, weil wir wußten, daß Festnahmen solcher Art  
beileibe kein billiger Zeitvertreib mehr waren und  
daß wir schon bei dem geringsten contra gleich den  
anderen in der Versenkung verschwinden würden.

Zweimal habe ich es versucht, mich auf legalem  
Wege von dieser Behörde zu trennen. Einmal mit einem  
Gesuch als Offiziersanwärter zur Wehrmacht im Jahre  
1937 - Erlaß des damaligen Reichsinnenministers - und  
einmal mit einem Gesuch als Kriegsfreiwilliger im  
Jahre 1939 - spontan - . Aber beidemal mußte ich mei-  
ne Gesuche vor den Augen der Chefs in Aachen und Karls-  
bad zerreißen und die zerteilten Bogen in den Papier-  
korb werfen. Hinterher durfte ich noch heilfroh sein,  
daß ich wegen allzugroßer Offenherzigkeit mit ein  
paar herbe Rüffel davon kam. Oft habe ich wegen die-  
ses Druckes von Härte und Strenge im Widerstreit mit  
mir selber gelegen, aber der Selbsterhaltungstrieb,  
der jedem Menschen inne wohnt und der nicht mit Ego-  
ismus verwechselt werden möchte, obsiegte letztenendes  
doch immer wieder.

Zur Gegenüberstellung mit dem in Frage stehenden Komplex, der so unverhofft auf uns zukam und dessen Bearbeitung für uns nur eine vorübergehende war, wurde ich mit anderen eines Tages auf das Geschäftszimmer unserer Abteilung gerufen. Dort wurden wir über die uns zugesetzte Ausbürgerungsrolle informiert. Nach Beendigung des Befehlsempfanges, erhöhten die Beamten, die bereits für die Abendstunden eingeteilt waren, ein vorgedrucktes Formular. Auf diesem Papier waren diejenigen Personen bereits eingetragen, die für die erste Exmission in diesem Zusammenhang namhaft gemacht worden waren; auch die Abholzeiten und die Ablieferungsstelle waren darauf angegeben. Soweit die einen oder die anderen für den jeweiligen abendlichen Dienst eingeteilt waren, verabredeten sie sich, oder wir uns paarweise, und jenachdem in welchem Viertel die aufzusuchenden Wohnungen lagen, trafen wir uns, an einer unter uns ausgemachten Stelle. Gemeinsam gingen wir dann zu zweien zu den namhaft gemachten Personen in die Wohnung. Da dieser Personenkreis bereits schon Tage vorher über seine Exmission unterrichtet worden war - von welcher Seite weiß ich nicht mehr - gab es keinerlei Schwierigkeiten. Die Menschen schienen ruhig und gelassen und sicherlich wußten sie von ihrem künftigen Schicksal ebensowenig wie ich oder wir alle. Jedenfalls ist es bei unsren Besuchen weder zu Angstszenen noch zu sonstigen Zwischenfällen gekommen. Wir kümmerten uns um die Frauen, trugen ihre gerade nicht leichten Koffer bis zur Straßenbahn und von der Zielhaltestelle bis kurz vor der Sammelstelle. Dort mußten wir dem Abnahmepersonal die erwähnten Formulare abgeben. Nachdem alle Personen aufgerufen waren, war unsere Mission beendet und wir begaben uns umgehend auf dem Heimweg nach Hause.

(1942  
bis IV 52)

Frau H. -

Wolfs - 1800

Synagoge  
Loebkowitsche

Um es nochmal kurz zu wiederholen. Bei diesem benannten Personenkreis handelte es sich um Menschen, die von Seiten des Reichssicherheitshauptamtes zur Ausbürgerung gebracht worden waren und die, so hieß es s.Zt., in Palästina neu eingebürgert werden sollten. Es waren also keine Arrestanten, sondern Ausgebürgerte. Und diese Menschen waren es nun, die wir auf Befehl aus ihren Behausungen abholen mußten, um sie als Exmissionierte von dort zur Sammelstelle zu bringen.

In diesem Zusammenhang möchte ich bemerken, daß ich in meinem Leben niemals einen Disput mit jüdischen Menschen hatte und vor allem als Beamter niemals einen solchen vernommen, verhört, festgenommen, eingesperrt oder sonstwie gerichtlich oder staatspolizeilich zu Fall gebracht habe.

Und hier dürfte sich nun nochmal im Großen die Frage stellen, ob der Einzelne von uns von all dem gewusst hat, was wirklich vorging und was die Akteure des Reichssicherheitshauptamtes mit diesen von ihnen zum Verschub gebrachten Menschen überhaupt vorhatten. Diese Frage beantworte ich, soweit sie mich persönlich angeht, mit " Nein ". Ich bin nie im Osteinsatz gewesen und habe auch nie einen Transport begleitet und wußte daher auch nicht, wie es dort zuging. Bei uns ging s.Zt. die Fama um, daß alle diese zum Verschub kommenden Menschen über Polen nach Palästina gebracht und dort als Umsiedler neu eingebürgert werden sollten. Daß es sich bei diesem Gerücht um eine der größten Lügen der Zeitgeschichte handeln könnte, auf die Idee wäre ich nie gekommen. Den wahren Sachverhalt habe ich erst nach dem Kriege erfahren, als die Presse damit begann darüber zu berichten.

Mit diesem Kurzausschnitt habe ich versucht, den Sachverhalt des Themenkreises so darzustellen, wie ich glaube ihn s.Zt. erlebt und empfunden zu haben. Dabei besteht

durchaus die Möglichkeit, daß ich mich in Bezug auf einzelne Daten und Fakten infolge des dazwischen liegenden Zeitraumes von etwa 23 Jahren geirrt haben kann. Mit Verlaub gesagt " erare humanum est " .

Herbals (Spiraea)

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21, den 30. Dezember 1966  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11 App. 247

1 Jb 9/65 (Stapoleit.Bln.)

Herrn  
Herbert Oesterreich

4 Düsseldorf  
Heinrichstraße 29

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der ehemaligen  
Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin,  
wegen Mordes (NS-Gewaltverbrechen)

Sehr geehrter Herr Oesterreich!

Der im Zuge der Ermittlungen aufgekommene Verdacht, Sie könnten  
an der Verschleppung und Tötung der Berliner jüdischen Bevölke-  
rung, die im Zeitraum von Ende 1941 bis Anfang 1945 stattfand,  
beteiligt gewesen sein, hat keine Bestätigung gefunden.

Ich habe deshalb das Verfahren eingestellt.

Hochachtungsvoll  
Im Auftrage

(Runge)  
Erster Staatsanwalt

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Ortwald,

Oskar

angefangen \_\_\_\_\_  
beendigt: \_\_\_\_\_  
19 \_\_\_\_\_  
19 \_\_\_\_\_

BEISTÜCK zu  
1 Js 9-65  
Stapoleit-Bln



Stolzenberg  
Bestell-Nr. 1

Bei Behördenheftung  
ist dies die Titelseite

1 AR (Stapoleit) ~~1336.65~~

Verhandelt

Vorgeladen erscheint der KM i. R.

Oskar O r t w a l d,  
5.2.02 Neuland geb.,  
Berlin 37 (Zehlendorf), Ramsteinweg 31a  
wohnhaft,

und erklärt:

Mir istbekanntgegeben worden, daß Ermittlungen gegen ehemalige Gestapobeamte geführt werden. In diesem Zusammenhang habe ich bereits einen an mich gerichteten Fragebogen ausgefüllt.

Angaben zu meiner Person will ich heute noch machen.

Nach dem Besuch der Volksschule an meinem Heimatort, habe ich etwa 8 Jahre in der Landwirtschaft gearbeitet, bevor ich mich um Einstellung in die Schutzpolizei bewarb. Diese erfolgte am 2.4. 1924. Ich besuchte bis zum April 1925 die Pol.-Schule in Brandenburg an der Havel. Als Revieroberwachtmeister schied ich im April 1936 nach 12-jähriger Dienstzeit von der Schutzpolizei Berlin aus.

Ich bewarb mich für die Kriminalpolizei und wurde am 1.6. 1937 als Anwärter bei der KPLSt Berlin eingestellt.

Bis zum Zusammenbruch im Jahre 1945 gehörte ich bis auf die Abordnung zur Gestapo der KI F II an. Von dieser Dienststelle wurde ich vom 31.8. 1939 bis 31.12. 1942 zur Stapoleitstelle abgeordnet. Ich besaß keinen Ausweis der Gestapo. Mein Gehalt empfing ich bei meiner Stammdienststelle. Ich betone, daß ich keine Dienstmarke, wie sie bei der Gestapo üblich war, besessen habe.

Im einzelnen will ich Angaben darüber machen, was ich bei der Gestapo getan habe.

Bei der Dienststelle "Kommune", wie sie allgemein bezeichnet wurde, war der Dezernatsleiter der KK B e u m e l b u r g.

Mitarbeiter:  K a b l i t z , Otto (soll sich beim oder vor dem Einmarsch der Russen in Berlin erschossen haben)

B ö t t c h e r , Karl oder Ernst (im Jahre 1940/41 in einem Krankenhaus verstorben)

✓K a m i n , Willi (?), jetziger Aufenthalt un-  
bekannt,

R e h f e l d t oder R e h b e i n (wesentlich  
älter als ich).

Ich weiß genau, daß diese Dienststelle damals die Bezeichnung "B 1" trug. Als ich dorthin kommandiert wurde, mußte ich alte Vorgänge, die von Sachbearbeitern zurückgelassen wurden, aufarbeiten. Es waren in der Hauptsache anonyme Schreiber, die irgendetwas über ihre Mitbürger zu berichten hatten. Ich mußte entsprechende Ermittlungen über sie anstellen. Zu meiner Zeit tauchte auch das Blatt "Die Rote Fahne" auf. Urheber und Verleger dieser Zeitschrift sollte ich ebenfalls u. a. feststellen. Auch bestanden meine Ermittlungen darin den Rotfrontkämpferbund (RFB) aufzuspüren.

Bei der "Kommune" machte ich etwa 2 Jahre Dienst. Danach wurde ich im Gebäude am Alex in der politischen Kartei beschäftigt. Aus dieser Dienststelle ist mir der KOS Scheffler oder Scheller noch in der Erinnerung. Dort blieb ich etwa 5 Monate.

Für die Dauer von etwa 10 Monaten wurde ich dem Dezernat "Heimtücke" zugeteilt. Ich weiß nicht mehr wie die Bezeichnung dieses Dezernates war. Ich möchte aber behaupten, daß sie damals nicht IV A 3 hieß, wie sie mir heute genannt wurde. Leiter war der KR Menneking. Über seinen Verbleib kann ich nichts aussagen. Wenn mir hier gesagt wird, daß er verstorben sein soll, so kann ich mich dazu nicht äußern.

Mitarbeiter: B u r c k h a r d t, Willi ✓ (?),  
K r e t s c h m a n n oder K r e t s c h m e r .

Wir ist noch bekannt, daß leitende und auch noch andere Beamte aus Dresden oder Leipzig zu dieser Dienststelle gekommen sind.

Ich weiß, daß Bewohner Berlins, die irgendwie und wann im Luftschutzkeller geschimpft und gemeckert haben und von uns dazu gehört worden sind, später eine "schriftliche Belehrung" erhalten haben. Es waren meistenteils die sogenannten lieben Nachbarn, die ihre Mitbewohner denunziert hatten.

Während meiner Zugehörigkeit zu den genannten Dienststellen wurde ich zusätzlich zum Dauerdienst und auch zum Luftschutzdienst in der Nacht eingeteilt. Während des Dauerdienstes saß ich häufig am Eingang Gruner- Ecke Dinkenstraße zur Besucherkontrolle.

An Namen von Beamten dieser Dienststelle kann ich mich nicht mehr erinnern. Überwiegend waren es ältere Beamte, die dort Dienst versehen mußten.

Daß es eine Dienststelle "Judenreferat" gegeben hat, war mir bekannt. Ich bin aber nicht in der Lage auszusagen, welche Beamten dazu gehörten. Ich selbst hatte mit jüdischen Personen während meiner Gestapozeit nichts zutun gehabt.

Aus der mir vorgelegten Lichtbildmappe sind mir drei Abgebildete bekannt. Es handelt sich um die Nr. 23 - Erich Möller, 32 - Friedrich Prokop - und 49 - Günther Werner.

Die Namen sind mir hier erst genannt worden. Mir sind nur die Gesichter bekannt.

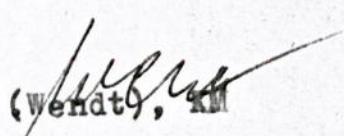
Ich habe während meiner Gestapozeit keine Uniform getragen. Nach dem Zusammenbruch war ich etwa 6 Wochen interniert und als russischer Kriegsgefangener in den Lagern Friedrichsfelde und Rüdersdorf.

In einem Spruchkammerverfahren wurde ich als ehemaliges Parteimitglied in die Gruppe "Mitläufer" eingestuft.

Als sogenannter "131" wurde ich am 18.8. 1952 wieder in den Dienst der Berliner Kriminalpolizei eingestellt. Am 1.4. 1962 schied ich wegen Erreichung der Altersgrenze aus dem Behördendienst aus.

Abschließend will ich noch bemerken, daß mich erst am 22.2.1943 zum KS ernannt wurde. Meine Abordnung zur Gestapo dauerte bis zum 31.12. 1942. Ich will damit sagen, daß ich nicht bei der Gestapo sondern bei der Kripo den nächsthöheren Dienstgrad erreicht habe.

Geschlossen:

  
(Wendt)

Laut diktiert, genehmigt und unterschrieben:

  
Oskar Werner

Oppermann geb.  
Kolisch,

Lissy

Jahrgang

vom

V e r m e r k:

Auf Ersuchen des EStA, Herrn R u n g e, wurde der Aufenthalt der

Lissy O p p e r m a n n geb. Kalisch,  
8.10.1922 Berlin geb.,  
Bln. 65, Schwyzer Str. 18 whft.,

ermittelt.

Die Vorgenannte soll nach Angaben der Zeugin

Ingrid K ö l z geb. Hesse,  
16.1.1923 Berlin geb.,  
Füssen/Allg., Welfenstr. 26 whft.,

Schreibkraft beim Referat IV D 1 der Stapoleitstelle Berlin gewesen sein und für den Stapoangehörigen Max S t a r k geschrieben haben.

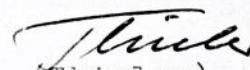
Frau O p p e r m a n n wurde am heutigen Tage im Beisein des POW C h m i e l o r z in ihrer Wohnung aufgesucht und in Gegenwart ihres Ehemannes

Herbert O p p e r m a n n,  
8.3.1922 Berlin geb.,  
w.o. whft.,

über ihre damalige Tätigkeit bei der Stapoleitstelle Berlin befragt.

Sie erklärte, daß sie nach Abschluß der Handelsschule im Jahre 1939 auf Grund einer Bewerbung eine Anstellung als Schreibkraft im Polizeipräsidium Alexanderplatz erhalten habe und anschließend gegen ihren Willen zur Stapoleitstelle Berlin versetzt worden sei. Etwa ab Ende 1941 bis Februar 1942 habe sie dann im Referat für "jüdische Angelegenheiten" in der Burgstraße Schreibarbeiten verrichten müssen.

Da aus Zeitmangel eine zeugenschaftliche Vernehmung nicht durchgeführt werden konnte, wurde ein Vernehmungstermin für den 16.11.67, 10.00 Uhr, vereinbart. Frau O p p e r m a n n bat, die Vernehmung in ihrer Wohnung durchzuführen, da ihr Ehemann seit seiner schweren Kriegsverletzung unter einer traumatischen Epilepsie leidet und für mehrere Stunden nicht allein gelassen werden kann.

  
(Thieler), KOM

Verhandelt

In der Wohnung aufgesucht und befragt erklärt die Hausfrau

Lissy Oppermann geb. Kalisch,  
8.10.1922 in Berlin geb.,  
Berlin 65, Schwyzer Str. 18 whft.,  
Tel.: 45 13 79

folgendes :

Der Gegenstand meiner Vernehmung wurde mir im Zuge der Vorbesprechung bekanntgegeben. Gleichzeitig wurde mir eröffnet, daß ich im Sinne des § 52 StPO als Angehöriger das Recht zur Zeugnisverweigerung habe und gem. § 55 StPO die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, durch deren Beantwortung ich mir selbst oder einem meiner in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung zuziehen würde.

Ich bin bereit, vor der Kriminalpolizei wahrheitsgemäße Angaben zu machen und wissentlich nichts zu verschweigen.

Ich bin hier als Tochter des Kaufmannes Walter Kalisch und seiner Ehefrau Gertrud geb. Muhr geboren und habe hier meine Berufsausbildung absolviert. 1939 habe ich die Handsschule in Berlin N 65, Ravenestr. abgeschlossen und wurde aufgrund meiner Bewerbung bei der Polizei als Stenotypistin nicht eingestellt, sondern mir wurde im Polizeipräsidium gesagt, daß ich mich bei der Staatspolizeileitstelle Berlin, die sich im gleichen Gebäude befand, bewerben sollte. Meine Einstellung erfolgte daraufhin als Kanzlei-Angestellte bei der vorerwähnten Behörde. Ich kann mich lediglich nur vage erinnern, daß ich etwa bis September 1940 als Kanzlei-Angestellte bei der Stapoleit. Berlin tätig war und zwischenzeitlich für gelegentliche Schreibarbeiten bei anderen Referaten dienstlich tätig wurde. In der Folgezeit hatte ich jedoch gemerkt, daß die Beschäftigung bei der Stapoleit. Berlin nicht das Richtige für mich war und meldete mich deshalb freiwillig zum Arbeitsdienst, da mein Jahrgang sowieso für diese Dienstleistung aufgerufen wurde.

Als ich im April 1941 vom Arbeitsdienst entlassen wurde, glaubte ich, nunmehr eine Anstellung in der freien Wirtschaft zu finden. Ich mußte mich auf Weisung des Arbeitsmarktes jedoch wieder bei der Stapoleit. Berlin melden und wurde sofort wieder weiter beschäftigt, und zwar kam ich zum Referat "Staatsabträgliches Verhalten" (Heimtücke, staatsfeindliche Äußerungen usw.); die Dienststellenbezeichnung ist mir heute nicht mehr bekannt. An Namen von Kollegen dieser Dienststelle kann ich mich heute ebenfalls nicht mehr erinnern. Ich gehörte diesem Referat bis zu meinem Ausscheiden, etwa Dezember 1942 oder Januar/Februar 1943, an. Zwischenzeitlich wurde ich etwa von Oktober 1941 bis Januar/Februar 1942 dem Judenreferat als Schreibkraft zugewiesen.

Im Mai 1943 heiratete ich den Kaufmann Herbert Oppermann, der im Mai 1942 als Frontsoldat in Rußland schwer verwundet wurde.

Wie ich bereits erwähnt habe, war ich im Judenreferat der Stapoleit. Berlin für die Dauer von drei bis vier Monaten ununterbrochen als Schreibkraft tätig. An die Dienststellenbezeichnung kann ich mich heute nicht mehr erinnern. Die Bezeichnung IV D 1 sagt mir nichts. Ich weiß nur noch, daß diese Dienststelle mit einer römischen Zahl, einem großen Buchstaben und mit einer dahinterstehenden arabischen Zahl bezeichnet wurde. Die Diensträume dieses Referates befanden sich in einem Gebäude in der Burgstr., und zwar im 2. oder 3. Stock. Die Dienststelle für "Staatsabträgliches Verhalten", der ich sonst angehört habe, befand sich im 1. Stock des gleichen Gebäudes.

Als Leiter des Judenreferates fungierte ein KK Stübs, dessen "rechte Hand" ein Mann namens Prüfer gewesen war. Prüfer saß mit einer älteren Dame zusammen im Vorzimmer. Ob diese Dame Frau Bastel geheißen hat, kann ich nicht bestätigen. Als weitere Angehörigen des Judenreferates kann ich noch die Beamten Stark, Vorname Max und Max Kölz benennen. An weitere Namen, obwohl mir hier genannt, kann ich mich nicht mehr erinnern. Max Kölz ist mir deshalb noch in guter Erinnerung, weil er der spätere Ehemann meiner Schulfreundin Ingrid Hesse wurde. Frl. Hesse war während meiner Zeit ebenfalls als Schreibkraft im Judenreferat tätig.

Ich kann mich heute absolut nicht mehr erinnern, in welchem Dienstraum Frl. Hesse ihren Arbeitsplatz hatte. Ich kann mich heute an die Einzelheiten ihrer damaligen Tätigkeit nicht mehr erinnern. Es kann sein, daß <sup>sie</sup> für den einen oder anderen Beamten oder auch für den Referats-Leiter Schreibarbeiten zu erledigen hatte.

Ich hatte meinen Arbeitsplatz zusammen mit dem bereits erwähnten Max Stark und einem weiteren, mir namentlich nicht mehr bekannten Gestapo - Angehörigen, gemeinsam in einem Dienstzimmer.

Es trifft daher zu, daß ich überwiegend für Stark schreiben mußte.

Frage: Frau Oppermann, welche besonderen Schreibarbeiten haben Sie seinerzeit für Stark erledigen müssen?

Antw.: Es waren Vernehmungsniederschriften, Briefdiktate, Abschriften usw. An die Einzelheiten der von mir geschriebenen Vernehmungen kann ich mich bestimmt nicht mehr erinnern.

Es kann aber durchaus möglich sein, daß Juden vernommen wurden, die ihren Stern, nicht wie vorgeschrieben, an ihren Kleidungsstücken trugen. Es kam auch vor, daß Juden den damaligen Auflagen entsprechend, nicht den zusätzlichen Namen "Israel" oder "Sara" in ihren Papieren geführt hatten oder die ihnen auferlegte Sperrstunde überschritten haben. Was mit den Juden im Anschluß an ihrer Vernehmung weiterhin geschehen ist, weiß ich nicht mehr. Ich halte es durchaus für möglich, daß Herr Stark Schutzauftrag befohlen hat. Mir war die Einleitung einer derartigen Maßnahme in ihren Einzelheiten nicht geläufig und habe geglaubt, daß dies der Beginn eines ordentlichen Gerichtsverfahrens sei. Von einer KL - Einweisung, wie z.B. nach Sachsenhausen, habe ich nie etwas gehört.

Mir war bekannt, daß Herr Stark u. a. auch mit der Jüdischen Gemeinde korrespondiert hat. Präzise Einzelheiten sind mir in diesem Zusammenhang entfallen. Ich mußte einige Male Listen mit Namen jüdischer Bürger noch einmal abschreiben, weil zwischenzeitlich irgendwelche Personen auf der anderen Liste gestrichen oder neu hinzugesetzt worden waren. Mit Sicherheit kann ich hierzu sagen, daß es sich bei diesen Listen um sogenannte Transportlisten gehandelt hat. Ich weiß es deshalb so genau, weil ich Stark einmal über den Zweck dieser Listen befragt hatte und er mir zur Antwort gab, daß die in den Listen erfaßten Juden zum Arbeitseinsatz in die besetzten Ostgebiete kommen würden.

Ich glaube, weiterhin mit Sicherheit bestätigen zu können, daß die Unterlagen, die ich zur Erstellung der Listen erhalten habe, durch Angehörige der Jüdischen Gemeinde zu Berlin dem Stark persönlich überbracht worden sind. In diesem Zusammenhang ist mir noch eine Jüdin besonders im Gedächtnis geblieben, die einen Doktortitel geführt und gelegentlich auch Unterlagen gebracht hat. Nachdem mir hier der Name genannt wurde, glaube ich nunmehr mit Bestimmtheit, daß diese Frau Dr. Moisse geheißen hat.

Über Frau Dr. Mo s s e muß ich noch sagen, daß ich sie als eine feine und gebildete Dame in Erinnerung habe, der S t a r k immer respektvoll und korrekt gegenübergetreten ist. Sie hat ~~hät~~ oft versucht, Einspruch zu erheben, wenn ein bestimmter Jude auf der Transportliste mit aufgeführt war. S t a r k hat sich aber in den meisten Fällen geweigert, Juden von Transporten zurückzustellen, weil er immer eine bestimmte Anzahl für die abgehenden Transporte haben mußte. Wenn S t a r k trotzdem ein Entgegenkommen zeigte, verlangte er von Frau Dr. Mo s s e die Stellung einer Ersatzperson.

Max Frau Dr. Mo s s e hat meiner heutigen Erinnerung nach hauptsächlich versucht Kranke oder alte Menschen von den Transporten auszunehmen. Andere Juden, die bei S t a r k manchmal vorsprachen, um von der Transportliste gestrichen zu werden, sind mit ein paar kurzen Worten hinausgeworfen worden. Im allgemeinen hat er sich aber immer korrekt den Juden gegenüber verhalten und hat sich m. W. niemals zu Mißhandlungen oder groben Beleidigungen hinreißen lassen.

Es kann zutreffen, daß Weltkriegsteilnehmer oder Ordensträger in den Transportlisten besonders vermerkt wurden.

Auf Befragen:

In den Transportlisten wurden mitunter ganze Familien nacheinander, ohne Rücksicht auf das Alter, aufgeführt.

Es kam auch vor, daß uns gemeldet wurde - ich glaube, von der Jüdischen Gemeinde - daß jüdische Bürger sich kurz vor ihrem Abtransport das Leben genommen hatten.

Für meine Begriffe war der Gestapo - Angehörige S t a r k der Mann, der für die Zusammenstellung der Transporte verantwortlich war.

Als einen bösartigen Kerl, von damals etwa 30 Jahren, möchte ich den Gestapo - Angehörigen G r o s s - Vorname unbekannt - bezeichnen. Mir war er äußerst unsympathisch. Man erzählte sich von ihm, daß er Juden in seinem Dienstzimmer öfters mißhandelt haben soll. Ich selbst war niemals Zeuge derartiger Vorfälle und kann dazu keine konkreten Angaben machen. Ich bin der Meinung, daß sein Verhalten allgemein auf der Dienststelle bekannt gewesen war.

G r o s s saß in einem größeren Dienstzimmer, in dem noch zwei oder drei weitere, mir namentlich nicht mehr bekannte Beamten, saßen.

Es war ein größeres düsteres Zimmer. Ob der Ref.-Leiter S t ü b s von diesem Treiben gewußt hat, weiß ich nicht. Es kann möglich sein, daß ihm diese Umstände bekannt waren und er trotzdem nichts unternommen hatte.

Auf Befragen:

Ich weiß mit Sicherheit anzugeben, daß die Transporte anfangs ausschließlich für Riga und Lodz zusammengestellt wurden und auch nach dorthin abgegangen sind.

Theresienstadt habe ich nur noch schwach in Erinnerung. Es kann möglich sein, daß auch Transporte nach Theresienstadt abgegangen sind.

Ich habe vom Schicksal der nach Riga und Lodz deportierten Juden niemals etwas erfahren.

Mir war bekannt, daß die Angehörigen der Stapoleit. Bln. - ob Angehörige des Judenreferates dabei waren, weiß ich nicht - zu Abhol-Aktionen jüdischer Bürger aus ihren Wohnungen eingesetzt waren und die Juden anschließend in die Synagoge Levetzowstr. gebracht haben.

Die Synagoge Levetzowstr. war damals als Sammelstelle eingerichtet worden. In meiner Eigenschaft als Schreibkraft wurde ich drei - oder viermal in dieser Sammelstelle eingesetzt.

Die eingebrachten Juden mußten an eine lange Tischreihe treten und sich registrieren lassen. Wie der eigentliche Ablauf vonstatten ging, weiß ich heute nicht mehr.

Meine Aufgabe bestand darin, die Namen der eingebrachten Juden auf den Transportlisten zu vergleichen und durch Abhaken der Namen die Anwesenheit festzustellen. Bei dieser Gelegenheit habe ich festgestellt, daß vielfach Familien nicht gemeinsam, sondern oft getrennt, d.h. Familienangehörige schon vorher, abtransportiert worden sind. Es ist in diesem Zusammenhang auch verschiedene Male bekanntgeworden, daß Juden kurz vor ihrer Abholung, manchmal sogar mit der ganzen Familie, freiwillig ihr Leben beendet haben. Wer in diesen Fällen die Nachricht überbracht hatte, weiß ich heute nicht mehr.

Auf Befragen:

Im Lager Levetzowstr. herrschten verzweifelte Zustände. Es befanden sich alle Altersklassen darunter, vom Kleinkind bis zum Greis. In meinem damaligen jugendlichen Alter war ich der Meinung, daß arbeitsfähigen Juden für die nichtarbeitsfähigen im Arbeitslager aufkommen müßten. Die Frauen bekamen Schreikämpfe oder fielen in Ohnmacht, andere weinten. Es war für mich als junges Mädchen ein grauenvoller Anblick. Ich fand die Art und Weise, wie man mit den Juden verfuhr, schäbig und menschenunwürdig. Sie wurden wie das Vieh zusammengedrängt und jeder war nur im Besitz des Allernotwendigsten. Eine Durchsuchung des Gepäcks habe ich nicht mehr in Erinnerung. Geld und Wertsachen mußten sie wohl abgeben.

Ich glaubte wirklich, daß die Juden ~~zur Arbeit~~ in Riga und Lodz in ein Arbeitslager kommen würden. Obwohl sich unter den zusammengetriebenen Juden auch Greise und augenscheinlich Nichtarbeitsfähige befanden, hatte ich über das zu erwartende Schicksal keine andere Vorstellung, als die, die ich aus Gesprächen mit Kollegen bekommen hatte. Dazu möchte ich sagen, daß man mir in meinem damaligen jugendlichen Alter niemals die Wahrheit gesagt hätte. Ich habe erst nach dem Kriege aufgrund der einschlägigen Publikationsmittel und der darin veröffentlichten Fotografien von dem wahren Verbleib der deportierten Juden Kenntnis erhalten.

Auf Befragen :

Über eine Registratur oder Kartei innerhalb des Judenreferates kann ich keine Angaben machen. Ich weiß auch nicht, ob eine derartige Funktion überhaupt bestanden hat. Ebenso ist mir der Name eines evtl. Tagebuchführers nicht bekannt geworden. Die Namen von jüdischen Angestellten, die mir hier genannt wurden, habe ich noch nie gehört (Berlowitz und Ehrlich).

An einer Schreibkraft Charlotte Müller, kann ich mich nur noch vage erinnern. Sie war etwa in meinem Alter. <sup>h</sup>Nahere Einzelheiten über Person und Herkunft, kann ich mich nicht erinnern.

Eine Schreibkraft mit dem Vornamen "Elfi", ist mir völlig unbekannt.

Mir wird hier eine Mappe mit Lichtbildern ehemaliger Angehöriger der Stapoleit. Berlin zur Durchsicht vorgelegt. Folgende Personen kommen mir bekannt vor;

Bild Nr. 46 - Stark, Max - Judenreferat

Bild Nr. 67C - Dieses Bild stellt die Frau dar, die im Vorzimmer des KK Stübs gesessen hat und Bastel geheißen haben kann.

Bild Nr. 174 - Max Kölz - Judenreferat; Ehemann der Ingrid Hess.

Bild Nr. 261 - KK Stübs - war zu meiner Zeit Leiter des Judenref.

Auf Befragen :

Ich selbst war niemals bei der Verladung von Juden auf den Bahnhöfen zugegen. Mir war bekannt, daß Stark etwa zweimal Transporte mit Juden nach Riga begleitet hat. Ich habe ihn einmal Zigaretten mitgegeben und dafür brachte er mir Butter mit.

Über seine Erlebnisse hat er nie etwas verlauten lassen. Ich kann deshalb zu diesem Punkt nichts aussagen.

Auf Befragen :

Ich kann mich nicht erinnern, daß die Angehörigen des Judenreferates während der Dienstzeit alkoholische Getränke zu sich genommen haben und den eigentlichen Dienstbetrieb eingestellt haben. Es kam nur selten vor, daß wir nach Dienstschluß in einem Lokal am Kurfürstendamm, Nähe der Gedächtniskirche bzw. Joachimstaler Str., zusammenkamen. Diese Zusammenkünfte waren aber vollkommen harmlos.

Auf Durchlesen verzichtet, da laut diktirt, genehmigt und unterschrieben

Geschlossen :

gez. Lissy Oppermann geb. Kalisch

gez. Thieler

( Thieler ) KOM

Chm

I - A - KI 3

I Berlin 65, den 21. 11. 1967

Weiterverhandelt:

Die Niederschrift meiner am 16.11.1967 gemachten Angaben ist mir nochmals vorgelesen worden. Ich bestätige die Richtigkeit und führe ergänzend aus. Mir wird hier eine fotokopierte Transportliste vorgelegt, in der jüdische Bürger für den 34. Osttransport listenmäßig zusammengefaßt wurden. Ich kann bestätigen, daß ich ähnliche Listen mit laufender Nr., Namen, Vornamen, Geburtstag, Geburtsort, letzter Wohnort und Transportnr. geschrieben habe. Allerdings möchte ich hierzu betonen, daß die von mir gefertigten Listen ein weitaus größeres Format hatten. Die Originallisten hatten das Format eines doppelten DIN A 4 Bogens und wurden mit der breiten Seite in eine Langwagenmaschine eingespannt. Bei den mir hier in Fotokopie vorgelegten Listen dürfte es sich um Verkleinerungen handeln. Da auch die Maschinenschrift sehr klein ersichtlich ist und wir nur Schreibmaschinen mit normalen Typengrößen benutzt haben.

Ich weiß heute nicht mehr, ob ich den Auftrag hatte, nur jeweils 20 Personen auf einen Bogen niederzuschreiben. Ich kann mich noch schwach erinnern, daß die lfd. Nr. etwa immer bis fast an die Tausend gingen.

Auf Befragen :

Ich kann mich nicht erinnern, daß während meiner Tätigkeit beim Judenreferat jüdische Bürger für sog. Spitzeldienste verwendet worden sind. Über diese Angelegenheit höre ich heute zum ersten Mal.

Zwischenzeitlich ist mir noch eingefallen, daß ein weiterer Angehöriger des Judenreferates M a r k a r t geheißen hat. Wenn ich mich nicht täusche, so hat er mit P a n k n i n zusammen in einem Zimmer gesessen. Ich kann mich außerdem noch vage an den Namen D o b b e r k e erinnern und glaube, daß dieser zeitweilig mit S t a r k und mir zusammen in einem Zimmer gesessen hat. Auch er hat sich Juden gegenüber niemals unsachlich verhalten.

Auf Befragen :

Inwieweit das RSHA direkte Verbindung mit dem Judenreferat aufrecht erhalten hat, weiß ich nicht. Ich kann mich an ein direktes Eingreifen des RSHA bzw. an eine direkte Verbindung zwischen S t a r k oder einem anderen mit dieser Behörde nicht erinnern.

Zum Komplex Levetzowstr. möchte ich wiederholen, daß mir eine Durchsuchung der eingekommenen Juden heute nicht mehr erinnerlich ist. Ich glaube, die Leute sind direkt angesprochen worden, mitgeführtes Geld oder Wertsachen abzugeben.

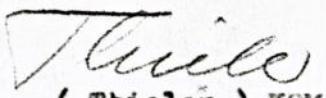
Wenn mir hier gesagt wird, daß wegen des großen Arbeitsanfalles in der Synagoge Levetzowstr. nicht nur die männlichen Angehörige des Judenreferates, sondern auch die weiblichen Schreibkräfte an der Abfertigung der eingekommenen Juden teilnehmen mußten und deshalb verständlich sein dürfte, daß alle Angehörigen in der Synagoge zugegen sein müssen, so dürfte es mit Einschränkungen zutreffen. Ich möchte damit sagen, daß vrmtl. nicht alle Angehörigen dieses Referates täglich anwesend waren, weil ja auch nicht täglich <sup>Transporte</sup> abgegangen sind. Ich weiß mit Sicherheit, daß S t a r k fast immer in der Synagoge in der Levetzowstr. anwesend war und fast auch ebensooft mein Referatsleiter KK S t u b s. Wenn ich aber nach Namen von anderen Angehörigen des Judenreferates gefragt werde, die ebenfalls ständig anwesend gewesen sein sollten, so vermag ich dies nicht mit Sicherheit zu bestätigen.

Wenn ich hier gefragt werde, ob Max Kölz ebenfalls ständig in der Synagoge ~~in dem~~ Levetzowstr. anwesend war, so halte ich es für wahrscheinlich. Ich könnte aber nie einen Eid darauf leisten. Mir war Kölz damals ziemlich unbekannt und ich wußte auch nicht, wo er überhaupt seinen Arbeitsplatz im Gebäude Burgstr. hatte.

Zur vorliegenden Angelegenheit möchte ich erwähnen, daß mein Ehemann, bedingt durch seine im Kriege erlittene Kopfverletzung, sich in den letzten Tagen sehr aufgeregt hat, so daß es wiederholt zu Streitigkeiten kam, ~~maxim~~ Mein ~~Herr~~ Mann glaubt mir nicht, daß ich an die damaligen Umstände völlig schuldlos bin, obwohl ich damals noch im jugendlichen Alter stand und macht mir deshalb laufend Vorwürfe. Ich möchte deshalb bitten, von weiteren Vernehmungen Abstand zu nehmen. Ich selbst glaube alles gesagt zu haben, was mir aus meiner Tätigkeit beim Judenreferat der Stapoleit. Berlin noch in Erinnerung gewesen ist.

Auf Durchlesen verzichtet, da laut diktiert, mit der Formulierung einverstanden, genehmigt und unterschrieben

Geschlossen:

  
( Thieler ) KOM

*... Hissig Oppenem, geb. Roslich*

Chm

Pollmann,

Wilhelm

beendigt: \_\_\_\_\_  
angesangen: \_\_\_\_\_

19 \_\_\_\_\_  
19 \_\_\_\_\_

~~StA B (Stapoleit)~~ | 519 | 65



Stolzenberg  
Bestell-Nr. 1

Bei Behördenheftung  
ist dies die Titelseite

BEISTÜCK zu  
1 Js 9-65  
Stapoleit-Bln

Duisburg, den 15. April 1965  
13. 00 Uhr

66

Auf Vorladung erscheint der Versicherungskaufmann  
Wilhelm P o l l m a n n,  
geb. am 22. 2. 1919 in Duisburg,  
wohhaft in Duisburg,  
Geibelstraße 19,  
und erklärt:

- Ich bin darüber belehrt worden, daß ich als Zeuge nichts auszusagen brauche, was mich selbst belasten könnte.
- Hinsichtlich meines Lebenslaufes beziehe ich mich auf den mir hier aus der vorliegenden Personalakte vorgelesenen. Zur Zeit bin ich selbständiger Versicherungskaufmann.

Zu Frage

1. Etwa im Mai/Juni 1940 kam ich nach einer einjährigen Ausbildung zur Stapoleitstelle Berlin.
2. Dort wurde ich dem Referat "Heimtücke" zugewiesen. Wir bearbeiteten dort Vergehen gegen heimtückische Angriffe auf Partei und Staat.
3. Beim meinem Eintritt war ich Ass.-Anwärter.
4. 1941 wurde ich Kriminalassistent. Später war ich zwar noch Kriminalkommissar-Anwärter; befördert wurde ich jedoch nicht mehr.
5. Ich war Sachbearbeiter für Vergehen gegen das Heimtückegesetz.
6. Darüber vermag ich heute nichts mehr zu sagen.
7. Kann ich nicht sagen.
8. Heute weiß ich wirklich nicht mehr, wer der Leiter und Stellvertreter des Judenreferats war.
9. Die Aufgaben des Judenreferats kenne und kannte ich nicht. Selbst während meiner Ausbildungszeit habe ich dieses Referat nicht durchlaufen. Dies war meines Wissens bei meinem gesamten Lehrgang der Fall.
10. Leiter der Stapoleitstelle war Oberregierungsrat BOCK. Mein Referatsleiter war Kriminalrat RIMBE. Kommissariatsleiter war KK Börsdörfer, Vorname nicht bekannt.
11. Zusammenfassung des Vernehmungsmaterials und dessen Vorlage beim nächsthöheren Vorgesetzten: Dienstauf-sicht.

12. Ich habe keine Verbindungen zu ehemaligen Kameraden.
13. Anschriften ehemaligen Kollegen sind mir nicht bekannt.
14. Ja. Gegen mich war ein Spruchkammerverfahren in Darmstadt anhängig. Das Aktenzeichen lautet: D.Lg.V/P 1586/47.

Ich möchte erwähnen, daß mir die näheren Personalien und die Anschriften meiner früheren Vorgesetzten nicht bekannt sind.

Geschlossen:

v.

g.

u.

( Wagner ) KOM

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht Berlin  
- 1 Js 9/65 (Stapoleit.Bln.) -

z.Zt. Duisburg, den 16. März 1966

68

29

Gegenwärtig

Erster Staatsanwalt Runge  
Kriminalmeister Thieler

Justizangestellte Ernst  
als Protokollführerin

Vorgeladen erscheint der Versicherungskaufmann Wilhelm Polli  
mann, geb. am 22.2.1919 in Duisburg-Meiderich, wohnhaft in  
Duisburg, Geibelstraße 19 und erklärt:

Mit dem Gegenstand meiner Vernehmung wurde ich vertraut gemacht.

Ich bin über mein Zeugnisverweigerungsrecht (§ 52 StPO) sowie darüber  
belehrt worden, daß ich die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, deren Beantwortung mich oder meine Angehörigen der  
Gefahr einer Strafverfolgung aussetzen würde (§ 55 StPO).

Zur Wahrheit ermahnt bin ich bereit auszusagen.

Die Niederschrift meiner am 15.4.1965 vor der Kriminalpolizei in  
Duisburg gemachten Angaben ist mit mir durchgesprochen worden.  
Ich bestätige die Richtigkeit dieser Aussage und führe ergänzend  
aus:

Vom 1.6.1939 bis Mitte 1940 wurde ich bei der SD ausgebildet.  
Sodann gehört ich bis Kriegsende der Stapoleit.Bln. an, und zwar  
immer nur dem Referat Heimtücke (IV A 3 a).. Die Diensträume  
dieses Referates befanden sich zunächst im Polizeipräsidium  
Alexanderplatz, später im einem Gebäude in der Burgstraße und  
schließlich in der Oranjenburger Straße.

Hinsichtlich meiner Vorgesetzten erinnere ich mich an die KR'e  
M e n n e k i n g und R i e d e . Ich kann allerdings nicht  
mehr angeben, ob die beiden Vorgenannten Leiter der Abteilung  
IV A oder Leiter der Unterabteilung IV A 3 waren. Meines Wissens

zeichneten sie dienstliche Vorgänge mit einem braunen Kreuz ab, was bedeutete, daß die Vorgänge nach Erledigung ihnen wieder vorgelegt werden mußten.

Meine unmittelbaren Vorgesetzten, die mir im Referat Heimtücke Weisungen erteilten waren:

KK Jakob Wörsdörfer

KK Noack (kam meines Wissens aus Sachsen),

KK Karl Kärrst

KOS Hermann Heinrichs

Über die Dauer ~~der~~ <sup>ihrer</sup> Zugehörigkeit zum Referat Heimtücke kann ich heute allerdings keine präzisen Angaben mehr machen. Sicher in Erinnerung ist mir nur noch die Tatsache, daß Noack vor Wörsdörfer im Referat tätig war. Ich halte es für möglich, daß die Vorgenannten die meiste Zeit nebeneinander dem Referat angehörten.

Dem Referat Heimtücke gehörten etwa 10 Beamte an, es können aber auch mehr gewesen sein. An die folgenden kann ich mich heute noch erinnern

KOA Helmut Weirauch; er wurde Ende 1942 in Afrika eingesetzt,

KS Josef Kirchhoff; er war so lange beim Referat wie ich,

KS Buley, Walter, der sich auch de Buley nannte; er gehörte dem Referat nur kurze Zeit an,  
KS Pfeiffer, an seinen Vornamen kann ich nicht erinnern,

KS Bruno Hoffmann,

KS Fritz Bacziinsky; er war die rechte Hand Mennekings während unserer Tätigkeit im Polizeipräsidium Alexanderplatz (nach 1945 habe ich mit ihm korrespondiert. B. wohnt in Ost-Berlin.).

Weitere Kollegen kann ich heute nicht mehr benennen.

Chef der Stapoleit.Bln. war zunächst Bovensiepen und

später Bock. Die Namen der stellvertretenden Leiter der Leitstelle kann ich heute nicht mehr angeben.

Judenverfolgung

Mir war bekannt, daß es bei der Stapoleit.Bln. auch ein Judenreferat gab. Die Diensträume dieses Referats befanden sich zeitweise in einem Gebäude in der Burgstraße. Mit Angehörigen des Judenreferates hatte ich weder dienstlich noch privat Kontakt. Mir fällt in diesem Zusammenhang lediglich der Name eines gewissen Hanssen ein, den ich von einem Kursus her kannte und der wegen unrechtmäßiger Bereicherung an jüdischem Vermögen bestraft wurde. Der Vorwurf der unrechtmäßigen Bereicherung wurde auch gegen einen KK Stübs erhoben, der, so erfuhr ich gerüchteweise, deswegen Selbstmord begangen haben soll.

Die Tatsache, daß jüdische Einwohner Berlins abtransportiert wurden, war mir seinerzeit bekannt, ohne daß ich Einzelheiten erfuhr. Nach der damals gebüchlichen Version sollten sie nach dem Osten abgeschoben werden um dort nützliche Arbeiten zu leisten. In diesem Zusammenhang sprach man davon, daß die Juden in erster Linie zur Herstellung von Uniformen herangezogen würden.

Auf Befragen:

Vom Hörensagen ist mir damals bekanntgeworden, daß Angehörige der Stapoleit.Bln. zu Aktionen herangezogen wurden, die die Festnahme von Juden in ihren Wohnungen und ihrer Verbringung in dafür vorgesehene Sammelstellen zum Ziele hatten. Ich kann heute nicht mehr sagen, wer mir über diese Dinge berichtete. Eine dieser Sammelstellen befand sich in der Levetzowstraße, einer ehemaligen Synagoge. Ich bin zu diesen Festnahmeaktionen niemals herangezogen worden, kann mich auch nicht erinnern beobachtet oder gehört zu haben, daß meine Mitarbeiter aus dem Referat Heimbücke bei diesen Aktionen eingesetzt wurden.

Auf Befragen:

Von ungefähr ist mir damals bekanntgeworden, daß Angehörige der Stapoleit.Bln. sich dienstlich mit dem Vermögen der abtransportierten Juden befaßten. Einzelheiten sind mir auch insoweit nicht zu Ohren gekommen. Ich bin mit diesen Dingen dienstlich nicht betraut worden, auch nicht im Rahmen des Dauerdienstes zu dem ich ab und zu herangezogen wurde. Ich kann mich auch nicht erinnern gesehen oder beobachtet zu haben, daß meine Mitarbeiter aus dem Referat Heimtücke oder andere Angehörige der Stapoleit.Bln. zu Arbeiten herangezogen wurden, die im Zusammenhang mit der Beschlagnahme jüdischen Vermögens standen.

Auf Befragen:

Welches Schicksal die aus Berlin deportierten Juden in Wirklichkeit erlitten, habe ich erst nach Kriegsende erfahren. Daß Juden mißhandelt wurden, ist mir nicht bekanntgeworden.

Mir wird jetzt eine Mappe mit Lichtbildern ehemaliger Angehöriger der Stapoleit.Bln. vorgelegt. Ich habe sie durchgesehen. An folgende abgebildete Personen kann ich mich erinnern:

Nr. 14 : H a n s e n

Nr. 32 : Erich M ö l l e r; könnte leitender Beamter in der Burgstraße gewesen sein, möglicherweise Leiter des Referats Kommunismus,

Nr. 35 : Hermann R e i m e r; gehörte ebenfalls dem Referat Heimtücke an

Nr. 57 : Josef K i r c h h o f f

Nr. 79 : KR G a n s.

Auf Verlesung verzichtet, genehmigt und unterschrieben.

Wilhelm J. Ollmann

gez. Runge

gez. Thieler

gez. Ernst

Ar.  
(Meistens) zu Aktiv-Aktionen zu gehen

72

Für.-Ref. (1936-1981(?)

Plassen

(Pastewka, <sup>früher:</sup>)

Emil

angefangen

beendet

19

19

BEISTÜCK ZU  
1 Js 9-65  
Stapoleit-Bln



Stolzenberg  
Bestell-Nr. 1

Bet. Behördenheftung  
ist dies die Titelseite

1AR(Stapoleit) 194/68

Der Leiter der Anklagebehörde  
Der öffentliche Ankläger  
bei dem Spruchgericht

Akt.: 5 Sp. Js. 584/48 G

1. a) Familienname (auch Beinamen)

b) Vornamen (Rufn. unterstreichen)

2. a) Beruf

(Genauer Angabe, Inhaber, Meister, Geselle,  
Lehrling, bei Trägern akademischer Würden,  
wann Tit. erworben und bei welch. Hochschule)

b) Einkommensverhältnisse

c) Erwerbslos

d) Vermögen

Erste verantwortliche Vernehmung

durch Staatsanwalt Roggenhuck

Protokollführer: in Lenz

Benefeld ~~XXXXXX~~, den 29. Juli 1948

0900X

a) P l a s s e n

b) Emil, Hermann

a) Kriminalsekretär

b) ---

c) ja

d) keins

3. Geboren

am 26.5.1899 in Peterswalde

Verwalt. Bez.: Kreis Osterode Ostpr.

Landgerichtsbez.:

Land:

4. Wohnung, bzw. Aufenthalt seit Januar 1933

von 1933 bis

in Berlin-Hohenschönhausen  
Suermondtstr. 42

von bis

in

von bis

in

5. Staatsangehörigkeit

deutsch

6. Religion (auch frühere)

evgl. luth. 1942 - 1947 konfessionslos

7. a) Fam.-Stand (led. verh. verw. gesch.)

a) verheiratet

b) Vor- und Fam.- und Geb.-Namen d. Eheg.

b) Emilie geb. Todzey

c) Wohnung d. Ehegatten

c) Berlin-Weissensee, Lothringenstr. 12

8. Kinder

ehel.: a) Anzahl: 1

b) Alter: 14

unehel.: a) Anzahl: ---

b) Alter:

9. a) d. Vaters Vor- und Zunamen

a) Samuel Pastewka

b) Beruf, Wohnung (auch wenn gest.)

b) Maurer, Peterswalde verst.

c) d. Mutter Vor- und Geb.-Namen

c) Charlotte geb. Olschewski

d) Beruf, Wohnung (auch wenn gest.)

d) Berlin verst.

73  
-35-

10. Des Vormundes oder Pflegers ----

Vor- und Zuname, Beruf, Wohnung

11. Vorbestraft: **nein**

a) vom ..... gericht in .....

wegen ..... mit .....

b) vom ..... gericht in .....

wegen ..... mit .....

in

	Amt. Rang	von	bis	
12. a) Amt als Gauleiter Kreisleiter Ortsgruppenleiter Amtsleiter				
b) Angeh. der <u>Gestapo</u> „ des SD „ der Allg. SS „ „ Waffen-SS „ „ Totenkopfverb.	<b>Kriminalsekretär 1933</b>		<b>Kriegsende</b>	<b>Berlin</b>
13. Angestellter im a) VWHA b) RSHA c) VOMI d) HUSHA e) Lebensborn e. V. f) RKFDV g) sämtliche Ministerien b. z. Rang eines Ministerialrats				
h) b. d. Fa. Friedr. Flick i) b. d. Fa. I. G. Farben j) b. d. Fa. Krupp k) Dresdner Bank l) Hermann Göring Werke				
14. a) Internierungszeit b) „ nummer c) Kriegsgefangenenzeit d) Militär-Dienstzeit e) Verwundungen	<b>305 019</b> ---- ---- ----	<b>1.7.48</b>	<b>jetzt</b>	

Ich nehme Bezug auf meinen bei den Akten befindlichen Lebenslauf. Die darin gemachten Angaben sind richtig. Ich mache sie zum Gegenstand meiner heutigen Vernehmung und ergänze sie wie folgt.

Ich habe nichts gelernt und trat am 1. Oktober 1919 in die Schutzpolizei in Osterode in Ostpr.ein, und wurde 1926 zur Schutzpolizei nach Berlin versetzt. Hier habe ich bis 1930 zuletzt als Polizeioberwachtmeister Dienst getan. Ich meldete mich dann über die Vormerkungsstelle in Potsdam zur Kriminalpolizei und wurde dort in Berlin am 1.Nov.1930 eingestellt. 1931 wurde ich zur Abtlg.I (Politische Polizei) versetzt.

1933 wurde die politische Polizei in Geheime Staatspolizei überführt. Ich bin dann bis Kriegsende (22.4.1945) Angehöriger der Stapoleitstelle Berlin gewesen. Am 1.Januar 1939 bin ich -zum Kriminalsekretär befördert worden.

Von 1933 bis 1936 arbeitete ich in der Abtlg. "unpolitische Vereine". Ich hatte an Hand des Vereinsregisters die Vorstandsmitglieder der Vereine auf ihre politische Zuverlässigkeit hin zu überprüfen. Ich machte das an Hand der Kartei, wo ich nur festzustellen hatte, ob die in Frage Kommenden staatspolizeilich gefährlich in Erscheinung getreten waren.

1936 wurde mein Arbeitsgebiet dem Polizeipräsidenten übertragen und ich kam in die Abtlg. Freimaurer, die der Kirchenabteilung angehörte. In dieser Abteilung habe ich bis zum Schluss gearbeitet. Meine Abteilung war gewissermassen eine Auskunftsabteilung. Ich hatte an Hand der Freimaurerkartei A anfragenden Behörden und sonstigen Körperschaften Auskunft zu erteilen, welchen Freimaurerkreisgrad eine angefragte Person innegehabt hatte. Mit Festnahmen habe ich nichts zu tun gehabt. Mit der Vermögensbeschlagnahme der Freimaurerlogen habe ich nichts zu tun gehabt. Diese Angelegenheit wurde vom Reichssicherheitshauptamt bearbeitet. Später hatte ich auch noch Fälle von verbotener Wahrsagerei und Versand von Kettenbriefen zu bearbeiten. Bei diesen Angelegenheiten hatte ich auch bisweilen Vernehmungen vorzunehmen. Schuldige Personen erhielten eine staatspolizeiliche Warnung. Eine einzige Festnahme habe ich vorzunehmen gehabt, es handelte sich um eine Frau, die einen religiösen Kettenbrief in die Welt gesetzt hatte. Es war dies eine Frau Ida Strepecke, von der ich ein Leumundszeugnis besitze.

In die NSDAP bin ich im Jahre 1941 eingetreten. Ich tat dies auf Wunsch meiner Behörde. Der Allg.SS habe ich nicht angehört, wohl aber erhielt ich einen Angleichungsrang als Staffelsturmscharführer im SD. Aus-der-ev

Aus der evgl.Kirche bin ich 1942 ausgetreten. Ich tat dies auf Erfordern meiner Behörde.

Ich wusste, dass es Konzentrationslager gab. In diesen Lagern sassen kriminelle und politische Häftlinge. Die Einweisungen erfolgten durch das bei den Gestapostellen bestehende Schutzhaltreferat. Das Einweisungsverfahren war ein reines Verwaltungsverfahren unter Ausschaltung der ordentlichen Gerichte. Die Einweisungen erfolgten auf Grund von Schutzhaltbefehlen, die auf unbestimmte Zeit lauteten und vom Reichssicherheitshauptamt erlassen wurden. Hiergegen hatten die Beschuldigten keine Einspruchsmöglichkeit. Von Rücküberstellungen an die Gestapo habe ich nie etwas gehört wie ich auch überhaupt mit Schutzhaltangelegenheiten nie etwas zu tun gehabt habe.

Mir war wohl bekannt, dass nach der Strafprozeßordnung festgenommene Personen binnen 24 Stunden dem Richter vorzuführen waren. Bei der Gestapo bemerke ich, dass dort Personen auch ohne richterlichen Haftbefehl bis 21 Tagen in Polizeihhaft gehalten wurden.

Von verschärften Vernehmungen habe ich erst nach meiner Inhaftierung erfahren.

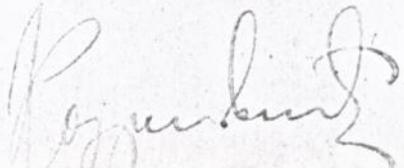
Ich weiss, dass es auch Arbeitserziehungslager gab, wo von der Gestapo ebenfalls auch ohne Gerichtsverfahren Arbeitsbummelanten auf die Dauer von 21 - 56 Tagen eingewiesen wurden; das waren nicht nur Deutsche, sondern auch Ausländer. Polen und Ostarbeiter wurden durch ein "P" bzw "Ost" gekennzeichnet, weglches sie an der Kleidung tragen mussten. Diesen Leuten wurde der Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen verboten, Welche Strafen im Übertretungsfalle von der Gestapo verhängt wurden, weiss ich jedoch nicht. Ich habe auch nichts davon gehört, dass Menschen deswegen aufgehängt worden sind.

Das bei der Gestapo eingerichtete Judenreferat diente der Überwachung der Juden, damit diese die zahlreichen Bestimmungen einhielten, die gegen sie erlassen waren und sie in ihrer persönlichen Freiheit stark beschränkten. Als Beispiel führe ich an, dass sie den Judenstern tragen mussten und sich auch die jüdischen Vornamen Israel und Sara beilegen mussten. Zum Schluss wurden sie ganz aus Deutschland zwangsweise abtransportiert. Wie ich hörte, kamen sie nach dem Osten-Näheres weiss ich jedoch nicht. Selbstverständlich waren an diesen Zwangsmassnahmen die Gestapo durch ihr Judenreferat beteiligt.

Über die Tätigkeit von Gestapobeamten in Kriegsgefangenenlagern vermag ich nichts auszusagen, weil ich darüber nichts weiss.

Ich weiss wohl, dass in den damals neugewonnenen Ostgebieten Volksdeutsche angesiedelt wurden, weiss aber nichts über den Verbleib der ursprünglich dort ansässigen Bevölkerung insbesondere auch die durch Zwangsmassnahmen evakuiert worden ist und ob an dieser Massnahme auch die Gestapo beteiligt gewesen ist. Ich hörte wohl mal etwas von einer Volksdeutschen Mittelstelle, konnte mir aber darüber nichts vorstellen.

Laut diktirt, genehmigt u. unterschrieben.



Geschlossen:



I - A - KI 3  
(Dienststelle)

550/66

(Geschäftszeichen)

Merkblatt angelegt.

Fingerabdrücke genommen? Ja — Nein\*)

Lichtbilder gefertigt? Ja — Nein\*)

Person ist — nicht — festgestellt.\*)

Im Deutschen Fahndungsbuch — Festnahmen/Aufenthalts-  
ermittlungen —, in der Fahndungskartei ausgeschrieben?  
Ja — Nein\*)

\*) Nichtzutreffendes durchstreichen.

z.Zt. Gelsenkirchen-Buer

Berlin

30. 8.

66

19

## Verantwortliche Vernehmung

Es erscheint\*) auf Vorladung

der / die Nachgenannte

wohnhaft in Gelsenkirchen-Resse, Fichtenstr.

Straße Platz Nr. 8

Fernruf ..... und erklärt:

## 1. a) Familienname

auch Beinamen, Künstlername, Spitzname, bei Namensänderung  
früherer Familienname, bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name  
des früheren Ehemannes

a) Plaßen

bis 31.3.1942 lt. Urkunde PP Bln.

Abt. II "amilienname PASTEWKA

b) Emil, Hermann

26.5.1899 in Peterswalde

am Kreis (Verwaltungsbezirk) Osterode

Landgerichtsbezirk Ostpreußen

Land u. poln. Verwaltung

## 2. Geboren

## 3. a) Beruf

aa) erlernter

bb) z. Z. der Tat ausgeübter

cc) Stellung im Beruf (z. Z. der Tat)

a) Pensionär u. Pförtner

aa) Landwirtschaftshelfer

bb) Kriminalbeamter

cc) Krim.-Sekr.

## Hier ist anzugeben:

ob Geschäftsinhaber, Gehilfe, selbständiger Handwerksmeister,  
Geselle usw.

## b) Ferner sind anzugeben:

- bei Ehefrauen Beruf des Ehemannes
- bei Beamten und Behördenangestellten genaue Anschrift der Dienststelle
- bei Studierenden Anschrift der Hochschule und das belegte Lehrfach
- bei Trägern akademischer Würden (Dipl.-Ing., Dr., D. usw.), wann und bei welcher Hochschule der Titel erworben wurde

b)

## c) bei Erwerbslosigkeit seit wann?

c) entfällt

## 4. Einkommensverhältnisse

- a) z. Z. der Tat  
b) gegenwärtig

a) nicht mehr bekannt  
b) Pension u. Wochenlohn

\*) auf Vorladung, aus Untersuchungshaft, aus Strafhaft, als vorläufig Festgenommene vorgeführt, in der Wohnung, an der Arbeitsstelle aufgesucht usw. (Zutreffendes einsetzen).

<p>5. a) Familienstand ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden — getrennt lebend</p> <p>b) Vor- und Familienname des Ehegatten bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name des früheren Ehemannes</p> <p>c) Wohnung des Ehegatten bei verschiedener Wohnung</p> <p>d) Beruf des Ehegatten</p>	<p>a) <b>verheiratet</b></p> <p>b) <b>Emilie geb. Todzey</b></p> <p>c) <b>wie umseitig</b></p> <p>d) <b>Hausfrau</b></p>
<p>6. Kinder</p> <p>a) Anzahl b) Alter</p>	<p>a) <b>1</b></p> <p>b) <b>33 Jahre</b></p>
<p>7. a) Vater, Vor- und Zuname Beruf Wohnung</p> <p>b) Mutter, Vor- und Geburtsname Beruf Wohnung (auch wenn Eltern bereits verstorben)</p> <p>c) Vormund*), Pfleger*) oder Bewährungshelfer*), Vor- und Zuname Beruf Wohnung</p>	<p>a) <b>Samuel Pastewka</b> Maurer etwa 1909 verst.</p> <p>b) <b>Charlotte geb. Olscheski</b> Hausfrau 1937 verst.</p> <p>c) <b>entfällt</b></p>
<p>8. Staatsangehörigkeit (auch evtl. frühere)</p>	<p><b>Deutschland</b></p>
<p>9. Ehrenämter in Staat, Gemeinde oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (Schöffe oder Geschworener — Handels-, Arbeits- oder Sozialrichter — Vormundschaften — oder Pflegeschaften — Bewährungshelfer — sonstige Ehrenämter)</p>	<p><b>keine</b></p>
<p>10. Personalausweis Reisepaß; sonstige Ausweise und Berechtigungsscheine (Art., ausstellende Behörde, Nummer, Ausgabedatum) z. B. Führerschein, Wandergewerbeschein, Legitimationskarte, Jagd- oder Fischereischein, Waffenschein, Schiffer- oder Lotsenpatent, Unterbringungsschein nach Gesetz zu Art. 131 GG, Rentenbescheid, Sprengmeisterschein</p>	<p><b>Pers.-Ausw. d. BRD B 8 699 556</b> <b>v. 22.2.63 Stadt Gelsenkirchen</b></p>
<p>11. Vorstrafen und anhängige Strafverfahren Maßregeln der Sicherung und Besserung (Strafe zur Bewährung ausgesetzt — bedingte Entlassung bewilligt)</p> <p>a) nach eigenen Angaben b) Ergänzung nach amt. Unterlagen</p>	<p>a) <b>keine</b></p> <p>b)</p>

I. Belehrung:

Mir ist eröffnet worden, welche Tat mir zur Last gelegt wird und welche Strafvorschriften in Betracht kommen.

Ich bin darauf hingewiesen worden, daß es mir freisteht, mich zu der Beschuldigung mündlich oder schriftlich zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jeder Zeit, auch schon vor meiner Vernehmung einen von mir zu wählenden Verteidiger zu befragen.

( SS 163 a, 136 StPO )

Ich bin bereit vor der Kriminalpolizei auszusagen und wissentlich nichts zu verschweigen.

II. Noch zur Person:

In dem nicht betreffenden Vorgang (Pers.-Heft PSt p 17) befinden sich auf Bl. 5 u. 6 die Ablichtung eines von mir am 7.8.1941 angefertigten handschriftlichen Lebenslaufes, den ich noch mit meinem Namenszug "Emil P a s t e w k a" unterzeichnet habe. Dieser Lebenslauf ist mir zum Durchlesen übergeben worden und ich bestätige die Richtigkeit der damals gemachten Angaben.

Mit Urkunde des Pol.-Präsidenten in Berlin, Abt. II, Gesch.-Nr. II 8000 P. 235 v. 31.3.1942, wurde mein damaliger Familienname in "P l a B e n" umgeändert.

Ich führe zu meinem Lebenslauf ergänzend aus:

Ich bin etwa Mitte oder Ende Nov. 1931 gegen meinen Willen von der regulären Kripo zur damaligen polit. Polizei, Abt. I A, versetzt worden. Nach der sogn. Machtübernahme wurden wir zu einem mit heute nicht mehr bekannten Zeitpunkt von der Geheimen Staatspolizei übernommen. Unsere Dienststelle, die sich im PP befand, nannte sich "Staatspolizeistelle Berlin". Leiter des Außendienstes war seinerzeit der damalige KR B o n a t z, der später zum Gestapa versetzt wurde. Etwa bis 1936 war ich im Ref. "Schutzdienst" und "Unpolit. Vereine" tätig. Leiter dieses Ref. war der KK und der spätere KR S c h u l z (Dackelschulz). Als im Jahre 1936 die Bearbeitung der unpolit. Vereine an das Pol.-Präsidium abgegeben worden ist, wurde ich dem Ref. für "Judenangelegenheiten" zugeteilt. Innerhalb dieses Referates war ich mit der Bearbeitung von Vorgängen betraut, die sich ausschließlich mit Freimaurerlogen befaßten.

Wenn ich mich nicht irre, so war zu dieser Zeit der Assessor u. Reg.-Rat ~~W~~ Müller Leiter des Sachgebiets für jüd. Angelegenheiten. Leiter des Außendienstes war zur gleichen Zeit der KK und spätere KR G a n s.

Durch Umorganisierung, etwa 1940 oder 1941, kam das Sachgebiet "Freimaurer" und auch ich zum "Kirchenref." Ich kann mich lediglich an den damaligen Leiter des Außendienstes, nämlich KK Bartolli, erinnern. Es erscheint mir noch interessant, die Bearbeitung der Freimaurerangelegenheit zu berichten.

Bekanntlich haben sich die Freimaurerlogen auf Druck des damaligen Staates selbst aufgelöst und haben sich liquidiert. Meine Tätigkeit als Freimaurer-Sahhbearbeiter war eine rein verwaltungsmäßige. Hat sich z. B. ein ehem. Freimaurer im damaligen Sinne staatsfeindlich betätigt, so wurde er von der "Heimtücke-Abt." bearbeitet. Zu mir kamen nur Anfragen, welcher Loge der Betreffende angehört und welchen Grad er inne gehabt hat. Die ehem. Freimaurer hatten das Recht sich in öffentl. Lokalen zu treffen, aber nicht in geschlossenen Vereinszimmern. Die Kontrollen über ihr Treffen sind von mir von Zeit zu Zeit durchgeführt worden. Ob gegen damalige Angehörige der Freimaurerloge mitunter Schutzhalt beantragt worden ist, weiß ich mich heute nicht mehr zu erinnern und als nur "Freimaurerangehöriger" ist dies auch niemals der Fall gewesen.

Auf Befragen erkläre ich, daß ich während der Kriegszeit niemals in einem auswärtigen Einsatz gekommen bin.

Wenn mir hier gesagt wird, daß ich am 16.9.1940 meinen Eintritt in die Partei unterschrieben und das Eintrittsgeld bezahlt habe, so ist das auf Betreiben meiner Behörde geschehen.

Ich halte es für möglich, daß ich einen S-Angeleichungsdienstgrad als KS hatte. Ich weiß ihn aber heute nicht mehr, denn ich war auch niemals Uniformträger.

Im Jahre 1948 strebte ich gegen mich selbst ein Spruchkammerverfahren an. Urteil und Begründung sind, wie mir hier mitgeteilt wurde bekannt und sind Bestandteil der Pers.-Akte PST p 17, Bl. 39 bis 41. Als ehem. Beamter bekomme ich seit 1955 Pension von der Regierung in Düsseldorf. 12 Dienstjahre und die Beförderung zum Krim. Sekr. sind mir nicht angerechnet worden.

### III. Zur Sache:

Wenn mir hier vorgehalten wird, daß ich Angehöriger des "Judenref." gewesen sein soll, so trifft es nur für die Zeit von etwa 1936 bis 1940 oder 1941 zu. Zu diesem Zeitpunkt, ich erwähnte es bereits, befand sich das Judenref. immer ~~XXXXX~~ am Alexanderplatz. Es trifft auch zu, daß ich während dieser Zeit mit dem damaligen KS Franz Prüfer gemeinsam in einem ~~Zimmer~~ gesessen habe. Er bearbeitete das Sachgebiet "Jüd. Organisationen". Wenn ich gefragt werde, ob die Dienststellenbezeichnung zu der Zeit II B 4 lautet haben kann, so kann es sein. Mir ist noch in Erinnerung, daß von Beamten in den Nebenzimmern der gleichen Dienststelle Strafsachen bearbeitet wurden, die sich ausschließlich gegen Juden richteten.

Ich kann mich noch vage erinnern, daß der Vorgänger von Prüfer ein KS Hahn gewesen war, der wegen einer Bestechungsaffäre vom Dienst enthoben worden ist. ~~XXXXXX~~ Hahn wurde, meiner heutigen Erinnerung nach, in die Provinz versetzt, weil man ihm vermutlich nichts nachweisen konnte. Als damaliger Angehöriger des Judenref., ich meine hiermit die Zeit von etwa 1936 bis 1940/41, habe ich noch die Namen ~~KOA~~ Max Stark, u. den KOA Alfred Wilhelm im Gedächtnis. ~~XXXXXX~~ Stark u. Wilhelm haben m. E. nach jüd. Strafsachen bearbeitet. Wie bereits erwähnt, war der KK Gans ~~XXXXX~~ Außen-dienstleiter und der Ass. Müller Leiter des Innendienstes. Die beiden Herrn hatten keinen abgegrenzten Arbeitsbereich. Ich hatte den Eindruck, daß Gans dem Müller unterstellt war, obwohl wir in unserem Ref. keinen Verw.-Beamten hatten, sondern nur Kripo-Beamte. Ich bin der Meinung, daß Gans noch Leiter des Judenref. war, als ich zum Ref. "Kirchenangelegenheiten" versetzt worden bin. Das war bereits, wie erwähnt, 1940 oder 1941. Ich hörte später, daß Gans zu einem ausw. Einsatz abgeordnet oder versetzt worden ist. Wer sein Nachfolger geworden ist, vermag ich heute nicht mehr anzugeben. Ich kann auch nicht mehr sagen, wie lange der Ass. Müller dem Sachgebiet "Judenangelegenheiten" vorgestanden hat und wer evtl. sein Nachfolger geworden ist.

Im Geschäftszimmer des Judenref., das auch zugleich Vorzimmer von KK Gans war, saßen Frau Bastei als Schreibkraft, ~~KXXX~~ KS Prüfer und ich. Wir erledigten neben unseren bereits erwähn-

erwähnten

ten Sachgebieten auch alle anfallenden Geschäftszimmerangelegenheiten. Das Tagebuch wurde meistenteils von mir geführt. Der KK G a n s schrieb in der Regel die eingehenden Vorgänge den einzelnen Sachbearbeitern zu.

Auf Befragen: (selbst diktiert)

Soweit ich mich erinnere wurden von der Jüd. Gemeinde Listen angefordert, die die Organisation beinhalteten. Daraus wurden Karteien erstellt, die nach folgenden Gesichtspunkten angelegt wurden, und zwar Zionisten, Assimilanten und Neutrale. Zionisten strebten einen selbstdändigen jüd. Staat an und wurden dabei in ihren Gedanken von der Staatspolizei unterstützt.

Die Assimilanten wollten in Deutschland verbleiben und wie der Name schon sagt, sich assimilieren lassen.

Die Neutralen ~~XXXXX~~ gehörten keiner der beiden Gruppen an und waren nur religiös.

Ich weiß nicht, ob zugleich mit der Erstellung dieser Kartei alle jüd. Bürger Berlins erfaßt worden sind.

Auf Befragen:

Entsprechend den Anweisungen von Ass. M ü l l e r oder KR G a n s, sind P r ü f e r und ich gelegentlich zum Vorsteher bzw. Geschäftsführer der Jüd. Gemeinde, Herr G o s s o l s (phon.), gegangen und haben dort Besprechungen geführt. In jedem Falle war KS P r ü f e r der Sprecher. Ich war immer der Begleiter, weil es untersagt war, allein dort hin zu gehen.

Frage:

Herr P l a ß e n, können Sie sich noch erinnern, welche Punkte damals besprochen worden sind bzw. übergeben Sie bestimmte Anordnungen der Stapo ?

Antwort: (selbst diktiert)

Ich kann mich an die einzelnen Besprechungen nicht mehr erinnern. Sie waren jedenfalls nicht von besonderer Bedeutung.

Auf Vorhalt:

Das Jahr 1938 hat in der nationalsozialistischen Judenpolitik einen besonderen Platz eingenommen. Die Ziele des NS-Regimes im Jahr 1938 waren folgende:

Noch Vorhalt:

1. Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben.
2. Verordnung über die Anmeldung des Vermögens der Juden.
3. Druck zum Auswandern.
4. Streichung der Anwaltszulassungen und Abprobationen.
5. Hinzusetzen eines befohlenen Vornamens für Juden männlichen Geschlechts "Israel" und weiblichen der Vorname "Sara".

Antwort: (selbst diktiert)

Über die ersten vier Punkte ~~war~~ habe ich im Judenref. keine Kenntnis bekommen. Dies dürfte von einer höheren Stelle bearbeitet u. angeordnet worden sein. Inwe~~l~~weit Herr G a n s oder Herr M ü l l e r an Besprechungen mit jüd. Gemeindemitgliedern teigenommen haben, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich halte es durchaus für möglich, daß von seitens des Gestapa, unter Verschluß, bestimmte Richtlinien an M ü l l e r oder G a n s gelangt sind, die mir inhaltlich bestimmt nicht bekannt geworden sind.

Der Punkt 5 dürfte unter den Angehörigen der Geheimen Staatspolizei bekannt geworden sein. Während meiner Tätigkeit ist mir nicht erinnerlich, daß irgend jemand die Kontrolle der Überwachung vorgenommen hat, ob die jüd. Bürger sich des befohlenen Vornamens angenommen haben.

Vorhalt:

Im Juni 1938 erfolgte auch in Berlin eine große Verhaftungswelle, die sich gegen sogen. Vorbestrafte Juden richtete und die von der Behörde als asozial und arbeitsscheu bezeichnet worden waren. Es hieß: "festzunehmen und ohne Vernehmung in ein KZ sind alle Juden zu verbringen, die mit einer Gefängnisstrafe von mehr als einem Monat oder mit einer Geldstrafe bestraft waren, für die im Nichteintreibungsfall eine Gefängnisstrafe von mehr als einen Monat verhängt war!"

Antwort:

Ich halte es durchaus für möglich, daß es vor dem Krieg zu einer derartigen Verhaftungswelle gekommen ist. Wer diese Verhaftungen veranlaßt und durchgeführt hat, vermag ich beim besten Willen nicht anzugeben, Jedenfalls sind meiner heutigen Erinnerung nach diese Verhaftungen nicht von dem damaligen Judenref. der Stapo Leit. Bln. ausgegangen.

Noch Antwort:

Die mir im gleichen Zusammenhang genannte "Polenaktion", ist mir vollkommen unbekannt.

Frage:

Welche Aufgaben hatte die Staatspolizeistelle Berlin Ihrer Meinung nach allgemein und insbesondere in "Judenangelegenheiten" wahrzunehmen?

Antwort: (selbst diktiert)

Ich war der Meinung, daß die Staatspolizei die vom Ministerium oder Gestapa erlassenen Richtlinien und Anweisungen zu befolgen hatte. Die Erklasse und Anordnungen habe ich persönlich nicht kennen gelernt, da sie <sup>vermtl.</sup> unter Verschluss dem Leiter der Stapolstelle oder den Abt.-Leitern zugänglich gemacht wurden. Einen Beweis kann ich dafür nicht anführen. Ich habe es eher vermutet.

Zwischenvermerk

Die Vernehmung wurde zwecks Einnahme eines Mittagessens unterbrochen.

Von der Staatspolizei Berlin wurden ausschließlich Fälle bearbeitet, die nach den damaligen Gesetzen und Verordnungen aus politischen Gründen strafbar waren.

Zum meiner Zeit hatte ich den Eindruck gehabt, daß man vor allen Dingen die Juden zur Auswanderung bewegen wollte.

Die "Kristallnacht" war eine reine parteipolitisch gesteuerte Maßnahme. Ich war selbst sehr erstaunt über die Verwüstungen im Stadtgebiet. Soviel ich gehört habe, sind Personen, die an den Verwüstungen teilgenommen und dabei Diebstähle begangen haben, strafrechtlich verfolgt worden. Wenn mir hier gesagt wird, daß die Juden anschließend eine Bußzahlung von 1 Milliarde RM leisten mußten und außerdem Zwangsdeponierungen von Wertpapieren u. Aktien, die sich im jüd. Eigentum befanden, durchgeführt wurden, so entzieht sich meiner Kenntnis. Nach der Größe des Umfangs dürfte mindestens das damalige Gestapa für die Durchführung in Frage gekommen sein.

Wenn mir hier gesagt wird, daß ich die bisher behandelten Punkte nur immer negativ beantwortet habe, und nun gefragt werde, welche Tätigkeiten das damalige Judenref. überhaupt auszuführen hatte, so kann ich nur folgendes sagen:

Der damalige KS Prüfer wurde oft von Gans in sein Dienstzimmer gerufen. Es ergaben sich dabei immer Gespräche unter vier Augen. Prüfer hat sich über die Gespräche mit Gans mir gegenüber nie ausgelassen.

Vorhalt:

Ein jüd. Zeuge hat bekundet, daß er im Zusammenhang mit der "Kristallnacht" festgenommen und auf dem Hof des PP Alexanderpl. gebracht worden ist. Auf dem Hof haben sich bereits bei der Ankunft des Zeugen eine Vielzahl von Juden befunden, die dann mit einem Lkw <sup>noch</sup> ~~noch~~ in der gleichen Nacht zum KL Sachsenhausen gebracht worden sind.

Antwort:

Das damalige Judenref. bestand etwa aus 10 Sachbearbeitern. Für eine derartige Aktion, reichte unser Ref. personalmäßig gar nicht aus.

Frage:

Ist diese Aktion auf Ihrer Dienststelle besprochen worden bzw. hatte das Judenref. die Aufsicht über diese Aktion?

Antwort:

Von einer derartigen Aktion ist mir überhaupt nichts bekannt geworden. Ich glaube auch nicht, daß ich davon vom Hörensagen etwas erfahren habe.

Vorhalt:

Sie erwähnten vorhin, daß der KS Prüfer das Sachgebiet "Jüd. Organisationen" zu bearbeiten hatte. Diese Organisationen sind noch vor dem Kriege aufgelöst und die Funktionäre verhaftet worden.

Antwort:

Soweit ich mich erinnere und so lange ich im Judenref. gewesen bin, bestand eine Jüd. Gemeinde und eine "Vereinigung der Juden in Deutschland" und deren Vertreter von Zeit zu Zeit zu uns kamen u. an irgendwelchen Besprechungen mit Gans oder Müller teilgenommen haben.

Wenn mir gesagt wird, daß unter dem Begriff "Jüd. Organisationen" auch anderer jüd. Vereinigungen gemeint sind, so kann ich nur wiederholen, daß mir die Festnahme von Funktionären nicht erinnerlich ist.

Frage:

Wurden in zeitlichen Abständen Besprechungen unter Leitung des Ass. Müller oder des KR G a n s abgehalten?

Antwort:

Nein, auf alle Fälle nicht mit uns kleinen Sachbearbeitern.

Auf Befragen:

Ein Büroangestellter namens Kurt Krüger, der als Tagebuchführer von Ende 1934 bis Dez. 1941 dem Judenref. der Stapoleit. Bln. angehört haben will, ist mir nicht erinnerlich. Ich kann mich auch nicht mehr erinnern, daß die Dienststellenbezeichnung "IV D 1" gelautet haben soll. Mit mir wurde auszugsweise die Vernehmung des vorerwähnten Kurt Krüger durchgesprochen. Ich vermag nach so langer Zeit die Angaben des Krüger nicht mit Sicherheit zu bestätigen, insbes. die Angaben nicht, die Herr Krüger über einige Personen gegeben hat. Ich habe alle Namen, die ich heute noch im Gedächtnis habe, hier angegeben. Ich weiß nicht, zu welchem Zeitpunkt das Judenref. vom Alexanderpl. zur Burgstr. verlegt worden ist. Als ich etwa 1940 oder 1941 zum "Kirchenref." versetzt worden bin, befand sich das Judenref. noch auf dem gleichen Flur, wo es vorher war, und zwar, glau-blich im 2. Stock.

Auf Befragen:

Leiter der Stapoleit. Bln. waren in der Reihenfolge, soweit ich mich erinnere, Dr. Blume, Bovensiepen und zuletzt Bock, der wahrscheinlich aus Lübeck stammte. Die zeitliche Reihenfolge kann ich natürlich nicht mehr festlegen. Die Namen wie Dr. Stalmann, Dr. Lange, Dr. Venter, Panzinger und Senn sind mir lediglich nur vage in Erinnerung, ohne daß ich zu diesen Personen etwas Näheres sagen könnte. Zum Zeitpunkt meiner Versetzung zum "Kirchenref.", wurde die Dienststelle IV B und noch mit einer arab. Zahl benannt. Mein unmittelbarer Vorgesetzter war der KK Felix Bartoli. Der Name Rehfeldt ist mir zwar noch in Erinnerung, aber ich vermag ihn jetzt nicht unterzubringen.

In der Lichtbildmappe habe ich R e t h f e l d t unter Bild-Nr. 36 nicht wiedererkannt.

Wer seinerzeit als Abt.-Leiter IV D fungierte, weiß ich nicht.

Der unmittelbare Vorgesetzte von KK B a r t o l l war der K-Dir. B a u m a n n. Ich kann nicht mit Bestimmtheit sagen, ob dieser nun Leiter der Abteilung war. B a u m a n n war m.W. "Blutordenträger" und so viel ich gehört habe, soll er sehr schnell vom KS zum K-Dir. aufgestiegen sein. Er war als Mensch und Kamerad sehr zugänglich und zeigte sich gegenüber festgenommener Personen ausgesprochen human. Ich glaube ganz sicher angeben zu können, daß er bis Kriegsende Leiter der Abt. IV B war. und mit Judenangelegenheiten überhaupt nichts zu tun hatte. Ich kann mich noch gut erinnern, daß ich kurz vor Kriegsende B a u m a n n ~~noch~~ zu verdanken habe, daß ich vom Einsatz zur Verteidigung Berlins herausgenommen wurde. Unter Vorbehalt möchte ich bestätigen, daß B a u m a n n gegen Ende des Krieges dem damaligen Leiter des Judenref. K R M ö l l e r übergeordnet war. Es ist meiner Meinung daher gekommen, weil das Judenref. wegen Bombenschadens von der Burgstr. zur Französischen Str. verlegt worden ist, wo bereits die "Kirchenabt." und der K-Dir. B a u m a n n Hausherr war. Das Schicksal des Herrn B a u m a n n ist mir nicht bekannt geworden.

Über den Grund meiner Versetzung vom "Judenref." zum "Kirchenref." habe ich zwar schon berichtet, aber ich möchte es noch mal kurz erwähnen. Die Bearbeitung von "Freimaurer-Angelegenheiten" wurde aus dem Judenref. herausgenommen und dem Kirchenref. unterstellt. Ich war der einzige Sachbearbeiter für derartiger Angelegenheiten. Leiter des Geschäftszimmer für Kirchenangelegenheiten war der KI Richard S t e i n. Wir flüchteten zusammen am 22.4.1945 von Berlin nach Perleberg. Kurz vor Havelberg blieb S t e i n bei dort ansäßigen Verwandten, während ich weiter ging nach Perleberg. Was aus S t e i n geworden ist, weiß ich nicht. Ich möchte noch präzisieren, daß KI S t e i n im Geschäftszimmer der Abt. IV B gesessen hat. Der Vorgänger von S t e i n war der KS L a m - p e. Wo dieser abgeblieben ist, weiß ich auch nicht. Der Tagebuchführer der Abt. war ein gewisser R ü m a n n. Ob er mit den Vornamen Otto geheißen hat, kann ich nicht bestätigen. Er soll wegen irgend einer Angelgenheit im KZ umgekommen sein.

"Als Schreibdamen fungierten zuerst Frl. Hanna K l e i n s u h midt und dann später Charlotte S c h m i d t bis Kriegsende. Der KS Hermann K ü m m e l hat nach dem Weggang des R ü m a n n die Führung des Tagebuchs übernommen, und zwar bis Ende des Krieges.

Ich stehe mit Hermann K ü m m e l, der heute in Eschwege, Kastanienweg 6 wohnt, in loser Briefverbindung. Ich kann mich erinnern, daß er nur dem Kirchenref. angehört hat.

Auf Befragen fallen mir noch folgende Namen von ehem. Angehörigen des Kirchenref. und vereinzelt auch ihre bearbeitenden Sachgebiete ein:

D a h l k e, KS, Vorn. Kurt, polit. Katholizismus;

Ö s t e r e i c h, Herbert, KS, christliche Wissenschaft;

B u r k h a r d t, KOA, kam später zum ausw. Einsatz;

S c h l ü s s l e r, KOS, ich kannte ihn noch vom Schutzdienst her.  
Sein Sachgebiet war Schutzdienst-Waffen;

R o h d e, Rudi, apl. KA, er war vmtl. Helfer des Sachgebietes "Bibelforscher", dessen eigentlicher Sachbearbeiter mir namentlich nicht mehr in Erinnerung ist.

Mir wird jetzt eine Mappe mit Lichtbildern ehem. Angehöriger der Stapoleit. Bln. vorgelegt. Ich habe sie durchgesehen.

Folgende abgebildete Personen kommen mir bekannt vor:

Bild-Nr. 6 - Baumann, K-Dir., bereits erwähnt;

" 12 - Exner, KS, wenn ich mich nicht irre, befand er sich schon vor dem Kriege beim Judenref.;

" 23 - Möller, KK später KR, ich bin oft mit ihm gemeinsam nach Hause gefahren. Er war ständiger Uniformträger und zuletzt Leiter des Judenref.

" 27 - Östereich, KOS, bereits erwähnt;

" 32 - Prokop, POI, sein Sachgebiet war mir nicht bekannt. Ich höre heute zum ersten Mal, daß er sich mit der Beschlagnahme und Einziehung jüd. Vermögens befaßte;

" 46 - Stark, Max, KS, bereits erwähnt;

" 49 - Werner, KK, habe ich nur vom Sehen gekannt; ich habe ihn sehr freudlich in Erinnerung;

" 67c - Bastel, Frau, bereits erwähnt;

" 79a - Gans, KR, bereits erwähnt;

Mit gegenseitigem Einverständnis wird die weitere Fortführung der Vernehmung heute unterbrochen und am 31.8.1966 durchgeführt.

Weiterverhandelt am 31.8.1966

Mir ist gestern abend noch der Sachbearbeiter für das Sachgebiet "Bibelforscher" namentlich eingefallen. Es handelte sich um den damaligen KS K n o p, er kann mit dem Vornamen Heinrich geheißen haben. Über sein Schicksal ist mir nichts bekannt geworden. Mit Bestimmtheit weiß ich mich zu erinnern, daß er KK werden wollte. Jedoch meines Wissens hat er das Ziel nicht erreicht.

Mir ist hier die Kopie einer Einziehungsverfügung der Geheimen Staatspolizei - Staatspolizeileitstelle Berlin - Datum: 1.10.42, zur Einsicht vorgelegt worden. Diese Verfügung betrifft die Einziehung des Vermögens der jüd. Person Isbert D. Bukofzer, 14.4.16 geb., zul. whft. Berlin NW, Solinger Str. 1 und trägt als Unterschrift den Namenszug "P l a ß e n".

Mir wurde mitgeteilt, daß beim Haupttreuhänder für Rückerstattung vermögen zehn Originale den gleichen Namenszug tragen und die Einziehung der Vermögen weiterer jüd. Bürger beinhalten.

Ich bin mir ganz sicher, daß die Kopie der Einziehungsverfügung vom 1.10.42, welche Bestandteil meiner Pers.-Akte PST p 17, Bl. 10, ist, meinen von mir handschriftlich gefertigten Namenszug trägt. Mir wurde von gestern zu heute Zeit gegeben, über das Zustandekommen dieser meiner Unterschriftenleistungen nachzudenken.

Diese Unterschriftenleistungen haben im Zusammenhang mit <sup>der</sup> damals von der Stapoleit. Bln. befohlenen sogn. Abholaktionen gestanden.

Verfolgung der Berliner Juden

Die sogn. Abholaktionen jüd. Bürger Berlins und ihre Verbindung in sogn. Sammellager innerhalb des Stadtgebiets sind mir natürlich bekannt. Ich mußte auf Weisung meines Dienststellenleiters, ich war damals bereits schon im "Kirchenref.", mehrere Male an derartigen Abholaktionen teilnehmen. Mir ist es so in Erinnerung, daß ich von meinem Dienststellenleiter einen Zettel mit der Anschrift des betreffenden abzuholenden Juden überreicht bekam.

Außerdem enthielt der Zettel den Namen und die Dienststelle des zu begleitenden Beamten. Der zweite Kollege wurde zumeist ebenfalls vom Kirchenref. gestellt. Es kam auch vor, daß ein Angehöriger eines anderen Ref. mich oder einen anderen Kollegen zu begleiten hatte. Wir bekamen den Auftrag, ~~die~~ Juden aus ihren Wohnungen abzuholen und mit den öffentl. Verkehrsmitteln, wenn ich nicht irre, in das Sammellager Gr. Hamburger Str., in der Nähe der Oranienburger Str., zu bringen. Wenn ich gefragt werde, ob ich mich noch an bestimmte Einzelheiten oder Vorfälle in Bezug auf diese Abholaktionen erinnern könnte, so muß ich dies verneinen, weil es schon zu lange zurückliegt.

Ich bin der Meinung, daß ich erstmalig etwa im Jahre 1942 zu derartigen Abholaktionen beauftragt worden bin. Trotz angestrengten Überlegen<sup>s</sup>, vermag ich nicht, mehr in etwa die Jahreszeit (Frühjahr, Sommer oder Herbst) anzugeben. Ich kann mich nicht mehr an meine Kleidung erinnern und auch nicht, welche Witterung zu diesem Zeitpunkt geherrscht hat. Wenn ich mich nicht irre, so sind wir in den Nachmittagstunden losgefahren und haben die abzuholenden Juden in ihren Wohnungen aufgesucht. Es war auf alle Fälle noch helles Tageslicht. Ich glaube mich erinnern zu können, daß wir von den Juden bereits erwartet wurden, denn ihr Handgepäck, wie z. B. Koffer und Kartons, waren bereits gepackt. Wahrscheinlich wurden die Abzuholenden bereits vorher von der Jüdischen Gemeinde verständigt. Ich kann mich heute nicht mehr genau festlegen, welche Altersklassen von mir abgeholt worden sind. Sie führten in der Regel auch Handwerkzeug, wie Sägen, Schaufeln usw. mit sich. Wir waren damals der Meinung, daß diese Juden zur Arbeit oder zum Aufbau eines neuen Wohnheimes in die seinerzeit besetzten Ostgebieten evakuiert werden sollten.

Auf Befragen:

Obwohl ich als Kripo-Beamter immerhin gehalten war, Personen sowie ihr Gejäck nach "affen zu durchsuchen, habe ich in keinem Falle vor einer Verbringung dieser Leute in das Sammellager, eine Leibesvisitation oder eine Durchsuchung des Gepäcks vorgenommen. Ich bin auch niemals darauf hingewiesen worden, eine Durchsuchung der Gepäckstücke vor Abtransport durchzuführen.

Auf Befragen:

Ich glaube, einmal vom Hörensagen erfahren zu haben, daß andere Kollegen in einem Falle die abzuholenden Juden tot in ihrer

Noch auf Befragen:

Wohnung aufgefunden haben. Etwas Näheres über die Umstände ist mir nichts bekanntgeworden, oder nicht mehr erinnerlich.

Wie bereits erwähnt, habe ich die Juden mit der "traßenbahn zum Sammellager gebracht. Von der Haltestelle zum Lager mußten wir noch ein Stückchen zu Fuß gehen. Ich habe ~~immer~~ jedesmal geholfen, auch mein Kollege, das Handgepäck zu trage". Wir betraten ein großes Gebäude mit einem anschließenden großen Raum, in dem sich schon eingebrachte Juden mit ihrem Handgepäck befanden.

In der Mitte des Raumes befand sich eine lange Tischreihe mit weiblichen oder männlichen Schreibkräften (ich kann es heute nicht mehr genau sagen). Der zu übergebende Jude wurde von mir an den Tisch, wo die erwähnte Schreibkraft hinter einer Schreibmaschine saß, geführt. Der Jude wurde von einem sogn. Ordner, der eine weiße Armbinde mit der schwarzen Aufschrift "Ordner" trug, mit seinem Gepäck weiter geleitet. Die Schreibkraft füllte die mir hier in Kopie vorgelegte Einziehungsverfügung mit der Schreibmaschine aus, die ich gedankenlos zu unterschreiben hatte, und zwar in mehreren Fällen.

Auf Befragen:

Ich habe noch in Erinnerung, daß ich dort die Angehörigen des damaligen Judenref. Franz Prüfer und Max Stark gesehen habe. Andere habe ich nicht mehr in Erinnerung. Ich hatte den Eindruck, daß Prüfer den organisatorischen Ablauf überwacht hat. Höhere leitende Beamte, wie z. B. Boven-siepen oder andere glaube ich, dort nicht gesehen zu haben, zumal ich mich dort eine relativ kurze Zeit aufgehalten habe.

Auf Befragen:

Ich habe niemals erlebt, daß in diesem Raum oder auch anderswo Juden mißhandelt oder abfällig beleidigt worden sind. Die Abtransporte der Juden aus Berlin habe ich niemals miterlebt. Auch vom Hörensagen habe ich davon nichts erfahren.

Auf Befragen:

So weit ich es noch in Erinnerung habe, waren in diesem Raum Stühle und Bänke vorhanden, auf denen die Juden saßen. Es befanden sich jüngere und ältere Juden beiderlei Geschlechts und auch Kinder. in diesem Raum, die einen gefüllten Eindruck machten.

Auf Befragen:

Ich halte es durchaus für möglich, daß ich Leitende Angehörige der Stapolett. Bln. dort gesehen habe. Sie waren mir dann bestimmt namentlich nicht bekannt.

Auf Befragen:

Ich habe flüchtig beobachtet, daß das Gepäck der Juden in ihrem Beisein an dieser langen Tischreihe von Angehörigen der Stapolett. Bln. durchsucht worden ist. Ich nahme an, daß es Angehörige des Judenref. waren, die ich namentlich nicht kannte. Nach welchen Gegenständen gesucht wurde, weiß ich nicht. Ob sich Prüfer oder Stark an diesen Durchsuchungen beteiligt haben, weiß ich ebenfalls nicht.

Auf Befragen:

Ich kann mich heute nicht mehr erinnern, ob ich dort Uniformierte Angehörige der Staatspolizei gesehen habe. Wer die Bewachung durchführte, vermag ich ebenfalls nicht anzugeben. Ich habe lediglich nur jüd. Ordner mit ihren weißen Armbinden gesehen.

Auf Befragen:

Von einer Unterschlagungssaffäre im Bezug auf jüd. Eigentum, habe ich heute erstmalig etwas gehört.

Vom Hörensagen habe ich seinerzeit erfahren, daß der damalige PR Lessmann wegen Unterschlagung bzw. Veruntreuung eingesperrt wurde. Er soll sich mit einer Pistole einen "falschen Kopfschuß" beigebracht haben. Sein weiteres Schicksal ist mir unbekannt.

Ich erkläre hiermit, daß mir das wahre Schicksal der Juden erst nach dem Kriege durch Presse und Rundfunk bekannt geworden ist. Während meiner Tätigkeit bei der Stapolett. Bln. wurde darüber niemals gesprochen.

Durch die damaligen Publikationsmittel, ist häufig verbreitet worden, daß die Juden nicht mehr vollwertige Mitglieder des deutschen Volkes seien. Ebenso wurden verschiedene ostische Völker als Menschen 2. Klasse deklariert. Aber von einer Vernichtung ist mir während dieser Zeit niemals etwas bekannt geworden.

Auf Befragen:

Die formelle Bearbeitung für eine Einweisung in die Schutzhhaft, ist mir nicht bekannt geworden, weil ich mit derartigen Angelegenheiten nichts zu tun gehabt habe. Inwieweit mein damaliger "College K n o p , der das Sachgebiet "Bibelforscher" bearbeitet hat, mit der Durchführung von Schutzhaftbefehlen versiert war, kann ich nicht saegn, da er mehrere Zimmer weit von mir entfernt saß. Ich weiß nur noch, daß die Bibelforscher in die Kategorie der Kriegsdienstverweigerer eingestuft worden sind.

Vorhalt:

Es ist Ihnen sicherlich bekannt, daß viele Pastoren beiderlei Konfessionen in KL eingewiesen und auch mitunter zum Tode verurteilt worden sind.

Antwort:

Da ich keine Kirchenangelegenheiten bearbeitet habe, kann ich über diesen Punkt nichts aussagen. Mir ist in diesem Zusammenhang lediglich noch der Name N i e m ö l l e r bekannt. Ich kann es nicht mehr sagen, welche Sachbearbeiter sich mit derartigen "ngelegenheiten zu befassen hatten. Ich habe erst nach dem Kriege erfahren, daß Probst G r ü b e r im KZ gesessen haben soll.

Der Begriff Sonderbehandlung, wie er mir heute erläutert worden ist, ist mir <sup>nicht</sup> bekannt gewesen.

Ich erkläre, daß ich mich zu keiner Zeit an Unrechtshandlungen gegenüber der damaligen jüd. Bevölkerung Berlins beteiligt habe. Ich habe seinerzeit auch niemals gewußt, mit welcher Absicht das damalige NS-Regiem die Deportierungen der Berliner Juden durchführte.

selbst gelesen, genehmigt u. unterschrieben

Geschlossen: ..... gez. Emil P l a ß e n

gez. Thieler

(Thieler), KOM

Chm

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21, den 30. Dezember 1966  
Turmstraße 91

Fernruf: 35 01 11 App. 247

1 Js 9/65 (Stapoleit.Bln.)

Herrn  
Emil Plassen

465 Gelsenkirchen-Resse  
Fichtenstraße 8

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der ehemaligen  
Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin,  
wegen Mordes (NS-Gewaltverbrechen)

Sehr geehrter Herr Plassen!

Der im Zuge der Ermittlungen aufgekommene Verdacht, Sie könnten  
an der Verschleppung und Tötung der Berliner jüdischen Bevölke-  
rung, die im Zeitraum von Ende 1941 bis Anfang 1945 stattfand,  
beteiligt gewesen sein, hat keine Bestätigung gefunden.

Ich habe deshalb das Verfahren eingestellt.

Hochachtungsvoll  
Im Auftrage

(Runge)  
Erster Staatsanwalt

Fern STA Koverie mit der Rite,  
 wir je 3 Abbildungen  
 aus den nachstehend benannten Pers. Heften ("PSF")  
 zulassen zu lassen:

- ✓(d4) Douzette, Hans - Bl. 8/9, 12-14 ✓  
 ✓(d12) Dobberke, Walter - Bl. 2-6, 8/9, 162 - 175  
 ✓(d23) Dünigen, Ernst - Bl. 49-79, 3, 11-16, 20-34

- ✓(e9) Erner, Rudolf - Bl. 3-6, 9, 12, 91  
 ✓(e16) Eide, Friedrich - Bl. 8-16, 32  
 ✓(f17) Dr. Freise, Ewald - Bl. 28-30, 33-36, 60-61R  
 ✓(f18) Fiedler, Alfred - Bl. 6-10, 16-18, 30-35  
 ✓(g 3) Faus, Karl - Bl. 1-7  
 ✓(g 21) Faede, Walter - Bl. 17-25, 59-67, 104  
 ✓(g 25) Fogale - Bl. 129  
 ✓(g 27) frünewald, Kurt - Bl. 5/6, 10-14, 16-18  
 ✓(g 32) frument, Willig - Bl.  
 ✓(g 37) Fahr, Wilhelm - Bl. 11-16, 18, 20-22  
 ✓(g 38) fiedel, ferdar - Bl. 1-8

1. 7/65 →

Berlin, den 2.9.68  
 Ugel

U.

1. Abbildungen wie erbeten herstellen  
 2. wv

2.9.68  
 2th. 3. SEP. 1968 Rx. K

96  
-8-  
SCHWARZE LISTE  
17.4.1941

Schiedsamt.

K Va Schn/At/Ste.

6.41

Mitgliedschaftswesen  
M II Rep. 586/10.40

Berichtigung der Reichskartei  
und Eintragung in die "Schwarze  
Liste"; hier: chem.Pg. Hans  
Douzette, geb.: 14.10.92, wohnh.:  
Berlin-Schöneberg, Grunewaldstr.  
74.

Fr. Mitgliedsnummer: 1 352 674

München, den 24.Juni 1941

26.6.41

An den  
Gauschatzmeister des Gau  
Berlin der NSDAP.  
Herrn Otto de Mars,

-----  
Berlin - W 9

Vertraulich!

Unter Bezugnahme auf Ihre Zuschrift vom 12.Februar 1941 wird  
mitgeteilt, dass in der Zwischenzeit in der Reichskartei der durch einst-  
weilige Verfügung des Kreisleiters des Kreises IVC Berlin vom 15.Sep-  
tember 1940 ausgesprochene Ausschluss des Genannten aus der NSDAP.  
vermordt und die Mitgliedschaft des Douzette gestrichen worden  
ist.

Auf Grund der begangenen Verfehlungen wird der Obengenannte in  
die "Schwarze Liste" eingetragen, um dadurch eine evtl. spätere Wiederaufnahme  
in die NSDAP. zu verhindern.

Um gleichlautende Berichtigung der dortigen Gau- bzw. Ortsgruppenkartei wird gebeten.

Unter Hinweis auf die Anordnung 57/37 vom 22.September 1937 wird  
angenommen, dass sich das von der Reichsleitung am 25.März 1935 ausge-  
fertigte Mitgliedsbuch Nr. 1 352 674 bei den Parteigerichtsakten befin-  
det.

Die Angelegenheit kann hiermit als erledigt angesehen werden.

H o i l H i t t e r !

1.V.

ld.

97  
-9-

A b s c h r i f t

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei  
Kreisgericht IVC Berlin.

Der Kreisleiter

Berlin W 62, den 15.9.1940.

E i n s t w e i l i g e  
V e r f ü g u n g

Der Pg. Hans Douzette, Berlin - Schöneberg, Grunewaldstr. 74.

Ortsgruppe Merseburger Strasse, Mitgl.Nr. 1 352 674 wird wegen Vergehens gegen § 4 Abs. 2 b der Satzung aus der NSDAP. ausgeschlossen, und zwar der Dringlichkeit halber im Einverständnis mit dem Vorsitzenden des Kreisgerichts IVC Berlin im Wege der einstweiligen Verfügung.

G r ü n d e

Der Beschuldigte war bei der Staatspolizeileitstelle Berlin als Kriminale gestellter tätig. Er wurde wegen Verkehrs mit Juden und dienstlichen Verfehlungen, die damit im Zusammenhang stehen, fristlos entlassen. Seine Unterbringung in ein Konzentrationslager wurde beantragt.

Der Ausschluss ist daher gemäss § 4 Abs. 2 b der Satzung begründet. Die Dringlichkeit ergibt sich aus der Gefährdung des Ansehens der Partei bei einem weiteren Verbleib in derselben.

Gegen diese Verfügung steht dem Beschuldigten binnen einer Frist von 8 Tagen seit dem Tage der Zustellung der Einspruch beim Kreisgericht IVC Berlin W 62, Landgrafenstr. 18 a zu. Der Einspruch ist mit Begründung bei dem Unterzeichneten anzubringen. Die Wirksamkeit des Ausschlusses wird durch den Einspruch nicht berührt. Wird kein Einspruch eingelegt, so wird diese Verfügung mit Ablauf der Einspruchsfrist rechtskräftig.

Kreisleiter

gez. Unterschrift.

Stempel: NSDAP. Kreis IV

Kreisleiter  
Gau Gross-Berlin

Verhandelt

Vorgeladen erscheint der Rentner

Hans, Wilhelm, Ferdinand Douzette,  
14.10.1892 Rudolstadt geb.,  
Berlin 62 (Schöneberg), Willmanndamm 3 wohnh.,

und erklärt:

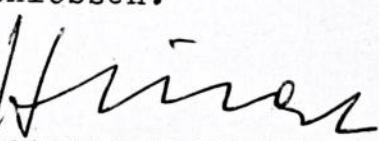
Der Grund meiner heutigen Vernehmung wurde mir in der Vorbesprechung bekanntgegeben und ich kann zur Sache folgende Angaben machen:

Nach dreijährigem Besuch der Vorschule des Gymnasiums in Rudolstadt besuchte ich das dortige Gymnasium bis einschließlich Untersekunda. Nach Absolvierung meiner schulischen Ausbildung, die ich mit dem Einjährigen verließ, ging ich zur Handelsmarine in Hamburg. Von der Handelsmarine aus ging ich 1912 zur Kriegsmarine. Ich geriet in englische Gefangenschaft, aus der ich 1919 entlassen wurde. Von etwa Januar 1919 bis Sommer dieses Jahres war ich Angehöriger des Freikorps Gerstenberg. Nach dieser Zeit war ich bis etwa 1921 als sogenannter Überwachungsbeamter bei der Reichsbahndirektion tätig. Ich war danach Detektiv bei der bekannten kriminalistischen "Detektivorganisation Harun el Raschid, Hintersatz, Bey." (Chefmajor Hintersatz). Da ich aus einer künstlerischen Familie stamme, ging ich anschließend in den Kunsthandel und bildete mich in der Zeit von 1922 - 1928 1932 zum Kunstsachverständigen aus. 1930 trat ich der SA bei. Nach der sogenannten Machtübernahme wurde ich von der SA zur Standortführung Groß-Berlin, welche auch in der Prinz-Albrecht-Str. ihren Sitz hatte abkommandiert. Von dort aus ließ ich mich überreden, 1933 der Gestapo als sogenannter Kriminalangestellter beizutreten. Ich war in der Prinz-Albrecht-Str. in der Spionageabteilung des Gestapo tätig. Anfang 1934 wurde ich zur Stapoleitstelle Berlin, Alexanderplatz versetzt, wo ich auch in der Spionageabteilung tätig war. Eine genaue Bezeichnung der Dienststelle kann ich nicht mehr geben, ich weiß nur noch, daß die Abt. die Bezeichnung "E" hatte.

Mein unmittelbarer Vorgesetzter war ein KK G a n s. Ich selbst habe dort als Kriminalangestellter keine Vorgänge selbständig bearbeitet. Meine Tätigkeit bestand überwiegend in der Abfassung von Berichten überprüfter, spionageverdächtiger Personen. Etwa Ende 1939 wurde ich zur jüdischen Auswanderungsstelle Kurfürstenstr. versetzt. Dort wurde ich einem PI untergeordnet. Der Name desselben ist mir nicht mehr bekannt. Bei dieser Dienststelle war ich mit der Zusammenstellung der Auswanderungspapiere jüdischer Bürger beschäftigt. Bei dieser Tätigkeit kam es auch vor, daß ich mit mir bekannten jüdischen Kunsthändlern in Berührung kam, denen ich insofern half, als ich abgeschlossene Auswanderungsvorgänge meinem Dienststellenleiter zur Auszeichnung vorlegte, damit die Betreffenden Deutschland bald möglichst verlassen konnten. Dies wurde mir umso mehr verübelt und strafrechtlich als Betrug ausgelegt, als ich Parteigenosse war. Ich wurde verhaftet und dem Polizeigericht der SS-Schmargendorf vorgeführt. Der Strafantrag lautete zunächst auf 4 1/2 Jahre, er wurde dann auf 2 1/2 Jahre unter Anrechnung der Untersuchungshaft festgesetzt. Etwa April 1942 wurde ich aus der Haft entlassen, wobei ein KS Walter Siebert, dessen Dienststelle ich nicht genau benennen kann, dafür sorgte, daß ich anschließend nicht in ein KL eingewiesen wurde. Danach war ich ~~als~~ <sup>im</sup> Kunsthändler handel tätig, bis etwa 1944. 1944 wurde ich zur Marine ~~im~~ nach Wilhelmshaven eingezogen. 1945 erlebte ich als Marinefeldwebel den Zusammenbruch in Wilhelmshafen. ~~im~~ ~~Saalfeld~~ Hier geriet ich auch in Gefangenschaft, aus der ich etwa Oktober 1945 entlassen wurde. In Saalfeld wurde ich einem Spruchkammerverfahren unterworfen, in dem ich als "nicht betroffen" eingestuft wurde. Dass bei der Stapoleitstelle eine Judendienststelle existierte, war mir bekannt. Die genaue Dienststellenbezeichnung vermag ich aus eigener Erinnerung nicht mehr anzugeben, zumal die Dienststellenbezeichnungen aus Gründen der Spionageabwehr oft umgeändert wurden. Wer dieser Judenabteilung zugehörte und was im Einzelnen dort geschah, kann ich nicht angeben. Meine Dienststelle in der Stapoleitstelle hatte mit der Judenabteilung der Stapoleitstelle dienstlich nichts zu tun. Den Namen Stock habe ich gehört, als ich mich dienstlich mit Kollegen unterhalten

habe. Namen wie: D o b b e r k e , S a s s e , M ü l l e r  
glaube ich ebenfalls gehört zu haben, ohne sagen zu können,  
welche Tätigkeiten sie auszuführen hatten. Ich erinnere mich  
nur noch an einen Kollegen, Max G r u n d m a n n, der nach-  
her zur Kripo zurückversetzt wurde. Kontakt zu ehemaligen  
Kollegen habe ich nicht mehr.

Geschlossen:

  
.....  
( H i l l e r t ) KM

Laut diktiert, genehmigt und unter-  
schrieben

  
.....

Bl.

Name: Dobberke Walter  
Pol. Versorgungsamt: \_\_\_\_\_  
19.5.08 Beruf: Stöveme Geburtsjahr: 1908 Berufslände: Sonneburg  
V.-Datum: 5848662 Geb.-Ort: \_\_\_\_\_  
Aufn.: 5. 37  
Von der Benannt am: 4.12.37  
Von der Benannt am: \_\_\_\_\_ genehm.: \_\_\_\_\_  
Anschrift: \_\_\_\_\_  
Höftsicht: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Nachname: \_\_\_\_\_  
Gestrichen wegen: \_\_\_\_\_  
Vorläufig genommen: \_\_\_\_\_  
Eidgang zur Wehrmacht: \_\_\_\_\_  
Eidgang von: \_\_\_\_\_  
Gestorben: \_\_\_\_\_  
Bemerkungen: \_\_\_\_\_

Neu-  
Berlin-Tempelhof, Werner Voss-  
Wohnung: \_\_\_\_\_ Gau: \_\_\_\_\_  
Ortsgr.: Berlin Gau: Berlin  
Monatsmeldg. Gau: \_\_\_\_\_ Ml. \_\_\_\_\_ VL  
Lt. NL/ \_\_\_\_\_ vom \_\_\_\_\_  
Wohnung: \_\_\_\_\_  
Ortsgr.: \_\_\_\_\_ Gau: \_\_\_\_\_  
Monatsmeldg. Gau: \_\_\_\_\_ Ml. \_\_\_\_\_ VL  
Lt. NL/ \_\_\_\_\_ vom \_\_\_\_\_  
Wohnung: \_\_\_\_\_  
Ortsgr.: \_\_\_\_\_ Gau: \_\_\_\_\_  
Monatsmeldg. Gau: \_\_\_\_\_ Ml. \_\_\_\_\_ VL  
Lt. NL/ \_\_\_\_\_ vom \_\_\_\_\_  
Wohnung: \_\_\_\_\_  
Ortsgr.: \_\_\_\_\_ Gau: \_\_\_\_\_

1012

15. Juni 1933

Monatsmeldung, Gau: ..... Mi. ..... Vi. ....

Lt. Nr. / ..... vom ..... 1933

Wohnung: ..... 15.6.

Ortsgr.: ..... Gau: ..... 15.6.

Monatsmeldung, Gau: ..... Mi. ..... Vi. ....

Lt. Nr. / ..... vom ..... 1933

Wohnung: ..... 15.6.

Ortsgr.: ..... Gau: ..... 15.6.

Monatsmeldung, Gau: ..... Mi. ..... Vi. ....

Lt. Nr. / ..... vom ..... 1933

Wohnung: ..... 15.6.

Ortsgr.: ..... Gau: ..... 15.6.

Monatsmeldung, Gau: ..... Mi. ..... Vi. ....

Lt. Nr. / ..... vom ..... 1933

Wohnung: ..... 15.6.

Ortsgr.: ..... Gau: ..... 15.6.

Monatsmeldung, Gau: ..... Mi. ..... Vi. ....

Lt. Nr. / ..... vom ..... 1933

Wohnung: ..... 15.6.

Ortsgr.: ..... Gau: ..... 15.6.

Mitgliedskarte ausgestellt am: .....

1. Mitgli.-Buch ausgest. am: .....

Laufsch. Nr. ..... Gau: ..... 15.6.

2. Mitgli.-Buch ausgest. am: .....

Laufsch. Nr. ..... Gau: ..... 15.6.

Verwarnung m. Namenterabekennung auf: .....

Von: .....

.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....

	Registratur-Vorgang:		
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....

# R. u. S.-Fragebogen

(Von Frauen sinngemäß auszufüllen.)

Name und Vorname des H. Angehörigen, der für sich oder seine Braut oder Ehefrau den Fragebogen einreicht

*Walter Dobberke* 103

Dienstgrad: ..... H. Mr. ....

Sip. Nr. ....

Name (leserlich schreiben): *Dobberke, Walter*,

in H seit ..... Dienstgrad: ..... H. Einheit: .....

in SA von nicht ..... bis angehört ..... in HJ von nicht ..... bis angehört .....

Mitglieds-Nummer in Partei: 5.848.662 ..... in H: .....

geb. am 15.8.1906 ..... zu Sonnenburg / Neum. ..... Kreis Oststernberg

Land: ..... / jetzt Alter: 33 ..... Glaubensbekenntnis: ev. gl.

Jetziger Wohnsitz: Berlin - Tempelhof, ..... Wohnung: Werner-Voß-Damm 46

Beruf und Berufsstellung: Krim. Oberassistent

Wird öffentliche Unterstützung in Anspruch genommen? Nein.

Liegt Berufswechsel vor? Nein.

Außerberufliche Fertigkeiten und Berechtigungsscheine (z. B. Führerschein, Sportabzeichen, Sportauszeichnung):

SA.-Sportabzeichen

Staatsangehörigkeit: Reichsdeutscher.

Ehrenamtliche Tätigkeit: v. 15.6.37-1.8.39 Blockwalter d. NSV. seit dem Blockleiterhelfer.

Dienst im alten Heer: Truppe nicht gedient von ..... bis .....

Freikorps ..... nicht gedient von ..... bis .....

Reichswehr ..... nicht gedient von ..... bis .....

Schutzpolizei. u. Landespol. ..... von 8.10.25 ..... bis 9.10.37

Neue Wehrmacht Res. Inf. Reg. Döberitz 2.5.38 ..... bis 31.5.38

Letzter Dienstgrad: Unteroffizier

Frontkämpfer: Nein. ..... bis ..... ; verwundet: .....

Orden und Ehrenabzeichen, einschl. Rettungsmedaille: Olympiamedaile und Ehrenzeichen für 8-jährige Dienstzeit bei der Schutzpol.

Personenstand (ledig, verwitwet, geschieden - seit wann): verh. seit 28.11.32.

Welcher Konfession ist der Antragsteller? evangelisch ..... die Ehefrau? evangelisch  
(Als Konfession wird auch außer dem herkömmlichen jedes andere gottgläubige Bekenntnis angesehen.)

Ist neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung vorgesehen? Ja - nein.

Hat neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung stattgefunden? Ja - nein

Gegebenenfalls nach welcher konfessionellen Form? evangelische

Ist Ehestands-Darlehen beantragt worden? Ja - nein

Bei welcher Behörde (genaue Anschrift)? Bezirksbürgermeister Bln. - Tempelhof, Berliner Str.

Wann wurde der Antrag gestellt? 8. Oktober 1933

Wurde das Ehestands-Darlehen bewilligt? Ja - nein

Soll das Ehestands-Darlehen beantragt werden? Ja - nein.

Bei welcher Behörde (genaue Anschrift)?

104  
5

## Lebenslauf:

(Ausführlich und eigenhändig mit Tinte geschrieben.)

Am 15. 8. 1906 wurde ich als Sohn des Oberpostmeisters Friedrich  
und Anna geb. Schubert in einer Kapelle unserer Kirche in Brandenburg  
im Landkreis Brandenburg, Neumark geboren. Von meinem 6. Lebensjahr an be-  
gann ich die Volksschule nicht mehr zu besuchen. Bis 14. Lebensjahr  
bin ich als Klempner oder Schuhmacher praktiziert. Auf Grund der  
sozialistischen Arbeit ist in 3-jähriger Zeit mit dem Elektromonteur-  
berufe. Seit diesem Jahr bis 1925 ist ich als Elektromonteur bei  
der Deutschen Reichspost tätig und vom April 1925 bis zur Einberufung in die Wehr-  
macht bis zur Fa. Hirsch in Berlin.

Am 8. 10. 1925 erfolgte meine Erstberufung bei der Ortspolizei  
- Polizeiabteilung Brandenburg (Havel) - bei der neu eingerichteten Ortspolizei. Hier  
ist mir Ortspolizist Berlin direkt habe für meine Dienste bei  
einem brandenburgischen Dorf und im Auswärtigen abwechselnd aufgeteilt.

Am 1. 4. 1927 erfolgte meine Erstberufung zum Polizei-Kreis-  
aufseher, am 1. 10. 1929 zum Polizei-Beauftragten und am 1. 9. 1931  
zum Polizei-Oberaufseher. Die Polizeiabteilung ist zum Polizei-  
Oberaufseher befördert. Die Ernennung habe ich mit Erfolg bestanden.

Am 1. 10. 1937 bin ich mit dem Dienst der Ortspolizei nach dem  
Ortspolizeiaufzugsamt in Oppeln nachgekommen. Seit dem 1. 2. 1938  
arbeitete ich meine Dienste als Kreisabteilungsleiter bei der Kreis-  
polizeidirektion Berlin. Hier am 1. 10. 1938 bin ich umgestellt nach  
dem Dienst nach Glatz bei Glatz bestimmt. Hier sind beide neuen  
Ortspolizeien in Kindesbeinen. Ich und meine Ehefrau sind seither  
aufgetrennt und lebten in den verschiedensten Ortschaften und Städten. Ein weiterer  
Wechsel der Polizeiabteilung nach Glatz.

Seit dem 1. 5. 1937 bin ich Abteilungsleiter der KZ-A.T.N. Nr. 5048602, 1716 grün  
gez. Wachmannschaft. Ausserdem bin ich Abteilungsleiter der Kreispolizeidirektion Glatz  
für Polizeibeamte, Polizeiwillbinder, Polizeiabteilung Glatz in der KZ-A.T.N.

Vom 15. 6. 37 bis 1. 8. 39 war ich Abteilungsleiter der KZ-A.T.N. in der KZ-A.T.N.  
für Polizeibeamte, Polizeiwillbinder, Polizeiabteilung Glatz in der KZ-A.T.N.  
Für Polizeibeamte, Polizeiwillbinder, Polizeiabteilung Glatz in der KZ-A.T.N.

105

Raum zum Aufkleben der Lichtbilder.

6



Seefstrand



806  
Nr. 2 Name des leiblichen Vaters: Dobberke, Vorname: Hermann,  
Beruf: Strafanstalts-Hauptw. Jetziges Alter: 65 Sterbealter: /  
Todesursache: /  
Ueberstandene Krankheiten: keine

Nr. 3 Geburtsname der Mutter: Schulz, Vorname: Anna  
Jetziges Alter: 61 Sterbealter: /  
Todesursache: /  
Ueberstandene Krankheiten: keine

Nr. 4 Großvater väterl. Name: Dobberke, Vorname: Hermann  
Beruf: Arbeiter Jetziges Alter: / Sterbealter: 57  
Todesursache: unbekannt. *Ernährungsinduziert*  
Ueberstandene Krankheiten: *Arteriosklerose*

Nr. 5 Großmutter väterl. Name: Posselin, Vorname: Pauline  
Jetziges Alter: Sterbealter: 73  
Todesursache: Altersschwäche  
Ueberstandene Krankheiten: *Arteriosklerose*

Nr. 6 Großvater mütterl. Name: Schulz, Vorname: Ferdinand.  
Beruf: Gutsarbeiter, Jetziges Alter: Sterbealter: 59  
Todesursache: unbekannt. *Ernährungsinduziert*  
Ueberstandene Krankheiten: *Arteriosklerose*

Nr. 7 Großmutter mütterl. Name: Henning, Vorname: Emilie,  
Jetziges Alter: Sterbealter: 46  
Todesursache: unbekannt. *Ernährungsinduziert*  
Ueberstandene Krankheiten: *Arteriosklerose*

- a) Ich versichere hiermit, daß ich vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.  
b) Ich bin mir bewußt, daß wissentlich falsche Angaben den Ausschluß aus der SS nach sich ziehen.

Berlin - Tempelhof, den 18. September 1939.  
Datum

Walter Dobberke  
Unterschrift

Berlin, den 26. März 1942.

Herr Dobberke (Geheime Staatspolizei, S aatspolizeileitstelle) erteilt die Anweisung, dass die Mutter Elise Sara B e h r e n d t Transportnummer 11 498 - obgleich sie im November v.Js. 66 Jahre geworden ist, mit ihrer Tochter gemeinsam abwandern kann.

Frau Mendelssohn.



# .. u. S.-Fragebogen

(Von Frauen sinngemäß auszufüllen.)

108  
Name und Vorname des H.-Angehörigen, der für sich  
oder seine Braut oder Ehefrau den Fragebogen einreicht:

Ernst Düngeen

Dienstgrad: H.-Nr.

Sip. Nr.

Name (leserlich schreiben): Düngeen, Ernst

in H seit Dienstgrad: SS- Bewerber H-Einheit: SD-Dienststelle  
Stapo

in SA von bis, in SS von bis

Mitglieds-Nummer in Partei: 2047797 in H:

geb. am 2.10.1909 zu Duisburg-Ruhrort Kreis: Duisburg

Land: Deutsches Reich jetzt Alter: 29 Jahre Glaubensbekenntnis: Gottgläubig

Jetziger Wohnsitz: Köln-Zollstock Wohnung: Gottesweg 8

Beruf und Berufsstellung: Kriminal-Assistent.

Wird öffentliche Unterstützung in Anspruch genommen? nein

Liegt Berufswchsel vor? nein

Außerberufliche Fertigkeiten und Berechtigungsscheine (z. B. Führerschein, Sportabzeichen, Sportauszeichnung):

Führerschein Klasse III, SA und Reichssportabzeichen

Staatsangehörigkeit: Reichsdeutscher

Ehrenamtliche Tätigkeit:

Dienst im alten Heer: Truppe von bis

Freikorps von bis

Reichswehr von bis

Schuhpolizei . . . K. ö l n von 1.10.28 bis 31.10.38

Neue Wehrmacht von bis

Letzter Dienstgrad: Polizeirevieroberwachtmeister

Fronkämpfer: bis; verwundet:

Orden und Ehrenabzeichen, einschl. Rettungsmedaille:

Personenstand (ledig, verwitwet, geschieden - seit wann): verheiratet seit 3.10.1934

Welcher Konfession ist der Antragsteller? Gottgläubig die zukünftige Braut (Ehefrau)? katholisch  
(Als Konfession wird auch außer dem herkömmlichen jedes andere gottgläubige Bekanntschaft angesehen.)

Ist neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung vorgesehen? Ja - nein.

Hat neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung stattgefunden? Ja - nein. Ja

Gegebenenfalls nach welcher konfessionellen Form? Katholisch

Ist Ehestands-Darlehen beantragt worden? Ja - nein. Ja

Bei welcher Behörde (genaue Anschrift)? Finanzamt Köln-Süd

Wann wurde der Antrag gestellt? Anfang September 1934

Wurde das Ehestands-Darlehen bewilligt? Ja - nein. Ja

Soll das Ehestandsdarlehen beantragt werden? Ja - nein.

Bei welcher Behörde (genaue Anschrift)?

## Lebenslauf:

(Ausführlich und eigenhändig mit Tinte geschrieben.)

Ernst Jünger.

Raum zum Aufkleben der Lichtbilder.



Name des leiblichen Vaters: D ü n g e n Vorname: Gerhard  
 Schiffsührer i.R. Todesalter: 75 Sterbealter:  
 Todesursache:  
 Überstandene Krankheiten: Lungenentzündung

Nr. 3 Geburtsname der Mutter: W e f e r s Vorname: Margaretha  
 Todesalter: 73 Jahre Sterbealter:  
 Todesursache:  
 Überstandene Krankheiten: keine

Nr. 4 Großvater väterl. Name: D ü n g e n Vorname: Wilhelm  
 Beruf: Fuhrmann Todesalter: 67 Jahre Sterbealter:  
 Todesursache: Grippe  
 Überstandene Krankheiten: Ischias

Nr. 5 Großmutter väterl. Name: M e e r m a n n Vorname: Katharina  
 Todesalter: 59 Jahre Sterbealter:  
 Todesursache: Unbekannt  
 Überstandene Krankheiten: Unbekannt

Nr. 6 Großvater mütterl. Name: W e f e r s Vorname: Gerhard  
 Beruf: Butterhändler Todesalter: 65 Jahre Sterbealter:  
 Todesursache: Influenza  
 Überstandene Krankheiten: Unbekannt

Nr. 7 Großmutter mütterl. Name: D u v e n Vorname: Margaretha  
 Todesalter: 66 Jahre Sterbealter:  
 Todesursache: Blutvergiftung (?)  
 Überstandene Krankheiten: Unbekannt

- a) Ich versichere hiermit, daß ich vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.  
 b) Ich bin mir bewußt, daß wissenschaftlich falsche Angaben den Ausschluß aus der SS nach sich ziehen.

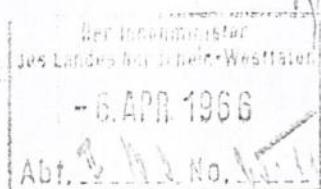
K ö l n , den 7. März 1939.  
 (Ort) (Datum)

*Ernst Fügner*  
 (Unterschrift)

Ernst Dünigen  
Krim. Hauptmeister a. D.

5 Köln, den 4. 4. 1966  
Sachsenring 53

An den  
Herrn Innenminister des  
Landes Nordrhein-Westfalen  
4 Düsseldorf  
Klosterstr. 5



Betr.: Dienstzeiten bei der früheren Geheimen Staatspolizei  
Bezug: Anlaß - II B 325. 117/29 DU. 1/66 - vom 24. 3. 1966

Nach Ableistung meiner neunmonatigen Probbedienstzeit bei den einzelnen Abteilungen der Staatspolizeistelle Köln wurde ich der Abteilung Wirtschaftsvergehen zugewiesen. In Posen habe ich sämtliche Delikte von Reichs- und Volksdeutschen bearbeitet, die geeignet waren, das Ansehen des Deutschtums im Ausland zu schädigen.

In Berlin fand ich zuerst in der Abteilung für Judenangelegenheiten Verwendung. Ich übernahm dort das Geschäftszimmer der Abteilung IV D 1. Keine Aufgabe bestand darin, sämtliche Eingänge in einem Hauptbuch zu registrieren und den einzelnen Sachbearbeitern zuzuteilen. Nach erfolgter Erledigung und Unterschrift durch den Dienstvorgesetzten kamen die Vorgänge wieder an mich zurück und nunmehr wurden sie wieder ausgetragen mit dem Vermerk, an welche Stelle sie weitergeleitet worden waren. Etwa im September 1943 fand ich Verwendung als Sachbearbeiter bei der Spionageabwehr.

Da ich mich als Polizeibeamter nicht mit den Methoden der damaligen Geheimen Staatspolizei einverstanden erklären konnte, hatte ich mich, soweit es mir möglich war, für verfolgte und bedrängte Menschen eingesetzt, was von diesen auch durch eidesstattliche Versicherungen (siehe Anlage) bestätigt wird. Auch während meiner Tätigkeit in Berlin habe ich mich für diese Menschen voll eingesetzt.

Diese meine Angaben erkläre ich an Eidesstatt. Ich bin mir voll bewußt, daß eine falsche Abgabe einer Versicherung an Eidesstatt nach § 156 des Strafgesetzbuches bestraft wird.

Kollegen oder Vorgesetzte aus meiner damaligen Dienstzeit bei der Geheimen Staatspolizei, die meine Angaben durch Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung bestätigen könnten, sind mir nicht mehr bekannt und ich habe auch nach dem Kriege jeglichen Kontakt zu diesem Personenkreis verloren.

*Ernst Dünigen*  
(Ernst Dünigen)

Landeskriminalamt NW  
- Dezernat 15 -  
Tgb.-Nr. 5442/64 - Be.-

z.Zt. Köln, den 31.3.1967

Zeugenvernehmung

In seiner Wohnung, in Köln, Sachsenring 53, aufgesucht wurde der nachbenannte Zeuge und sagt, mit dem Gegenstand seiner Vernehmung vertraut gemacht und zur Wahrheit ermahnt aus:

Zur Person: Kriminal-Hauptmeister a.D.  
Ernst D ü n g e n  
geb. 2.10.1909 in Duisburg-Ruhrort,  
wohnh. und polizeilich gemeldet wie vor.

"Der Grund meiner Vernehmung wurde mir von dem vernehmenden Kriminalbeamten erläutert. Einer Belehrung hinsichtlich meines Zeugen- bzw. Zeugnisverweigerungsrechtes gem. der gesetzlichen Bestimmungen StPO bedarf es nicht, diese sind mir als Kriminalbeamten hinreichend bekannt.

Ich bin bereit, zur Sache meine Angaben zu machen:

Am 1.10.1928 trat ich als Schutzpolizei-Anwärter in der Landespolizeischule Bonn ein. Nach der einjährigen Grundausbildung wurde ich unter Ernennung zum Polizei-Wachtmeister zur 2-Polizei-Bereitschaft nach Köln versetzt. Von 1933 bis 1935 gehörte ich der Landespolizei Köln an. 1935 wurde ich zur Schutzpolizei zurückversetzt und wurde im Revier-Einzel-dienst im 10.Pol.-Rev. in Köln-Lindenthal verwandt. 1936 bewarb ich mich bei Erreichen des 8. Dienstjahres bei der Vormerkstelle Potsdam für den Kriminaldienst. Anfang 1937 bekam ich eine Einberufung von Potsdam aus zur Stapo Aachen. Nach Rücksprache mit meinem Dienststellenleiter habe ich diese Einberufung abgelehnt. Einige Monate später bekam ich wiederum eine Einberufung, diesmal zur Stapo Stelle Köln und zwar zum 31.12.1937.

Nach erneuter Rücksprache mit meinem Dienststellenleiter gab dieser mir zu verstehen, daß bei meiner erneuten Ablehnung die Übernahme zur Kripo verbaut sei. Nur unter diesem Druck kam ich der Einberufung nach. In Köln versah ich Dienst bis zum 7. Sept. 1937 im Wirtschafts-Referat.

Am 7. September erfolgte unsere Inmarschsetzung nach Frankfurt/Oder und einige Tage später nach Posen. In Posten hatte ich als Angehöriger der Stapo Stelle Posen reindeutsche Angelegenheiten bearbeitet. 1941 kam ich auf eigenen Wunsch zur Stapo-Leitstelle Berlin.

zu einem Wunsch (per mil.)

- 2 -

65 30.9. 1967

1.7.41 - 8.5.45 Bl.

\* 114/2 43

v. 1958.

- 2 -

v. 1958 (8/14 Tage) Prof. Spionageschulung

Ich wollte ursprünglich in Berlin zur Abwehr. Dieses war der eigentliche Grund meiner angestrebten Versetzung nach Berlin.

Stattdessen wurde ich zur Abteilung IV D 1 versetzt. Bei dieser Abteilung versah ich Dienst bis 1944. 1944 wurde ich nach Brüssel versetzt abgeordnet. Vor der Besetzung Brüssels durch die Alliierten habe ich mich nach dem Westen abgesetzt und ~~gerinnisch~~ Köln zurückgekehrt.

Nachdem der Innenminister des Landes NW mit Schreiben vom 18.9.1956 Az: II B 3-25.117/29 Du. 18/56 meine Versetzung zur Geheimen Staatspolizei von Amtswegen anerkannt hat, wurde ich zum 1.1.1957 erneut zur Kriminalpolizei nach Köln mit dem Dienstgrad Kriminalsekretär einberufen.

Beim 1.K. versah ich Dienst als Sachbearbeiter und in den letzten Jahren als stellvertretender Leiter des 1.K. Am 30.11.1965 wurde ich wegen Krankheit - ich erlitt im Dienst einen Schlaganfall - in den Ruhestand versetzt.

Zu meiner Tätigkeit bei Stapo Berlin möchte ich ergänzend sagen, daß ich zuerst in der Abteilung für Judenangelegenheiten Verwendet wurde. Ich übernahm dort das Geschäftszimmer der Abt. IV D 1. Meine Aufgabe bestand darin, sämtliche Eingänge in einem Hauptbuch zu registrieren und den einzelnen Sachbearbeitern zuzuteilen. Nach erfolgter Erledigung und Unterschrift durch den Dienstvorgesetzten kamen die Vorgänge dann wieder an mich zurück und wurden nunmehr wieder ausgetragen mit dem Vermerk, an welche Stelle sie weitergeleitet worden waren.

Unsere Dienststelle befand sich in der Nähe des S-Bahnhofs Börse. An den Namen der Straße kann ich mich heute nicht mehr erinnern. Es handelte sich um ein regelrechtes Dienstgebäude, in dessen Anbau sich eine Stelle für Passangelegenheiten befand.

Nach den Namen meiner damaligen Vorgesetzten bei der Abt. IV D 1 befragt, muß ich wahrheitsgemäß angeben, daß mir diese nicht mehr geläufig sind. Es kann stimmen, daß der Kommissar S t ü b s oder S t o c k geheißen hat. Es war in jedem Falle ein kurzer Name. Ich habe zu einem späteren Zeitpunkt erfahren, daß er sich erschossen haben soll. Wann das war, kann ich heute nicht mehr angeben. Ein KK. Wörner oder Werner ist mir nicht bekannt.

Zur Frage, ob eine direkte Zusammenarbeit des RSHA - Stapo Leit. Bln. bestand, kann ich schon aufgrund meiner untergeordneten Dienststellung keine Angaben machen. Mir sind in diesem Zusammenhang keine tatsächlichen Begebenheiten bekannt.

Selbstverständlich fanden Dienstbesprechungen zwischen den Sachbearbeitern und dem Dienststellamleiter statt. Diese Dienstbesprechungen fanden zweimal in der Woche in einem Nebenraum des Geschäftszimmers statt.

An den Namen des Abteilungsleiters kann ich mich ebenfalls nicht mehr erinnern. Er stammte m.E. aus Solingen es kam vor, daß auch der Abteilungsleiter zu den Dienstbesprechungen erschien. Dieses war jedoch nicht die Regel. Daß bei den Besprechungen der Leiter der Stapoleitstelle Berlin zugegen war, ist mir nicht mehr erinnerlich. Ich kann mich nicht daran entsinnen, diesen jemals bei den Dienstbesprechungen gesehen zu haben.

Auf wessen Anordnung diese Dienstbesprechungen stattfanden, kann ich ebenfalls nicht sagen. Es wurden innerdienstliche Dinge intern besprochen. An Einzelheiten vermag ich mich in diesem Zusammenhang nicht mehr zu erinnern.

Zur Beantwortung der Frage 7) wird mir die Namensliste und die dem Vernehmungsersuchen beigelegte Lichtbildmappe zur "Insichtnahme vorgelegt.

Soweit mir erinnerlich ist war der unter 9) bezeichneten B o v e n s i e p e : Leiter der Stapostelle Berlin.

Die in dem Namensverzeichnis mit rot unterstrichenen Namen sind mir teilweise als Angehörige der Abteilung IV D 1 bekannt:

- 1) Doberke, Walter, (zu 10)
- 2) Exner, Adolf, (zu 12)
- 3) Hansen, Kurt (zu 14)
- 4) Stark, Max (zu 46)
- 5) Stübs, Gerhard (zu 261)

Nach Nennung des Namens Stübs, insbesondere des Vornamens Werner, Gerhard, kann ich nunmehr mit Sicherheit sagen, daß Gerhard S t ü b s zu meiner Zeit Kriminal-Kommissar und Leiter des Kommissariats war.

Unter den Lichtbildern der mir vorgelegten Lichtbildmappe finde ich keinen der ehemaligen bekannten Kollegen wieder.

Da ich nach dem Kriege mit keinem einzigen meiner ehemaligen Kollegen Kontakt hatte, kann ich auch über deren Schicksal keine Auskunft geben. Mir sind auch keine Anschriften oder anderen Anhaltspunkte bekannt.

Dem Judenreferat fielen die Aufgaben zu, Delikte im Zusammenhang im jüdischen Angelegenheiten zu behandeln.

Zu meiner eigenen Tätigkeit habe ich bereits gesagt, daß ich im Geschäftszimmer der Abteilung IV D 1 tätig war.

Die Vorgänge entstanden teilweise durch Anzeigen aus der Bevölkerung oder durch eigenen Wahrnehmungen der gesamten Beamtenschaft und dem damaligen Parteiapparat.

Weiterhin auf Weisung der anderen Behörden, gleichwie auch andere mit Strafe bedrohte Handlungen auf immer welche Weise den Strafverfolgungsbehörden zur Kenntnis gelangen.

Die Vorgänge wurden nach der Bearbeitung an die ersuchenden Behörden oder an die Staatsanwaltschaften abgegeben. Bei Schutzhaftfällen an die Schutzhaftstelle, die zur Stapo-Leitstelle gehörte.

Zu der Frage, welche Sachgebiete es innerhalb der Abteilung IV D 1 gab, sind mir noch die nachfolgend verzeichneten Sachgebiete bekannt:

- 1) Jüdisches Vermögen,
- 2) Häuser und Grundstücke,
- 3) Festnahmen der Juden,
- 4) Deportation.

Zur Frage nach den einzelnen Sachbearbeitern der Sachgebiete kann ich heute keine Angaben mehr machen. Soweit mir bekannt war, ist es innerhalb des IV D 1 niemals so straff abgegrenzt gewesen, daß jeder Sachbearbeiter streng an sein ihm zugewiesenes Sachgebiet gebunden war. Es mußte jeder das tun, was ihm grade aufgetragen war. Die Grenzen waren arbeitsmäßig ziemlich flüssig.

Über Schutzhaftverhängungen jüdischer Bürger und die Gründe dafür sind u.a. folgende Delikte zu nennen:

- 1) Nichttragen des Judensternes,
- 2) Verkehr mit Ariern,
- 3) sowie der Verstoß gegen alle derzeitigen gegen die jüdische Bevölkerung gerichteten Erlasse und Regeln.

An Einzelfälle kann ich mich heute nicht mehr erinnern. Es hat derzeitig zu viele Einzelschicksale gegeben die samt und sonders traurig waren.

Soweit mir erinnerlich ist, kamen die Transportlisten hauptsächlich unter Mitarbeit der jüdischen Gemeinde zustande. Wenn ein Transport zusammengestellt werden sollte, wurde die Anzahl an die jüdische Gemeinde durchgegeben und diese nannte die <sup>zu</sup>abtransportierenden Personen.

Wer die Transportbegleitungen angeordnet hat und wer im einzelnen daran teilgenommen hat, kann ich heute nicht mehr sagen. Ich selbst hatte als OASS im Geschäftszimmerdienst nicht die Möglichkeit in diese Angelegenheiten Einblick zu gewinnen. Ich selbst bin niemals zu derartigen Aktionen mit herangezogen worden.

Zu Organisationen der einzelnen Deportierungen jüdischer Bürger kann ich sagen, daß die Abholung der Juden durch die Schutzpolizei erfolgte.

Weiterhin durch Kommandos der Kriminalpolizei und des SD. Wer die Durchsuchungen der Gepäckstücke und Leibesvisitationen anordnete, kann ich nicht sagen.

In der Praxis war eine gesonderte Anordnung überhaupt nicht erforderlich. Es war generell angeordnet, daß bei Festnahmen Durchsuchungen vorzunehmen seien.

*Nic*  
*oder*  
*an*  
Abgenommen wurde buchstäblich alles was Wert oder Unwert hatte. Gegenstände, die keinen Wert besaßen, wurden später vernichtet.

Da der Georg S c h w ö b e l mir nicht bekannt ist, kann ich auch über dessen Vernehmungsmethoden keine Aussagen machen.

2 Ich selbst kann mit ruhigem Gewissen sagen, daß in meiner Gegenwart keine unlauteren Vernehmungsmethoden angewandt worden sind. Ich als Berufsbeamter hätte mich dagegen auch strengstens verwahrt.

Mir ist bekannt, daß in der Burgstraße Zellen waren, in die Personen eingeliefert wurden, die zur Vernehmung geführt werden sollten.

In diesem Zusammenhang fällt mir der Name der Straße ein, in der sich unsere Dienststelle an der Börse befand. Es handelte sich um-dá m.E. nach um die Burgstraße an der Börse.

Von dem Vernehmungsbeamten wird mir nun erklärt, daß ich dann doch wohl zu den im Keller befindlichen Zellen etwas sagen könnte.

Ich bleibe dabei, daß es sich hierbei um Zellen handelte, die der zeitweiligen Unterbringung von Gefangenen dienten. Als Gefängnis können diese Zellen m.E. nicht bezeichnet werden. Mir ist nicht bekannt, daß dort Festgenommene über einen längeren Zeitpunkt hinaus inhaftiert worden sind. Von hier stattgefundenen Misshandlungen oder Tötungshandlungen ist mir wirklich nichts bekanntgeworden.

Über die herrschenden Zustände in den einzelnen Sammellagern kann ich keine Angaben machen. Ich habe nie ein solches Sammellager besichtigt und wußte auch nicht, wo sich diese Sammellager befanden.

Wer die Aufsicht der Sammellager hatte ist mir nicht bekanntgeworden.

2 Uns selbst war lediglich bekannt, daß die Deportierten zum Arbeitseinsatz in den Osten und die nichtarbeitsfähigen Älten nach Theresienstadt kommen sollten. Dieses wurde den Inhaftierten auch von uns gesagt. Daß über deren Schicksal bewußt geschwiegen worden ist, kann ich mir nicht denken. Es wurden die entsprechenden Fragen ständig an uns gerichtet, die wir nach unserem Wissen beantworteten.

Daß es zu Panikstimmungen gekommen ist und daß Selbsttötungen vorgekommen sind, habe ich nie gehört. Die Leute benahmen sich wie Kälber, die zur Schlachtkbank geführt werden. M.E. wußten die Leute sicherlich nicht, daß ihnen der nahe Tod bevorstand, wohl aber, daß ihnen ein hartes Schicksal bevorstand.

Die Tötung der Deportierten ist mir erstmalig bekanntgeworden durch jüdische Bürger, die zu mir kamen und mir von dem Schicksal ihrer Angehörigen berichteten.

Ich lege dem Vernehmungsbeamten beglaubigte Zeugnisse jüdischer Bürger vor, denen ich aufgrund dieser Erkenntnis zur Flucht verholfen habe. Ich selbst bin wegen dieser Fluchthilfen und - Begünstigungen inhaftiert gewesen, aber mangels Beweises vom der-Ge Reichssicherheitshauptamt wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Den genauen Zeitpunkt kann ich heute nicht mehr nennen. Es kann Ende 1942 gewesen sein. Im internen Kollegenkreise wurden über die Begebenheiten gesprochen. Natürlich mußten diese Gespräche heimlich geführt werden, da überall der Verrat lauerte. Von Rückmeldungen über den eingetretenen Tod von Schuhhaft-Häftlingen ist mir nichts bekannt, dieses fiel nicht in meinen Aufgabenbereich. Mit Angehörigen des auswärtigen Einsatzes bin ich nicht zusammengekommen. Von Massenerschießungen ist mir nichts bekanntgeworden. Auf welche Weise die deportierten Juden umgekommen waren, ist mir seinerzeit nicht bekannt geworden.

Es kamen häufig noch nicht deportierte Juden zu unserer Dienststelle und erbaten Auskunft über das Schicksal ihrer bereits deportierten Angehörigen. Die an mich persönlich gerichteten Fragen habe ich nach meinem damaligen Wissen, daß die Angehörigen in den Arbeitseinsatz in den Osten verbracht und die Alten nach Theresienstadt geschickt worden seien, beantwortet.

Soweit mir bekannt ist, haben die anderen Kollegen ähnlich lautende Auskünfte erteilt. Da offiziell nicht bekannt wurde, daß die Deportierten getötet worden sind, bestanden doch erhebliche Zweifel an der Wahrheit. Wir haben keiner der nachsuchenden Personen gesagt, daß ihre Angehörigen getötet würden. Daß sich KK. Stock und KK. Stark abweisen verhalten haben sollen, kann ich deswegen nicht bestätigen, weil ich mich an die beiden nicht erinnern kann. Daß jüdische Bürger als Fahnder fungierten kann ich nicht sagen. Ich halte dieses aber für durchaus möglich.

Ich bin bisher in keinem Verfahren als Beschuldigter oder als Zeuge vernommen worden. Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Die Vernehmungsniederschrift wurde vor Niederlegung von dem Vernehmungsbeamten laut wiederholt und von mir formuliert. Ich erkenne die Richtigkeit der von mir gemachten Angeban durch meine Unterschrift an.

Geschlossen:

v. g. u.

*H. H. K.*  
(Bemerkung)

*Cont. Anlagen.*

FRANZ J. SKOWRONEK  
RECHTSANWALT

An den  
Herrn Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
1 Berlin 21  
Turmstr. 91

5 Köln, den 5.5.67 S/K  
Blumenthalstr. 30 - Fernruf 732581  
Konten: PS. Köln 204572  
Dresdner Bank 53/296612  
Sprechstunden 15-17 Uhr  
außer mittwochs und samstags

  
Herrn Ernst Düngen  
9.5.67 / -

Dort.Zch.: 1 Js 9/65 (Stapoleit.Bln)  
1 Js 1/67 (Stapoleit.Bln)

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der ehemaligen  
Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin  
wegen Beihilfe zum Mord (Verfolgung der jüdischen  
Bevölkerung Berlins)

Herr Ernst Düngen aus Köln hat mich gebeten, ihm bei der von  
Ihnen angekündigten zeugenschaftlichen Vernehmung, die Sie  
für die zweite Hälfte des Mai 67 angekündigt haben, beizu-  
stehen. Als Termin für diese Vernehmung schlägt er Mittwoch  
den 17.5. oder Donnerstag den 18.5.67 vor.

Vorweg darf ich darum bitten, den Gesundheitszustand meines  
Mandanten entsprechend zu berücksichtigen. Er hat am 16.3.64  
einen Schlaganfall erlitten, der zu seiner Pensionierung ge-  
führt hat. Wegen dieses Schlaganfalles steht er noch heute  
laufend in Behandlung, so daß er einer größeren Anstrengung  
nicht mehr gewachsen ist. Er wird hierfür noch ein Attest  
seines behandelnden Arztes vorlegen.

Ich bitte um Ihre Nachricht, ob Ihnen der vorgeschlagene  
Termin für die Vernehmung meines Mandanten angenehm ist oder  
die Vernehmung zu einer anderen Zeit durchgeführt werden  
müßte.

Hochachtungsvoll

  
Rechtsanwalt

# N. u. S.-Fragebogen

(Von Frauen sinngemäß auszufüllen!)

Name und Vorname des  $\mathbb{H}$ . Angehörigen, der für sich oder seine Braut oder Ehefrau den Fragebogen einreicht:

Exner Adolf

$\mathbb{H}$ -Lew.

Dienstgrad: Krim.-Oberass.  $\mathbb{H}$ -Nr. 3

Sip. Nr. ....

Name (leserlich schreiben): Exner, Adolf  $\mathbb{H}$ -Lew.

in  $\mathbb{H}$  seit ..... Dienstgrad: Krim.-Oberass.  $\mathbb{H}$ . Einheit: Stapo-Berlin

in SA von ..... bis ..... , in HJ von ..... bis .....

Mitglieds-Nummer in Partei: .....  $\mathbb{H}$ -Nr.: .....

geb. am 13. Mai 1903 zu Herischdorf Kreis: Hirschberg

Land: Preußen jetz Alter: 38 Glaubensbekenntnis: gottgl.

Jetziger Wohnsitz: Berlin-Tempelhof, Wohnung: Werner-Voß-Damm 32a.

Beruf und Berufsstellung: Kriminaloberassistent.

Wird öffentliche Unterstützung in Anspruch genommen? nein

Liegt Berufswechsel vor? nein

Außerberufliche Fertigkeiten und Berechtigungsscheine (z. B. Führerschein, Sportabzeichen, Sportauszeichnung):

Reichs- und SA.-Sportabzeichen.

Staatsangehörigkeit: Deutsches Reich

Ehrenamtliche Tätigkeit: Blockwalter der NSV.

Dienst im alten Heer: Truppe ..... von ..... bis .....

Freikorps ..... von ..... bis .....

Reichswehr ..... von ..... bis .....

Schutzpolizei ..... Schutzpolizei von 1. Mai 1923 bis 15. 8. 37

Neue Wehrmacht ..... von ..... bis ..... .

Leichter Dienstgrad: Rot.-Oberreichen. d. Sch.

Frontkämpfer: ..... bis ..... ; verwundet: .....

Orden und Ehrenabzeichen, einschl. Rettungsmedaille: Olympia-Erinnerungs-Medaille, Pol.-Dienst-

auszeichnungen.

Personenstand (Lebig, verheiratet, geschieden – seit wann): verheiratet seit 30.6.34

Welcher Konfession ist der Antragsteller? gottgl. die geistliche Frau (Ehefrau)? gottgl.

(Als Konfession wird auch außer dem herkömmlichen jedes andere gottgläubige Bekennnis angesehen.)

Ist neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung vorgeschen? Ja – nein.

Hat neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung stattgefunden? Ja – nein

Gegebenenfalls nach welcher konfessionellen Form? evangel.

Ist Ehestands-Darlehen beantragt worden? nein.

Bei welcher Behörde (genaue Anschrift)? ..... Berlin,

Berlin 6.2, Grunerstr. 12.

Wann wurde der Antrag gestellt? .....

Wurde das Ehestands-Darlehen bewilligt? Ja – nein.

Soll das Ehestands-Darlehen beantragt werden? Ja – nein.

Bei welcher Behörde (genaue Anschrift)? .....

Am 13. Mai 1903 wurde ich, Joseph Gräfano  
aus einer, als Sohn des Schmiedes August Gräfano  
und seiner Ehefrau Maria, geborene Ansorge, unter  
no. Religions, in Herischedorf Dorf Herischedorf,  
geboren.

Mein erster Besitz ist ein Schreib-  
Reiseausweis.

Mein Kindergarten war ich mit my 4  
Jahreinstur in Hanß mein Elter. Im April 1909  
wurde ich in die 3-Klassige Schule zu Herischedorf myr-  
scho, da der Unterricht ist bis zum 31.3.1914. Von da ab be-  
gann ich die 7-Klassige Volksschule zu Herischedorf, die ich  
mit dem Abschlußzeugnis der 1. Klasse am 31.3.1917  
abschloß. Meine erste Tätigkeit gewährte sehr,  
meistens ist mir, das Schaffen und Werk zu schaffen.  
Ich habe als Schafferauftrag bei der F. H. Füllner,  
Bad-Wurmbach ein. Daraus mein Lernzettel be-  
gann ich die Gemeinde-Schulmeisterin zu Weru-  
binn.

Am 4-jährigen Lernzettel wurde ich nach bestanden  
mein Schafferauftrag und warlich kann ich nicht  
zurück von der Firma.

Im Jahr 1923 wurde ich zunächst ausgebildet  
wurde ich in meine Lernzeit bei Helling und Oehmichen  
bei der Firma "Lehmann" in Dresden. Im Herbst 1923 war  
ich in Dresden ad. hab. bei der Firma "Lieke-Hofmann",  
Abt.-Füllnerwerk, Bad-Wurmbach wieder mir.

Da es sehr immer mein Wunsch war, Polizei-  
beamter zu werden, so habe ich am 1.5.23 als Amtshilfe  
bei der Polizei-Schule in Brandenburg a. Havel mir.

Im Mai 1923 wurde ich zum Abt.: Amtshilfe-

meister befürchtet.

Seit mindestens Ausbildung auf der Polizei-Schule erfolgte meine Karriere zur 1. Einschaffung am 1. Feb. 1927. Inspektion zunächst und nach Auflösung im Januar 1927 zum 1. Einschaffung der Pol. Inspektion - Steglitz.

Hier wurde ich Anfangszeit im Einschaffungsraum - Kämpe Wohnungswärter. Am 25.6.27 wurde ich zum Pol. - Hauptmeister befürchtet. Einmal mehr ist eine Unterrichtung der Pol. - Inspektionen mit dem Namen meine Erfüllung im Februar 1927 nach bestandener Aufnahme-Prüfung H. I. Meine Ju. - Ausbildung war mit gutem Abschluß. Am 7.9.1927 erfolgte ich mit Erfolg die meine Oberaufseher - Ammeister - Prüfung im Braudeckung a. H. - Kämpe. Am 1.8.1927 wurde ich zum Pol. - Hauptmeister befürchtet.

Daraufhin wurde ich bis zum 30. April 1933 als Ausbilder in die Einschaffungsschule kommend. Von Ende April bis zum 1.8.33 wurde ich Revier - Stabsmeister bei der 1. Feb. - Division. Mit dem 1. Aufstieg 1933 wurde ich zum Polizei - Hauptmeister - Stab - leiter abgerückt d. 1. Pol. - Abteilung. Hier wurde ich zunächst Aufsichts - Kämpe, was später jene Eigenschaften erlangte, die später im Gefäßzimmerschultheiße häufig. Am März 1937 erfolgte meine Abordnung zum Feuerwehrkommando - Kämpe, (Feuerwehrzimmerschultheiße 1936. 10.) später meine Karriere fortsetzte.

Am 15.8.37 erfolgte meine Zulassung zum Feuerwehr - Hauptmeister, Feuerwehrschultheiße - Kämpe. Hier absolvierte Feuerwehrschultheiße d. bestandene Prim. - Off. - Ammeister - Prüfung an der Feuerwehrschule Berlin - Charlottenburg, welche am 1.6.38 zum Prim. - Oberaufsehermeister als Brauchtur auf, Feuerwehr Augsburger.

Am 30.6.34 führte ich <sup>mit</sup> Dienstvorschriften, dieser offr ist bisher meine Tätigkeit aufgezeichnet.

Hier bestand der KPT. n. der RLB, wieder KPT. und erfüllte den Kämpe meine Dienstvorschriften. Einmal hier ist Pol. - Ammeister, meine Aufgaben übertragen bei der folgenden Kämpe - Tätigkeit.

Anton Euer.

Raum zum Aufkleben der Lichtbilder.



Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Berlin

Berlin C 2, Grunerstr. 12, Ecke Dirklenstr.

Eingangs- und Bearbeitungsvermerk

An die

Neue Vita

Eingegangen

Grunstücksverwaltung

11 AUG. 1943

Berlin W 50

Erfolgt

Bamberger Str. 3.

Geschäftszeichen u. Tag Ihres Schreibens

Geschäftszeichen u. Tag meines Schreibens

IV D 1 - a. 5699/43.

Betrief Mietsforderung Berlin, den 9.8.43.  
für die Judenwoh-  
nung Arnheim.

Vorgang: Dort bekannt.

Die Jüdin Helene Sara Arnhe im  
wurde am 25. 9. 42 von der Polizei fest-  
genommen und am 19.10.42 unter Trans-  
port-Nr. 20.355 evakuiert.

Jm Auftrage:  
gez. Exner.

Begl. ubigt:  
Kzl.-Angestellte.



Vordruck  
Nr. 3  
C/0000

..... Anlagen

Feroruf 510023

Postcheck-Konto Berlin 2386  
Kasse des Geheimen Staatspolizeiamts

ti3

Berlin, den 1. August 1942

125

O 8696

-21-

12

## Verfügung

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26. Mai 1933 — RGBl. I S. 293 — in Verbindung mit dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. Juli 1933 — RGBl. I S. 479 —, der Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich vom 18. 11. 1938 — RGBl. I S. 1620 —, der Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens in den sudetendeutschen Gebieten vom 12. 5. 1939 — RGBl. I S. 911 — und der Verordnung über die Einziehung von Vermögen im Protektorat Böhmen und Mähren vom 4. Oktober 1939 — RGBl. I S. 1998 — wird in Verbindung mit dem Erlass des Führers und Reichskanzlers über die Verwertung des eingezogenen Vermögens von Reichsfeinden vom 29. Mai 1941 — RGBl. I S. 303 —

das gesamte Vermögen ~~xx~~ — ~~xx~~ der

Golda Sara Baruch

geborene Jaroczewer, geboren am 8.9.74

in Dolzig

zuletzt wohnhaft in Berlin-Schöneberg,

Innsbrucker Str. 8

Straße/Platz Nr.

zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen.

Im Auftrage

*Baruch*

1 AR (Stapoleit) 133 167

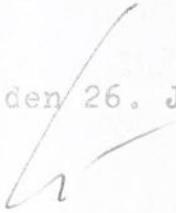
Vfg.

1. Als AR-Sache eintragen.

2. Der Vorgang 1 AR (Stapoleit) 133 167 wird Beistück  
zu 1 Js 9/65 (Stapoleit.Bln.).

3. Als AR-Sache austragen.

Berlin, den 26. Januar 1967



I - A - KI 3

(Dienststelle)

Tgb.-Nr.: 550/66

Akt.-Zeichen:

Merkblatt angelegt.

Fingerabdrücke genommen. Ja — Nein \*

Lichtbilder gefertigt. Ja — Nein \*

Person ist — nicht — festgestellt \*

Im Deutschen Fahndungsbuch — Festnahmen / Aufenthaltsermittlungen —, in der Fahndungskartei ausgeschrieben? Ja — Nein \*

\*) Nichtzutreffendes durchstreichen.

127  
9

z. Zt. Lübeck, den 4. 5. 1966

## Verantwortliche Vernehmung

Es erscheint \*) vorgeladen

Carl, Rudolf, Oskar, Friedrich Eiche, POS a. D.

Vorname

Zuname

Beruf

wohnhaft in Lübeck, Fünfhausen Nr. 4

Straße Nr.  
Platz

Fernruf ..... und erklärt:

1. a) Familienname, auch Beinamen, Künstlername, Spitzname, bei Namensänderung früherer Familienname, bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name des früheren Ehemannes	a) <u>Eiche</u>
b) Vornamen, (Rufname ist zu unterstreichen)	b) <u>s. oben</u>
2. Geboren	am <u>28. 4. 1891</u> in <u>Masserberg/Thür.</u> Kreis (Verwaltungsbezirk) <u>Hildburghausen</u> Landgerichtsbezirk ..... Land <u>Thüringen</u>
3. a) Beruf **) aa) erlernter bb) z. Z. der Tat ausgeübter cc) Stellung im Beruf (z. Z. der Tat)  Hier ist anzugeben: — ob Geschäftsinhaber, Gehilfe, selbständiger Handwerksmeister, Geselle usw.	a) <u>Pol. O. Sekr. a. D.</u> aa) <u>Landwirtschaft</u> bb) wie unter a) cc) <u>Zuarbeiter</u>
b) Ferner sind anzugeben: — bei Ehefrauen Beruf des Ehemannes — bei Beamten und Behördenangestellten genaue Anschrift der Dienststelle — bei Studierenden Anschrift der Hochschule und das belegte Lehrfach — bei Trägern akademischer Würden (Dipl.-Ing., Dr., D. usw.), wann und bei welcher Hochschule der Titel erworben wurde	b)
c) Bei Erwerbslosigkeit, seit wann?	c) <u>1949</u>

\*) auf Vorladung, aus Untersuchungshaft, aus Strahaft, als vorläufig Festgenommener vorgeführt, in der Wohnung, an der Arbeitsstelle aufgesucht usw.  
(Zutreffendes einsetzen)

\*\*) Bei Bundeswehrangehörigen ist hier anzugeben: Dienstgrad, Truppenteil, Standort, ob Berufssoldat, Soldat auf Zeit oder Wehrpflichtiger.

4. Einkommensverhältnisse	a) z. Z. der Tat b) gegenwärtig	a) etwa 350 .-RM b) 757,75 DM brutto
5. a) Familienstand	ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden — getrennt lebend —	a) verheiratet
b) Vor- und Familienname des Ehegatten bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name des früheren Ehemannes		b) Maria geb. Neutzling
c) Wohnung des Ehegatten bei verschiedener Wohnung		c) wie umseitig
d) Beruf des Ehegatten		d) ohne
6. Kinder	a) Anzahl b) Alter	a) 1 Sohn, gefallen(vermißt) 1944
7. a) Vater, Vor- und Zuname Beruf Wohnung		a) Hugo Eiche Forstmeister 15. 4. 31 verstorben
b) Mutter, Vor- und Geburtsname Beruf Wohnung (auch wenn Eltern bereits verstorben)		b) Anna geb. Treffurth Hausfrau 24. 4. 1929
c) Vormund *, Pfleger * oder Bewährungshelfer *, Vor- und Zuname, Beruf Wohnung		c)
8. Staatsangehörigkeit (jetzt und evtl. früher)		Deutschland
9. Ehrenämter in Staat, Gemeinde oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (Schöffe oder Geschworener — Handels-, Arbeits- oder Sozialrichter — Vormundschaften oder Pflegschaften — Bewährungshelfer — sonstige Ehrenämter)		nein
10. Personalausweis,	Reisepaß, sonstige Ausweise und Berechtigungsscheine (Art, ausstellende Behörde, Nummer, Ausgabedatum)  z. B. Führerschein, Reisegewerbeakte, Gewerbelegitimationskarte, Jagd- oder Fischereischein, Waffenschein, Schiffer- oder Lotsenpatent, Unterbringungsschein nach Gesetz zu Art. 131 GG, Rentenbescheid, Sprengmeisterschein	Pers. Ausw. der BRD  Nr. B 5 212 843  Führersch. Kl. III List. Nr. 58 907 der Hansestadt Lübeck v. 2. 6. 59 Schwer beschädigtenausweis Nr. 242/59 Lübeck v. 30.6.59 - 80 % Pensionsbescheid des Landes Schlesw.-Holstein
11. Vorstrafen, anhängige Verfahren, Maßregeln der Sicherung und Besserung (Strafe zur Bewährung ausgesetzt — bedingte Entlassung bewilligt) — nach eigenen Angaben —		Angeblich keine

129  
10

## I. Belehrung

Mir ist eröffnet worden, welche Tat mir zur Last gelegt wird und welche Strafvorschriften in Betracht kommen. Ich bin darauf hingewiesen worden, daß es mir frei steht, mich zu der Beschuldigung mündlich oder schriftlich zu äußern oder nichts zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor meiner Vernehmung, einen von mir zu wählenden Verteidiger zu befragen (§§ 163a, 136 StPO)

Ich bin bereit, vor der Kriminalpolizei wahrheitsgemäße Angaben zu machen und wissentlich nichts zu verschweigen.

## II. Noch zur Person

Bezüglich meines Lebenslaufes lege ich hier eine von mir selbst geschriebene Aufstellung vom 4. 5. 1966 vor, die meinen Dienstweg bei der Polizeibehörde beinhaltet, und ich wünsche, daß dieses Schriftstück meinem Protokoll angehängt wird.

Ergänzend führe ich aus:

Mein Vater war in Thüringen Forstmeister.

Von meinem 6. Lebensjahr besuchte ich 3 Jahre die Volkschule, anschließend 1 Jahr Realschule in Sondershausen, ~~IXXMMK~~ ferner bis 1906 Realgymnasium.

Bis zu meiner Einberufung zum Militärdienst habe ich in der Landwirtschaft als Eleve und später dann als Verwalter gearbeitet. 1912 hatte ~~mit~~ ich meine Militärzeit abgedient und war wieder bis November 1913 als Verwalter in der Landwirtschaft tätig.

Anfang ~~1913~~ Dezember 1913 begann meine aktive Militärzeit, um einst die Feuerwerker - Laufbahn einzuschlagen.

Ich habe den Krieg von Anfang bis Ende an verschiedenen Fronten mitgemacht. Im Januar 1919 bin ich auf eigenen Wunsch als Vize - Wachtmeister abgegangen.

Bis zu meinem Eintritt in die Berliner Schutzpolizei im September 1919 habe ich noch in der Landwirtschaft gearbeitet. Im Oktober 1925 wurde ich auf eigenen Wunsch von der Schupo ~~zu~~ entlassen und erwarb den Polizeiversorgungsschein.

Von 1925 bis 1928 erhielt ich Übergangsgebühren, um mich für den behördlichen Verwaltungsdienst vorzubereiten.

Vom 26. 3. 1928 bis 15. 5. 1933 wurde ich zunächst als Reichsbahnangestellter beschäftigt. Infolge meines während des 1. Weltkrieges erlittenen Gehörleides (Schwerhörigkeit)

wurde ich jedoch für den Reichsbahndienst als untauglich befunden, so daß ich nicht als Beamter bei dieser Behörde übernommen werden konnte.

Ich entschloß mich daher für den Polizei - Verwaltungsdienst. Von der damaligen Vormerkstelle Potsdam wurde ich am 15. 5. 1933 dem Pol.-Präsidium Berlin als Verwaltungsangestellter überwiesen.

Meinen weiteren Werdegang ist aus meinem Schreiben vom 4. 5. 1966 ersichtlich.

Ich erkläre hiermit, daß ich niemals Parteimitglied oder Angehöriger der SS war.

Ich brauchte mich bisher keinem Entnazifizierungsverfahren zu unterziehen und bin weder als Zeuge noch als Beschuldigter in irgend einem NS - Verfahren gehört worden.

Anfang 1959 wurde mein rechter Oberschenkel wegen Durchblutungsstörungen amputiert. Ich bin nicht in der Lage eine Prothese zu tragen.

### III. Zur Sache

Wie ich bereits im meinem Schreiben erwähnt habe, wurde ich am 18.2.1934 gegen meinen Willen zur damaligen Stapostelle Berlin, im Pol.-Präsidium Alexanderplatz, versetzt. Daß ich erheblich dagegen gewehrt habe, geht aus dem eidesstattlichen Erklärungen ehem. <sup>Ad</sup>legen vom 28.7.55 und 12.8.55 hervor. Ich wünsche auch, daß diese eidesstattlichen Erklärungen zu meinem <sup>Protokoll</sup> genommen werden und verzichte auf einer Rückgabe dieser Schreiben.

Aus meiner Handakte entnehme ich, daß ich anfangs innerhalb der Verwaltung, und zwar in der Bücherei, Registratur und in der Kanzlei tätig war.

Im Laufe der Jahre ist mir die Dienststellenbezeichnung, sowie meine Vorgesetzten entfallen. Im Jahre 1935 wurde ich als Polizeibüroassistent a. Pr. in das Beamtendienstverhältnis übernommen. Die vorerwähnte Tätigkeit übte ich nach meinen heutigen Erinnerungen etwa 3 Jahre lang aus.

Zwischenzeitlich, etwa 1936, bin ich nach erfolgten Prüfung für den mittleren Verwaltungsdienst Polizeibüroassistent geworden. Bis zu Beginn des Krieges wurde ich verschiedenen Dezernaten als sogenannter Zuarbeiter zugeteilt, und zwar erst im Paßwesen unter PI S t u b b e, dann kam ich zu PI H o f f - m a n n.

H o f f m a n n ,

der für das Sachgebiet Postüberwachung zuständig war. Im Anschluß daran wurde ich der Zentralregistratur zugeteilt, die dem PR L i t z k e unterstanden hat. Etwa Ende 1939 bis Anfang 1940 wurde ich einer Abteilung zugeteilt, die dem PR P r o k o p unterstanden hat. Zu diesem Zeitpunkt leitete P r o k o p das Sachgebiet "Vermögenswerte ausgewanderter Juden". Die Dienststellenbezeichnung kann ich heute nicht mehr angeben. Mir wird die Bezeichnung IV C 3 genannt. Ich kann mich wirklich nicht mehr erinnern, wie diese Dienststelle bezeichnet wurde. Wie bereits erwähnt, war P r o k o p Leiter dieser Abteilung. Sein Stellvertreter war POI H e i n r i c h, welcher auch zugleich der eigentliche Sachbearbeiter war. Ein PS M ü t z e fungierte gleich mir als Zuarbeiter. Vom Hörensagen habe ich erfahren, daß M ü t z e gleich nach Kriegsende in Berlin verstorben sein soll. Was aus P r o k o p und H e i n r i c h geworden ist, weiß ich nicht. Ich habe nach dem Kriege nie wieder etwas von ihnen gehört.

Obwohl mir hier eine Anzahl von Namen ehemaliger Angehöriger der Abt. IV C 3 vorgelesen wurden, kann ich mich außer an die bereits von mir genannten Personen nicht mehr erinnern. Weitere Namen fallen mir auch nicht mehr ein. Ich kann mich auch nicht mehr an ein Frl. Maria H ö p f n e r erinnern, die damals Schreibkraft bei P r o k o p gewesen sein soll. Es fungierten damals zwei Schreibern, deren Namen ich heute trotz angestrengter Überlegung nicht mehr nennen kann.

Ich möchte hier betonen, daß ich etwa insgesamt 9 Monate unter der Leitung des P r o k o p gearbeitet habe. Wenn mir hier die Kopie eines Originalschriftstückes vorgehalten wird, das das Datum vom 8. 3. 43 trägt, so möchte ich dazu erklären, daß ich mich zeitlich geirrt haben könnte. Ich bin dann nicht etwa Ende 1939 oder Anfang 1940 zu dieser Dienststelle gekommen, sondern etwa Mitte 1942, denn ich war zu diesem Zeitpunkt bereits Pol. O. Sekretär.

Nachdem mir der Name B o v e n s i e p e n genannt wurde, kann ich mich nur vage an diese Person erinnern. Ich kann jedoch nicht sagen, was dieser Mann bei der Stapoleitstelle war. Wenn mir hier gesagt wird, daß er Leiter der Stapoleitstelle war, so kann ich dies nicht mit Sicherheit bestätigen. Als Leiter der Stapoleit. Berlin ist mir lediglich der ehemalige ORR B o c k bekannt. Ein mir namentlich nicht mehr bekannter RR war sein Vertreter.

Zum Sachgebiet des P r o k o p kann ich nach meiner heutigen Erinnerung folgende Angaben machen:  
Der Abteilung gehörten eine Anzahl Kriminalbeamte an, die für den Außendienst zuständig waren. Es entzieht sich meiner Kenntnis, welche Aufgaben die Außenbeamten wahrzunehmen hatten. Ich kann mich nicht mehr erinnern, mit Außenbeamten zusammen-gearbeitet zu haben.

Die einzigen Verwaltungsbeamten waren H e i n r i c h, M ü t z e und ich.

Die Dienststelle befand sich im II. Stock des Pol.-Präsidiums. Ich kann mich nicht mehr erinnern, ob P r o k o p ein Vor-zimmer hatte.

Wie bereits erwähnt, waren M ü t z e und ich sogenannte Zuarbeiter für den POI H e i n r i c h.

Auf Befragen:

Es trifft zu, daß unser Dezernat für die Einziehung und Beschlag-nahme jüdischer Vermögen zuständig war.

Wie diese Angelegenheiten nun im einzelnen durchgeführt worden ist, kann ich heute beim besten Willen nicht mehr erläutern.

Vorhalt:

Herr E i c h e, es erscheint unwahrscheinlich, daß Sie nicht mehr die geringste Ahnung über Ihre damalige Tätigkeit haben wollen, obwohl Ihnen die Kopie des Schriftstückes vom 8. 3. 43 zur Durchsicht vorgelegt worden ist, das Sie als Sachbearbeiter ausweist und Sie außerdem die Unterschrift des P r o k o p einwandfrei wiedererkannt haben.

Antwort: Ich bleibe dabei, die Art meiner damaligen Tätigkeit ist mir heute nicht mehr geläufig.

Ich möchte dazu noch betonen, daß ich niemals Sachbearbeiter, sondern Zuarbeiter für POI Heinrich war.

Ich war auch niemals Unterschriftsberechtigt.

Ich habe auch damals keinesfalls gewußt, daß eine Beschlagnahme und Einziehung eines jüdischen Vermögens Voraussetzung für die Deportierung war.

Eine mir hier vorgelegte Kopie einer damaligen Einziehungsverfügung ist mir heute nicht mehr erinnerlich. Ich vermute, daß diese Einziehungsverfügungen nur den Außenbeamten, also den Kriminalbeamten zugänglich gemacht wurden.

Wenn es der Fall war, daß ein Schriftverkehr mit dem Oberfinanzpräsidenten Potsdam bestanden hat, so kann es nur PR PROKOP gemacht haben, denn dieser dürfte dafür kompetent gewesen sein.

Auf Befragen:

Ich habe wohl gewußt, daß Berliner Juden nach dem Osten deportiert wurden, aber nicht, daß das Vermögen dieses Personenkreises vor der Deportierung Beschlagnahmt wurde. Ich war immer der Meinung, daß dieser Akt hinterher vollzogen wurde. Diese Tätigkeit widersprach meiner inneren Einstellung, weil ich die Deportierungen jüdischer Bürger als ganz große "Schweinerei" angesehen habe.

Ich kann mich heute nicht mehr erinnern, wann die ersten Juden aus Berlin deportiert wurden.

Wenn ich gefragt werde, ob ich auch an den Abhol - Aktionen teilgenommen habe, so kann ich dies bejahen.

Es wurden alle Beamten der Stapoleitstelle dazu herangezogen, Juden aus den Wohnungen abzuholen und zur Sammelstelle Synagoge Levetzowstr. zu bringen. Ich möchte hierbei erwähnen, daß wir Verwaltungsbeamten zur Unterstützung der Exekutivbeamten ebenfalls mit herangezogen worden sind.

Ich bin etwa 8mal mit zur Abholung herangezogen worden.

Mir ist noch erinnerlich, daß die Juden Handgepäck mitführen durften. Ich selbst habe die Synagoge nie betreten. Der mich begleitende Kriminalbeamte lieferte die Juden in der Sammelstelle ab.

Auf Befragen:

Ich kann nicht sagen, wie lange sich die inhaftierten Juden jeweils in der Sammelstelle aufhalten mußten.

Vom Hörensagen habe ich erfahren, daß sie später nach dem Osten abtransportiert wurden.

Meine Vermutung damals war, daß Hitler die Juden vernichten wollte. Innerhalb der Stapoleitstelle sprach man davon, daß die Juden zum Arbeitseinsatz im Osten herangeholt werden sollten.

Man war sowieso mit seinen Gesprächen sehr vorsichtig. Es sprach keiner ein Wort mehr darüber, wie unbedingt notwendig war.

Anfang November 1944 bin ich wegen meines Gesundheitszustandes von der Stapoleitstelle Berlin zur Kfz.-Nachschubstelle Mildenberg im Kr. Templin versetzt worden. Während dieser Zeit habe ich erstmalig gehört, welchem Schicksal die deportierten Juden im Osten tatsächlich entgegengangen sind.

Wie bereits erwähnt, habe ich die Tätigkeit bei dem PR PROKOP schon damals als widerwärtig empfunden.

Ich habe mich an den mir bekannten PR Litzke gewandt und habe ihm zu verstehen gegeben, daß ich mich in dem Dezernat Prokop nicht wohl fühle. Meiner Bitte wurde stattgegeben und ich wurde wieder der dem PR Litzke unterstehenden Zentralregistratur zugewiesen, wo ich bis zu meiner Versetzung im November 1944 verblieb.

Mir wird zur Durchsicht eine Lichtbildmappe ehemaliger Angehöriger der Stapoleitstelle Berlin vorgelegt.

Bild Nr. 8 - Es kann sich um einen Außenbeamten von IV C 3 gehandelt haben. Der Name August Blasko sagt mir nichts.

" " 32 - PR Prokop - mit Sicherheit wiedererkannt

" " 79a - KR Gans - mit Sicherheit wiedererkannt - saß im PP Alexanderplatz, I. Stock. Ich kann nicht mehr sagen welchem Sachgebiet er vorstand. G. war noch bis zu meinem Weggang 1944 bei der Stapoleitst.

Weitere Personen habe ich nicht wiedererkannt.

Auf Befragen:

Ich erkläre, daß mir nicht bekannt war, daß sich innerhalb der Stapoleitstelle Berlin ein sogenanntes Judenreferat befand.

Mir war auch nicht bekannt, daß sich außerhalb des Pol.-Präsidiums am Alexanderplatz noch weitere Dienststellen in der Burgstr., Französische Str. oder Oranienburger Str. befunden haben sollen. Ich bin der Meinung, daß der Außendienst darüber mehr aussagen könnte.

Mir sind daher auch Namen von damaligen Judensachbearbeitern nicht bekannt gewesen.

Ich bin auch nicht mehr in der Lage irgend welche Namen von ehemaligen Mitarbeitern aus der Registratur zu benennen.

Ich stehe heute auch mit keinem ehemaligen Kollegen in Verbindung.

Ich möchte zum Abschluß noch betonen, daß der gegen mich erhobene Vorwurf <sup>mein</sup> völlig unverständlich erscheint.

Ich bin der Meinung, daß ich mir während meiner Zugehörigkeit zur Stapoleitstelle Berlin nie etwas habe zu Schulden kommen lassen.

Mir ist es damals, während meiner Tätigkeit bei der Abteilung Prokop niemals bewußt geworden, daß ich zur Deportierung und Ermordung jüdischer Bürger beigeholfen haben könnte.

... gelesen, genehmigt u. unterschrieben

Thieler  
.....

Geschlossen:

Thieler  
(Thieler), KM

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21, den 30. Dezember 1966  
Turmstraße 91

Fernruf: 35 01 11 App. 247

1 Js 9/65 (Stapoleit.Bln.)

Herrn  
Friedrich Eiche

24 Lübeck  
Fünfhausen Nr. 4

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der ehemaligen  
Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin,  
wegen Mordes (NS-Gewaltverbrechen)

Sehr geehrter Herr Eiche!

Der im Zuge der Ermittlungen aufgekommene Verdacht, Sie könnten  
an der Verschleppung und Tötung der Berliner jüdischen Bevölke-  
rung, die im Zeitraum von Ende 1941 bis Anfang 1945 stattfand,  
beteiligt gewesen sein, hat keine Bestätigung gefunden.

Ich habe deshalb das Verfahren eingestellt.

Hochachtungsvoll  
Im Auftrage

(Runge)  
Erster Staatsanwalt

Geheime Staatspolizei

staatspolizei-leit-stelle Berlin

Tab. Nr. IV C 3 - A 26/43

Berlin, den 8.3.1943

137  
8

Sachbearbeiter: Polizeiobersekretär Eiche

An das

## Reichssicherheitshauptamt

— Referat IV B 4 b-4 —

in Berlin

Betrifft: Vermögensverfall bei Juden auf Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 (RGBl. I S. 722 ff.)Bezug: Erlaß vom 12.12.42 - IV B 4 b 4 -- A 60Anlagen: Eine

Ich bitte, die Feststellung zu treffen, daß das Vermögen des (der) nachstehend aufgeführten Juden (Jüdin), der (die) zuletzt die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hat, auf Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 (RGBl. I, S. 722 ff.) dem Reiche verfallen ist.

1. Name: **A s c h e r**  
(bei Frauen auch Geburtsname)Vorname: **Albert Israel**  
(Rufname unterstreichen)2. Geburtstag: **26.7.1876**3. Geburtsort und Kreis: **Lessen**4. Letzter inländischer Wohnsitz: **Berlin, Elisabethstr. 7**  
(genaue Anschrift)5. Zeitpunkt der Abwanderung: **16.12.1935**

6. Inländische Vermögenswerte:

a) Art und Wert des Vermögens: **Lebensversicherung bei der Gothaer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit mit dem Rückkaufswert in Höhe von 1.558,70 RM, Versicherungs-Nr. 61132 G. (Ascher)**

*6. Juli 43*

b) Sicherstellung erfolgt? **ja**7. Angaben, ob Renten, Versorgungsgebühren usw. bezogen wurden und Einstellung der Zahlung veranlaßt ist: **keine**

Im Auftrage:

Vernehmungsniederschrift

Auf schriftliche Vorladung erscheint an der hiesigen Dienststelle der Rechtsanwalt

Dr. Emil Friedrich Karl Freisse,  
geb. 8.2.1908 in Ellrich/Harz,  
wohnhaft: Hamburg 43, Lauenburger Str. 7 I.

und macht nach einer eingehenden Vorbesprechung folgende Angaben:

"Der Grund meiner zeugenschaftlichen Vernehmung ist mir bekanntgegeben worden. Ich bin bereit, wahrheitsgemäße Angaben vor der Kriminalpolizei zu machen.

Ich bin insgesamt zweimal bei der Stapo-Leitstelle Berlin gewesen. Das erste Mal war ich ca. 4 Wochen als Assessor dort, Es muß kurz vor Kriegsausbruch gewesen sein, als ich im Rahmen meiner Ausbildung bei der Stapo-Leitstelle die verschiedensten Abteilungen durchlief.

Nach Beendigung des Polen-Feldzuges und einer kurzen Zeit in Warschau kam ich im Jahre 1940 das zweite Mal zur Stapo-Leitstelle Berlin. Ich glaube, daß ich das ganze Jahr 1940 über in Berlin bei der Stapo-Leitstelle tätig war.

Im Jahre 1939 war ich als "Durchläufer" in fast allen Abteilungen außer der Spionage-Abteilung tätig. Im Jahre 1940 bekam ich die Abteilung Ausländer-Überwachung zugewiesen, da ich mich für Sprachen interessierte.

Im Jahre 1939 war ich als Assessor bei der Stapo-Leitstelle Berlin tätig. Als ich im Jahre 1940 das zweite Mal zur Stapo-Leitstelle Berlin kam, war ich zwischenzeitlich zum Regierungsrat befördert worden. Während meiner weiteren Zugehörigkeit zur Stapo-Leitstelle Berlin wurde ich nicht befördert.

Wie ich bereits erwähnt habe, hatte ich die Abteilung Ausländer-Überwachung zu leiten. Welches Referatszeichen diese Abteilung trug, kann ich heute nicht mehr sagen. Mir standen 3 Sachbearbeiter (Kriminalkommissare) zur Verfügung, die Berichte über die in und um Berlin vorhandenen Ausländerlager schrieben. Diese Berichte wurden mir vorgelegt und ich leitete

sie an meinen Chef, den Oberregierungsrat Dr. Blume weiter."

Vorhalt: Herr Dr. Freise, Sie sollen nach Zeugenaussagen bei der Stapo-Leitstelle Berlin als Kriminaldirektor und Regierungsrat Leiter der Abteilung "E" (Abwehr) tätig gewesen sein und darüberhinaus auch in anderen Abteilungen Dienst versehen haben. Was können Sie dazu sagen?

Antwort: "Dazu möchte ich sagen, daß ich nie als Kriminaldirektor Dienst bei der Stapo-Leitstelle Berlin versehen habe. Ich war lediglich Verwaltungsjurist und bin nie in der Abt. E (Abwehr) tätig gewesen; nicht einmal informatorisch. Es ist möglich, daß ich auch einmal andere Abteilungen geleitet habe, aber dann lediglich aushilfsweise. Mein eigentliches Referat war die Ausländer-Überwachung."

"Ich bin nach dem Geschäftsverteilungsplan der Stapo-Leitstelle befragt worden. Zu dieser Frage kann ich heute keine detaillierten Angaben mehr machen. Ich kann mich jedoch erinnern, daß der Stapo-Leitstelle etwa 10-12 Unterabteilungen unterstellt waren. Soweit ich mich noch heute erinnern kann, waren es u.a. die Referate für Spionage, Sabotage, Kirchenangelegenheiten, Judenfrage, Freimaurerangelegenheiten usw. An die vorgenannten Referate kann ich mich noch erinnern, die anderen Referate sind mir nicht mehr gegenwärtig.

Zu jeder Abteilung gehörte ein Geschäftszimmer, das auch über entsprechende Karteien verfügte. Ich schätze, daß die Stapo-Leitstelle Berlin mit mindestens 100 Personen besetzt war.

Wie bereits erwähnt, gab es bei der Stapo-Leitstelle ein Juden-Referat, welches Referatszeichen dort geführt wurde, vermag ich nicht zu sagen. Ich kann auch nicht sagen, wer der Leiter bzw. der Stellvertreter des Juden-Referats war. Auch über die Aufgaben, die das Juden-Referat zu erfüllen hatte, kann ich keine Angaben machen.

Nach meinen damaligen Vorgesetzten befragt, muß ich erklären, daß ich mich noch an den Oberregierungsrat Dr. BLUME und an seinen Stellvertreter Oberregierungsrat Dr. LANGE erinnern kann. Ich vermute, daß sie die Leitung bzw. Führung der Stapo-Leitstelle Berlin hatten, da sie an der Spitze der Stapo-Leitstelle standen.

Ich habe heute keine Verbindungen mehr zu ehemaligen Kameraden und mir sind auch keine Anschriften von Kollegen aus der damaligen Zeit bekannt.

Ich bin bisher weder als Beschuldigter noch als Zeuge in einem anderen Verfahren ( Spruchkammer-, Ermittlungsverfahren u.a.) gehört worden.

Andere Angaben zu dem hier in Frage stehenden Sachverhalt kann ich nicht machen. Ich habe meine Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht."

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 12.15 Uhr

..... gelesen, für richtig befunden  
und unterschrieben

..... Kache, K.M.

Geschlossen:

Kache  
(Kache) KM

Generalstaatsanwalt b.d.  
Kammergericht Berlin

z.zt. Hamburg, den 21.2.1966

- 1 Js 9/65 -  
(Stapoleit. Bln.)

141  
47  
33

Gegenwärtig:

ESTA. Runge  
KM. Thieler  
Vernehmende

JA. Buff  
Protokollführerin

Vorgeladen erscheint

der Rechtsanwalt

Dr. Emil F r e i s e ,  
geb. 8.2.1908 in Ellrich/Harz,  
wohnhaft: Hamburg 43,  
Lauenburger Str. 7,

und erklärt:

Mit dem Gegenstand meiner Vernehmung wurde ich vertraut gemacht. Ich bin über mein Zeugnisverweigerungsrecht (§ 52 StPO) sowie darüber belehrt worden, dass ich die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, deren Beantwortung mich oder meine Angehörigen der Gefahr einer Strafverfolgung aussetzen würde (§ 55 StPO).

Zur Wahrheit ermahnt, bin ich bereit, auszusagen.

Die Niederschrift meiner am 19.7.1965 vor der Kriminalpolizei in Hamburg gemachten Angaben ist mit mir durchgesprochen worden. Ich bestätige die Richtigkeit dieser Aussage und führe ergänzend aus:

Wenn mir gesagt wird, dass meine Versetzung zum RSHA Amt VI lt. Befehlsblatt 48/41<sup>x</sup> mit Wirkung vom 6.12.1941 erfolgte, ich also bis zu diesem Zeitpunkt der Staatspolizeileitstelle Berlin angehörte, so kann das stimmen. Ich kann mich an die genauen Daten heute nicht mehr erinnern. Ich wiederhole, dass ich während meiner Zugehörigkeit zur Stapoleit Bln. immer nur Leiter des Referates "Ausländerüberwachung" war. An das Referatszeichen dieses Referates habe ich keine Erinnerung mehr. Wenn mir anhand des damaligen Telefonverzeichnisses gesagt wird, dass das Referat IV D 3a die Bezeichnung "Ausländer, Staatenlose und fremdvölkische Volkstumsfragen" trug, so kann ich das weder bestätigen noch verneinen. Wenn mich nicht alles täuscht, trug mein Referat die Bezeichnung "N" (Nachrichtenreferat). Die Diensträume meines Referates befanden sich, daran kann ich mich noch genauer erinnern,

Marieh., Biffi 7-  
14/4/7

34 43

nicht im Polizeipräsidium Alexanderplatz. Sie waren in einem anderen Gebäude untergebracht. Ich kann nicht mehr sagen, in welcher Strasse sich dieses Gebäude befand. Wenn mir gesagt wird, dass es sich um die Burgstrasse handelte, so könnte das stimmen. Mir fällt in diesem Zusammenhang ein, dass sich eine S-Bahn-Haltestelle in der Nähe befand.

Mir sind die Aussagen einiger Angehöriger der Stapoleit Bln. vorgelesen worden. Wenn in diesen Aussagen ausgeführt wird, dass ich anderen als dem von mir bezeichneten Referat "Ausländer" oder "Nachrichten" angehört haben soll - es ~~waren~~ <sup>Werden</sup> z.B. die Referate "Kommunismus" (IV A 1) und "Spionage" (IV E) genannt - so müssen sich diese Zeugen irren.

Hinsichtlich meines Tätigkeitsgebietes kann ich folgende Angaben machen:

Mir oblag die Überwachung der Angehörigen ausländischer diplomatischer Vertretungen sowie anderer ausländischer Volksgruppen, die noch in Berlin lebten. Ob hierzu auch die in besonderen Lagern untergebrachten ausländischen Arbeitskräfte gehörten, kann ich heute nicht mehr mit Bestimmtheit sagen. Mir unterstanden etwa 3 leitende Beamte (Kommissare oder Obersekretäre) sowie zwei Angehörige der Geschäftsstelle, und zwar eine Dame und ein Herr. An die Namen meiner Untergebenen kann ich mich nicht erinnern. Wenn mich nicht alles täuscht, war ein Bauer oder Baumann dabei. Mein Referat arbeitete in erster Linie mit sog. V-Leuten. Daraus ist erklärlich, dass ich so wenig Untergebene in meinem Referat hatte. Mit Rücksicht auf diesen Umstand bin ich fast sicher, dass die Überwachung der in Lagern untergebrachten ausländischen Arbeitskräfte nicht zu meinem Aufgabengebiet gehörte. Mein Referat unterstand unmittelbar dem damaligen Leiter der Leitstelle, Oberreg.Rat Dr. Blume. Aus diesem Grunde war mir ein Abteilungsleiter nicht übergeordnet. Dr. Blume musste ich regelmäßig, d.h. wöchentlich, schriftlich Bericht erstatten. Blume war es auch, der meine Versetzung zum Amt ~~IV~~ VI im RSHA veranlasste.

Noch während meiner Tätigkeit bei der Stapoleit Bln. wurde Dr. Blume von dem Oberreg.Rat. E-e-b Boven siepen abgelöst. Den genauen Zeitpunkt kann ich nicht mehr angeben. Anlässlich der Amtseinführung von Boven siepen wurden

3544

diesem alle Abteilungs- und Referatsleiter vorgestellt. Privat hatte ich keinen Kontakt zu ihm.

Wöchentlich einmal fanden im Polizeipräsidium Abteilungs- und Referatsleiterbesprechungen statt unter Vorsitz des Chefs der Leitstelle. An den Gegenstand dieser Besprechungen kann ich mich heute nicht mehr erinnern, es ist möglich, dass hierbei auch Exekutiveinsätze erörtert und angeordnet wurden. Mir wird in diesem Zusammenhang eine Mappe mit Lichtbildern ehemaliger Angehöriger der Stadtpolizei Bln. vorgelegt. Ich habe sie durchgesehen. <sup>die</sup> An folgende abgebildete Personen kann ich mich erinnern:  
Nr. 9: B o v e n s i e p e n,

Stellvertreter des Dr. Blume war zu meiner Zeit der Oberreg. Rat Dr. Lange. Es handelte sich um einen grossen, schlanken Mann mit Schmissen im Gesicht. Ein Oberreg. Dr. Stalmann ist mir nicht bekannt geworden.

Auf Befragen: Dienstliche Aufträge und Weisungen erhielt ich unmittelbar von Dr. Blume. Ob Weisungen des RSHA über Dr. Blume oder direkt zu mir gelangten, kann ich nicht sagen. Ich halte es nicht für möglich, dass das RSHA mir unmittelbar Weisungen erteilte.

Auf Befragen: Ich bin sicher, dass der Leiter der Leitstelle Berlin von allen durchgeföhrten Exekutivmassnahmen Kenntnis hatte. Das ergab sich aus der Tatsache seiner leitenden Funktion. Jedenfalls ist mir gegenständiges niemals bekannt geworden.

Mir war bekannt, dass es, und zwar auch schon zu meiner Zeit, d.h. während meiner Tätigkeit bei der Stadtpolizei Bln., ein Referat gab, das sich mit Judenangelegenheiten befasste. Wo sich die Diensträume dieses Referates befanden, kann ich nicht sagen. Mit den Angehörigen des Judenreferates hatte ich weder privat noch dienstlich Kontakt. Ich kann deshalb auch keine Namen von Angehörigen des Judenreferates nennen. Dass Juden in östliche Vernichtungslager deportiert worden, ist mir während meiner Tätigkeit bei der Stadtpolizei Bln nicht bekannt geworden. Das hörte ich erst viel später, und zwar während meiner Tätigkeit im Ausland.

36 85 144

A.B.: Dass die nach dem Osten deportierten Juden ermordet oder getötet wurden, erfuhr ich während meiner Auslandstätigkeit. Das mag im Jahre 1943 gewesen sein. Während meiner Tätigkeit als stellv. Leiter der Leitstelle München bin ich mit Judenangelegenheiten nicht in Berührung gekommen. Ich möchte glauben, dass zu diesem Zeitpunkt keine Deportationen mehr stattfanden. Im übrige bemerke ich, dass ich nur etwa drei Monate in München Dienst tat. Anschliessend wurde ich zur Kripoleit Bln. versetzt.

A.B.: Nachdem mir mitgeteilt worden ist, dass die Deportationen jüdischer Bürger Berlins im Oktober 1941 einsetzten, erkläre ich auf entsprechende Frage, dass mir nicht erinnerlich ist, in den Monaten Oktober und November 1941 an Abteilungsleiter und Referatsleiterbesprechungen teilgenommen zu haben, bei denen über Judentransporte gesprochen wurde. ~~In diesem~~  
- ~~Punkte ist meine Erinnerung ganz zuverlässig~~

Der Vollständigkeit halber gebe ich noch an, dass ich von Juni 1938 bis etwa Juni oder Juli 1939 stellv. Leiter der Stapoleit Osnabrück war.

selbst gelesen, genehmigt, unterschrieben:

... *Runge* ...

gez. Runge

gez. Thieler

gez. Buff

Abschrift.

Landgericht Berlin

z.Z. Hamburg, den 25. April 1967

Der Untersuchungsrichter IV

Az.: 4 VU 2/67In der Voruntersuchungs-  
sache

Gegenwärtig:

gegen

Landgerichtsdirektor Klamroth,

Justizangestellte Mustroph Boven siepen u.A.  
als Protokollführerin

Es erscheint auf Vorladung der Zeuge Dr. Emil Freise.

Nach Belehrung gem. §§ 52 und 55 StPO erklärte er:

Z.P.: Ich heiße Dr. Emil Freise, von Beruf Rechtsanwalt, 59 Jahre alt, wohnhaft in Hamburg, Lauenburgerstr. 7, mit den Angeklagten nicht verwandt und nicht verschwägert.

Z.S.: Nachdem ich meine Aussage vom 21. Febr. 1966 durchgelesen habe, kann ich diese Aussage mit der Maßgabe nach Form und Inhalt zum Gegenstand meiner richterlichen Anhörung machen, daß ich nicht sagen kann, daß die erwähnten Besprechungen wöchentlich stattgefunden haben. Es haben solche Besprechungen stattgefunden; ihre Häufigkeit hat sich nach dem Bedarf gerichtet. Die Besprechungen, die ich hier meine, fanden in einem großen Raum statt. An ihnen nahmen alle teil bis zum Referatsleiter. Ganz sicher ist bei solchen Gelegenheiten niemals ein Vorgang besprochen worden, der als geheime Reichssache galt. Diese Geheimsachen sind nur mit denen besprochen worden, die es anging. Neben diesen großen Besprechungen haben sicher auch Besprechungen im kleinen Kreis stattgefunden, wie es eben im Rahmen der Leitung einer solchen Behörde zu

sein pflegt.

Als ich bei Stapoleit, Berlin, war, saß mein Referat in der Burgstraße. Mit Sicherheit kann ich sagen, daß das Judenreferat zu dieser Zeit dort nicht ansässig gewesen ist. Erst heute aus dem mir gezeigten Telefonverzeichnis habe ich erfahren, daß dieses Referat später zur Burgstraße umgezogen ist.

Einzelheiten wie Gemeinde- und Fabrikaktion, Brunner-Leute und Ausstellung "Sowjet-Paradies" höre ich heute zum erstenmal. Der Begriff "Endlösung" ist mir erst nach dem Kriege bekanntgeworden. Von "Sonderbehandlung" habe ich dagegen schon damals gelegentlich in der Zeitung gelesen, und zwar nicht etwa dienstlich, sondern als ziviler Zeitungsleser.

In diesen seltenen Fällen hat es sich auch nicht etwa nur um Juden gehandelt. Ich kann nicht einmal sagen, ob überhaupt Juden betroffen waren. Ich habe in Erinnerung Gewohnheitsverbrecher. Von diesen hieß es, sie seien auf der Flucht erschossen worden.

Über die Einwirkung der Zentrale auf die Stapoleitstelle befragt, kann ich nur sagen, daß ich damals, als ich noch bei Stapoleit, Berlin, war, ja noch Assessor bzw. junger Rat gewesen bin. Ich kann also von mir aus sagen, daß ich mich niemals direkt an die Zentrale gewandt habe. Meine Vorgesetzten saßen am Alexanderplatz. Auch umgekehrt ist es nicht vorgekommen, daß sich die Zentrale etwa direkt an mich gewandt hätte. Mein Vorgesetzter

- 3 -

war Dr. Blume. Ihm habe ich berichtet. Was er dann weiter gemacht hat, war seine Sache. Ebenso umgekehrt habe ich Weisungen nur von ihm bekommen. Ich kann selbstverständlich nur für meinen Dienstbereich sprechen. Ob andere Referate in dieser Beziehung andere Erlebnisse gehabt haben, weiß ich nicht. In meiner Gegenwart ist auch niemals davon die Rede gewesen. Auch als ich später bei der Zentrale gewesen bin, d.h. beim Amt VI, habe ich weder gesehen noch gehört, daß in die Arbeit der Stapo-Stelle eingegriffen wäre. Hier muß ich allerdings betonen, daß das Amt VI eine Sonderrolle gespielt hat. Es handelte sich um reinen Nachrichtendienst. Ein Nachrichtendienst ist schwer in eine Behörde zu pressen. Meinen Hauptsitz Berlin hatte ich überhaupt nur bis etwa Mitte 1942. Auch diese Zeit war durch viele Dienstreisen unterbrochen. Später war ich dann nur noch im Ausland eingesetzt.

Da meine Verbindung zur Behörde nur locker gewesen ist, kann es durchaus sein, daß es Zeugen geben kann, die möglicherweise andere Erfahrungen gemacht haben.

Danach befragt, wer eigentlich ausländische Rundfunksendungen und ausländische Presse nachrichten verfolgt und ausgewertet hat, so möchte ich dazu meinen, daß dies eine Aufgabe der Zentrale gewesen ist. Die Stapo-Stellen hätten dazu schon rein technisch wohl keine Möglichkeit gehabt. So stelle ich es mir jedenfalls vor; denn von dieser Überwachungsstelle habe ich we-

- 4 -

der etwas gehört noch gesehen. Mein Amt war damit nicht befaßt; wir hatten nur mit Einzelfällen zu tun.

Selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

gez. Dr. Emil Freise.

gez. Klamroth

gez. Mustroph.

Mitglieds Nr. 1575711

Vor- und Zuname

Fießler

-6-  
149

Geboren 14.5.00 Ort B.

Beruf Pal. Beamt. Ledig, verheiratet, verw.

Eingetreten 1.4.33

Ausgetreten

Wiedereingetr.

Wohnung B. 131 Waldfriedstr. 6

Ortsgr. Berlin Gau Berlin

Wohnung

Ortsgr. Gau

# R. u. S.-Fragebogen

(Von Frauen sinngemäß auszufüllen!)

Name und Vorname des H. Angehörigen, der für sich oder seine Braut oder Ehefrau den Fragebogen einreicht:

Feecher, Alfred - 7

Dienstgrad: SS-Beob. H.-Nr. ...

Sip. Nr. ...

Name (leserlich schreiben): F i e d l e r , Alfred

in H seit ... Dienstgrad: SS-Beob. H. Einheit: SS Berlin

in SA von ... bis ..., in SS von ... bis ...

Mitglieds-Nummer in Partei: 1 576711 H.Nr.: ...

geb. am 14. Mai 1900 zu Berlin Kreis: Berlin

Land: Deutsches Reich jetzt Alter: 41 Jahre Glaubensbekenntnis: ggl.

Jetziger Wohnsitz: Berlin N 113 Wohnung: Aalesunderstr. 6

Beruf und Berufsstellung: Kriminalsekretär- Staatspolizeileitstelle Berlin

Wird öffentliche Unterstützung in Anspruch genommen? nein

Liegt Berufswechsel vor? nein

Außerberufliche Fertigkeiten und Berechtigungsscheine (z. B. Führerschein, Sportabzeichen, Sportauszeichnung):  
Sportabzeichen- Prüfung für Wehrabzeichen bestanden.

Staatsangehörigkeit: Reichsdeutscher

Ehrenamtliche Tätigkeit: keine

Dienst im alten Heer: Truppe Pionier von 21.6.18 bis 22.11.18

1. Minw. Reg. Markendorf von ... bis ...

Freikorps von ... bis ...

Reichswehr von ... bis ...

Schupolizei Berlin von 16.4.23 bis 26.9.35

Neue Wehrmacht von ... bis ...

Letzter Dienstgrad: Pionier- Polizeioberwachtmeister-

Frontkämpfer: 11 bis ...; verwundet: ...

Orden und Ehrenabzeichen, einschl. Rettungsmedaille: Kriegsteilnehmerkreuz

Personenstand (ledig, verwitwet, geschieden - seit wann): verheiratet seit 18.3.33

Welcher Konfession ist der Antragsteller? gottgläubig die Würstige Braut (Ehefrau)? gottgl.  
(Als Konfession wird auch außer dem herkömmlichen jedes andere gottgläubige Bekennnis angesehen.)

Ist neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung vorgesehen? Ja - nein.

Hat neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung stattgefunden? Ja - nein.

Gegebenenfalls nach welcher konfessionellen Form? evangelisch

Ist Ehestands-Darlehen beantragt worden? Ja - nein.

Bei welcher Behörde (genaue Anschrift)? 11

Wann wurde der Antrag gestellt? 11

Wurde das Ehestands-Darlehen bewilligt? Ja - nein. 11

Soll das Ehestands-Darlehen beantragt werden? Ja - nein. 11

Bei welcher Behörde (genaue Anschrift)? 11

## Lebenslauf:

(Ausführlich und eigenhändig mit Tinte geschrieben.)

Am 14. Mai 1900 wurde ich in Berlin, als Sohn des  
 Papierhändlers Franziska Fiedler und seiner Ehefrau Maria, geb.  
 Zehn geboren. Von 6. bis 11. Lebensjahr besuchte ich die 209.  
 Grundschule in Berlin, und war ich im Jahr 1914 sechster  
 Oberklasse ausgestiegen. In der Zeit vom 1. 10. 14 bis zum 15. 3. 15  
 nahm ich an einem Rennwettbewerb Rennfahrt auf einem Gaukt-  
 wagen teil und hat am 16. 3. 15 bei der Alten Försterei Bank  
 in Berlin alle Lizenzen für niedrig. Höchstens vierzig jährig.  
 Seit 1915 Bank besuchte ich die 4. Fortbildungsschule bis Kauf-  
 mende. Im Herbst 1916 kehrte ich wieder in meine Schule zurück  
 und wurde am 30. 12. 16 auf eigenen Wunsch ausgestiegen.  
 Der Grund meiner Rückkehr lag darin, daß ich später bald  
 möglichst baldmöglichst bei dem Unternehmen seines Vaters in der  
 Kapitänsschule. Ich fahrt die Abfahrt Frankfurt und kehrte zu  
 meinem Vater zurück. Am 3. 1. 17 trat ich dann in das Königl. Fric-  
 cocks' laboratorium in Spandau ein, wo ich seit jenem 11. 8. 17  
 arbeite. Zwar 28. 8. 17 bis zum 5. 9. 17 war ich bei der Firma  
 Norddeutsche Metallwaren - Bla - Pressefabrik und wurde  
 dort den Herstellung von patenten Granatenarten Rücksicht.  
 Meine Beurteilung dieser Tätigkeit war ich nicht zufrieden.  
 In der Beurteilung war ich sehr bewußt nicht. Ich erfuhr  
 einen abfahrtlichen Erfolg mit dem Granaten, daß  
 eine schlechtere Form als die Form, die ich für die Beurteilung abge-  
 lehnt werden müßte. Am 5. 11. 17 trat ich nach vorliegen  
 Meines Erfolgsberichts als Hilfsarbeiter bei der Riedelbrücke  
 in Berlin - Oberschöneweide ein. Dieser Arbeit in der Riedelbrücke  
 und später im Zigarettenfabrik tätig. Am 21. 6. 18 wurde ich als  
 Krieger zum 1. Bismarck'schen Reg. Markendorf weisung.  
 Mit dem 21. 11. 18 wurde ich auf dem Posten eingesetzt und  
 hat nunmehr bei der Reichspostdirektion in Berlin. Ich habe  
 geboren am 15. 4. 23 seit und habe am 16. 4. 23 als Polizei

ausässt in der Polizei in Braunschweig 92. zw. Im Nov.  
nach dem 1923 wurde ich nach Überprüfung eines Prüfers nach  
Bremen zu Pol. Inspr. Eckendorf versetzt. 1934 erfolgte meine  
Beförderung zur Polizeiinspektorin. Hierzu wurde ich zu einer Über-  
prüfung in den Dienst der Stadtpolizeileitstelle Bremen auf-  
gefordert. Erneut fand ich die Polizeiinspektorin in ein offiziellstem  
Merkblatt als Bezeichnung für mich und den Brauchs nach hier-  
zuliegender Tätigkeit. Am 26.9.35 erfolgte meine Ernennung  
als Pol. a. Pr. für Steph. Im Jahr 1940 wurde ich  
zum Pol. Sch. befördert. Ich gehörte j. H. der Stadtpolizei-  
leitstelle Bremen, Abt. 22 an.

Im Jahr 1953 fand ich mich mit Ulla, geb. Gieseke ver-  
heiratet. Mitglied der K.S.D.K.P. bin ich seit dem 1.4.33  
Bis 1933 mein Jahr 1933 gehörte ich an jener K.S.P. an, in  
der ich vorerst begann als Prüfer in der Abteilung Pol-  
kommunikation der Polizeiinspektion Bremen tätig war.  
Soviel wie ich weiß und K.S.P. bin ich seit dem  
Jahr 1938.

Alfred Fiedler,

Raum zum Aufleben der Lichtbilder.

- 20 -



LKP-Stelle Stade  
Krim.-Insp.II

Gnarrenburg, den 15.6.1965

114  
16

V e r h a n d e l t

Aufgesucht in der Wohnung, erscheint der  
Kriminalsekretär a.D.

Alfred Hermann Gustav Fiebler,  
geb. am 14.5.1900 in Berlin,  
wohnhaft in Gnarrenburg, Kollberger Str. 14,

und erklärt:

Der Gegenstand meiner Vernehmung wurde mir durch eine  
Vorbesprechung bekanntgegeben. Ich möchte zu den gestellten  
Fragen ausagen.

Ich bin in Berlin geboren und auch aufgewachsen. Ich habe  
in Berlin die Volksschule besucht und bin aus der Oberklasse  
entlassen worden. Anschließend, und zwar vom 1. Okt. 1914 bis  
15.3.1915 besuchte ich die Handelsschule. Vom 16.3.1915 bis  
zum 30.12.16 arbeitete ich bei der Darmstädter Bank in  
Berlin als Bürogehilfe. Im Anschluß an diese Tätigkeit  
war ich bei einer Metallwaren-Firma und in der Reichs-  
druckerei - beide Berlin - beschäftigt.

Am 21.6.1918 erfolgte meine Einberufung zum Militär.  
Bei Kriegsende wurde ich entlassen. Ich nahm dann wieder  
die Arbeit bei der Reichsdruckerei auf. Am 16.4.23 trat  
ich in die Polizei ein.

Über meine Einstellung und späteren Tätigkeit bei der  
Gestapo kann ich folgende Angaben machen:

Am 26.9.1935 wurde ich auf Grund eines Gesuches um  
Übernahme in die Kriminalpolizei zur "Geheimen Staats-  
polizei" einberufen bzw. abgeordnet.

Ich möchte erwähnen, daß ich mich nur bei der Kriminal-  
polizei beworben habe und ohne mein Zutun zur Gestapo  
einberufen wurde.

Ich war zum damaligen Zeitpunkt Versorgungsberechtigter.

115

Meine Einstellung erfolgte bei der Staatspolizeileitstelle Berlin. Ich wurde ~~nefekt~~ bei meiner Einstellung sofort dem Wirtschaftsdezernat überstellt. Dieses Dezernat war eine Unterabteilung der Leitstelle.

Ich wurde als Krim.-Assistent a.P. eingestellt.

Am 1.10.1936 wurde ich zum Krim.-Assistent und am 1. Febr. 1940 zum Krim.-Sekretär befördert.

Während meiner Zugehörigkeit zu der erwähnten Dienststelle bearbeitete ich Wirtschaftsvergehen. Es handelte sich hierbei um Vergehen, die beim Fleisch- Obst- und Gemüsemarkt anfielen.

Soweit ich mich heute noch erinnern kann, hatte meine Dienststelle die Bezeichnung " IV B " .

Über den Geschäftsverteilungsplan kann ich keine Angaben machen. Hierüber müßten ehem. Referatsleiter Auskunft geben können.

Das Referatszeichen des sogenannten " Judenreferats " ist mir nicht bekannt.

Die Leiter und Stellvertreter dieses Referats sind mir ebenfalls nicht bekannt.

Auch die Aufgaben des Judenreferats waren mir nicht bekannt.

Mein erster Vorgesetzter beim Wirtschaftsdezernat war ein Krim.-Kommissar Scholz. Scholz wurde später von dem Reg.-Rat Dr. Scharpwinkel als Leiter abgelöst. Der Nachfolger von Dr. Scharpwinkel war ein Reg.-Rat Rothmann, der z.Z. in Oker/Harz eine Anwaltspraxis unterhält.

Rothmann war mein letzter Vorgesetzter.

Die Vorgesetzten überwachten die Ein- und Ausgänge der Vorgänge.

Ich habe keine Verbindungen zu ehem. Kameraden und Vorgesetzten.

Mir sind auch keine Anschriften von ehem. Kameraden bekannt.

Am 20.5.43 wurde ich zur Feldpolizei einberufen, der ich bis zum Zusammenbruch angehörte. Ich kam in Rimini /Italien in engl. Kriegsgefangenschaft, aus der ich im Okt. 1945 entlassen wurde, bzw. dem Munsterlager überstellt wurde. Von dort

kam ich in das Internierungslager Sandbostel, Kr. Bremervörde. Am 7. Dez. 1947 wurde ich nach Kuhstedt, Kr. Bremervörde, entlassen.

Meine Entnazifizierung erfolgte bei dem Entnazifizierungshauptausschuß in Stade. Ich wurde in die Gruppe "Entlasteter" eingestuft.

Bei dem Spruchkammerverfahren, das vor der Entnazifizierung gegen mich eingeleitet worden war, wurde ich zu 4000.-DM Geldstrafe verurteilt. Diese Strafe war aber durch die Internierung abgegolten.

v. g. u.

.....  
Alfred Fiedler

Geschlossen:

.....  
Kriminalobermeister

Verhandelt:

30

Vorgeladen erscheint der KS d.D.

Alfred F i e d l e r,  
14.5.00 in Berlin geb.,

Gnarrenburg Kr. Bremervörde, Kolberger Str. 14 whft.

und erklärt:

Mit dem Gegenstand meiner Vernehmung wurde ich vertraut gemacht. Ich bin über mein Zeugnisverweigerungsrecht (§ 52 StPO.) sowie darüber belehrt worden, daß ich die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, deren Beantwortung mich oder meine Angehörigen der Gefahr einer Strafverfolgung aussetzen würde (§ 55 StPO.). Zur Wahrheit ermahnt bin ich bereit auszusagen.

Die Niederschrift meiner am 15.6.1965 vor der Kriminalpolizei Stade gemachten Angaben ist mit mir durchgesprochen worden.

Ich bestätige die Richtigkeit dieser Aussage und führe ergänzend aus.

Bezüglich meines Lebenslaufes habe ich in meiner ersten Vernehmung ausführliche Angaben gemacht.

Es trifft zu, daß ich am 1.4.1933 der damaligen NSDAP beigetreten bin. Ich war niemals Mitglied der SS, sondern erhielt lediglich als sogn. Angleichungsdienstgrad die Bezeichnung "SS-Bewerber". Im übrigen verweise ich auf einen von mir handgeschriebenen Lebenslauf aus dem Jahre 1941, der mir nochmals vorgelesen worden ist und in allen Punkten der Wahrheit entspricht.

Es trifft zu, daß ich am 26.9.1935 auf Grund eines Gesuches zwecks Einstellung für den Kriminalpolizeidienst gegen meinen Willen zur Staatspolizei einberufen worden bin. Wenn mich nicht alles täuscht, war zum Zeitpunkt meines Eintritts ein KR S o w a Leiter dieser Dienststelle. Ich kann die Reihenfolge der einzelnen Dienststellenleiter heute nicht mehr mit Sicherheit angeben. Ich kann mich lediglich an die Namen Dr. Müller, Kanstein, Panzinger, Blume, Dr. Stalmann, Dr. Chantre und Bovensiepen erinnern.

Als letzten Leiter der Stapoleitstelle Berlin ist mir lediglich der SS-Stubaf B o v e n s i e p e n bekannt, denn am 20.5.1943 wurde ich zur Feldpolizei einberufen. Einen Leiter der Stapoleitstelle Bln. namens B o c k habe ich nicht mehr kennengelernt.

Wie aus meinem handgeschriebenen Lebenslauf aus dem Jahre 1941 ersichtlich ist, habe ich der Abteilung D 2 angehört. Mir ist in Erinnerung, daß zu meiner Zeit alle Abteilungen der Stapoleitstelle Berlin mit einem großen Buchstaben bezeichnet wurden. Lediglich Abt. Personal und Verwaltung bzw. Wirtschaft führten schon von Anfang an die Bezeichnungen I und II. Leiter der Pers.-Abteilung war der damalige PR J u n g. Mir ist noch in Erinnerung, daß ein KOS Albrecht B e h m im Vorzimmer saß. Über sein Schicksal ist mir nichts bekannt geworden. Leiter der Abteilung II - Verwaltung und Wirtschaft - war der PR L e s s m a n n. Ich habe während meiner dienstlichen Tätigkeit bei der Stapoleitstelle Bln. nicht gehört, daß ~~MEIN~~ der Vorgenannte versucht haben soll, sich das Leben zu nehmen. Ob L e s s m a n n auch mit der Verwaltung beschlagnahmter jüdischer Vermögenswerte zu tun hatte, weiß ich nicht.

Ich kann heute nicht mehr sagen wie die einzelnen Exekutivabteilungen bezeichnet wurden. Ich war von Anfang an bis zu meiner Versetzung zur Feldpolizei immer auf dem Sachgebiet "Wirtschaftsvergehen - und Wirtschaftsverbrechen" bzw. "Bestechung und Komption" tätig.

Ich kann heute nicht mehr mit Sicherheit sagen, ob das vorerwähnte Sachgebiet die Dienststellenbezeichnungen IV B 4 oder D 2 trugen. Die Dienststelle befand sich im Gebäude des Polizeipräsidiums Alexanderplatz, 1. Stock. Nach meiner Zeit zog diese Dienststelle nach dem Kurfürstendamm um. Dort besuchte ich einmal meine Kollegen während eines Urlaubes.

Auf Befragen:

Ich kann heute nicht mehr mit Sicherheit sagen, wer während meiner Zeit zeitlich gesehen jedes Mal der Unterabteilung Wirtschaft vorgestanden hat. Ich kann mich noch an die Namen KR S c h o l z, Vorname unbekannt, und Reg.-Ass. S c h a r p w i n k e l, ebenfalls Vorname unbekannt, erinnern, welchervor dem Kriege Leiter dieses Sachgebietes waren. An den Namen W ö r l e kann ich mich nicht erinnern.

Etwa 1941 bis 1942 war der ORR R o t h m a n n Leiter der vorerwähnten Unterabteilung.

Meiner Erinnerung nach war ein KOS Richard Stein immer im Geschäftszimmer tätig, das heißt bis zu meinem Weggang 1943. Vorher war er ebenfalls Sachbearbeiter.

Stein hatte auch die Aufgabe, Vorgänge auf die einzelnen Sachbearbeiter zu verteilen. Er wohnte damals in der Nähe vom Ostkreuz. Sein Schicksal ist mir ebenfalls unbekannt.

Folgende Namen von damaligen Kollegen, welche ebenfalls auf dem gleichen Sachgebiet tätig waren, sind mir namentlich noch in Erinnerung:

Bia st o ch, Willi, KS,

Schicksal unbekannt, wohnte damals am Prenzlauer Berg.

Treb b i n, Franz, KS,

war damals schon im vorgeschnittenen Alter und dürfte heute schon verstorben sein.

R a m m, Ernst, KS,

sein Schicksal war mir bis heute unbekannt.

G r a m s c h, Vorname unbekannt, KS,

Schicksal unbekannt.

S e i b t, Willi, KS,

ist etwa 1939 zur Wehrmacht eingezogen worden und später als Hauptmann im Osten gefallen. Er war etwa Jahrgang 1902 oder 1903.

S ch e w e, Willi, KS,

Schicksal unbekannt.

Von den mir hier vorgelesenen Namen sind mir noch folgende in Erinnerung, ohne daß ich über diese Personen nähere Einzelheiten angeben kann:

KS D r e w i t z, KA G r ü n e w a l d, KK-Anw. T u t t a s, KOS Arthur D r ä g e r.

Der Name Lias to sagt mir gar nichts. Es dürfte eine Verwechslung sein mit dem Namen Bia st o ch.

KS Helmut K r ä m e r - stammte meines Wissens aus Leipzig.

Ich erinnere mich noch an einen KR Erich M ö l l e r, der ein sogen. Boxergesicht hatte. Ich kann heute nicht mehr sagen, welche Funktion M ö l l e r bei der Stapoleitstelle Berlin hatte.

Mir wird eine Mappe mit Lichtbildern ehem. Angehöriger der Stapoleitstelle Berlin zur Durchsicht vorgelegt. Mit Sicherheit erkenne ich folgende Personen wieder:

Bild Nr. 8 - B l a s k o - war beim Erkennungsdienst

" " 16 - K r e l l - habe ich anlässlich von Absperrungen beim Schutzdienst kennengelernt. Daß er beim Judenreferat gewesen sein soll, weiß ich nicht.

160  
22  
33

- Bild Nr. 23 - Möller, Erich - bereits erwähnt  
" " 32 - Prokop, PR - ich glaube mich erinnern zu können, daß er mit Verwaltungsangelegenheiten zu tun hatte.  
" " 37 - Rothmann - Reg. Rat., bereits erwähnt  
" " 41 - Schewe, Willi, KS, bereits erwähnt  
" " 45 - Schubert, Vorname unbekannt, beim Dauerdienst kennengelernt.  
" " 53 - Sobottke, Vorname unbekannt, Dauerdienst.  
" " 64 - Ramm, Ernst, KS, bereits erwähnt.  
" " 66 - Chantre, Reg. Rat, zeitlang stellvertr. Leiter Zeitpunkt unbekannt.  
" " 67E - Rottau, PR, Schutzhaftdezernent  
" " 79 - Gans, KR, Abt. Abwehr

Die vorerwähnten Stein, Schewe und ich waren die Sachbearbeiter für größere Verstöße gegen die damalige Kriegswirtschaftsordnung.

In der Regel wurden die Vorgänge bis zur Abgabe an die Staatsanwaltschaft bei uns bearbeitet.

Von uns wurden hauptsächlich die Großmarkthallen, Viehschlachthöfe und Wirtschaftsverbände überprüft.

Größere Verstöße gegen die Kriegswirtschaftsverordnung wurden dem RSHA zur Weiterbearbeitung übersandt. Damit waren die Ermittlungsvorgänge gemeint, die im Zusammenhang mit anderen Behörden standen.

Es kam auch vor, daß Beschuldigte auf Antrag des Dezernenten beim RSHA ~~überführt wurden~~ eingewiesen wurden. In diesem Zusammenhang ist mir das Arbeitslager in Wuhlheide bekannt geworden. Ich selbst war niemals dort gewesen.

Ich wußte aber, daß sogenannte Bummelanten und Arbeitsverweigerer dort eingewiesen worden sind. Diese Vorgänge sind jedoch nicht bei und bearbeitet worden.

Auf Befragen:

Rothmann war zu der Zeit Dezernent und mußte ebenfalls bei Besprechungen beim Stopoleiter die Einweisungen vorgeschlagen haben.

Soweit ich mich erinnern kann, hat der PR Rottau die jeweiligen Schutzhaftbefehle ausgestellt.

Auf Befragen:

Es trifft zu, daß ~~mir~~ ich einige Male zusätzlich beim Dauerdienst Dienst versehen habe.

Mir ist hier die Kopie einer sogenannten Einziehungsverfügung vorgelegt worden, und zwar als Muster.

Ich erkläre, daß mir derartige Einziehungsverfügungen ~~niemals~~ niemals bekannt geworden sind.

Zwischenvermerk:

Ich bin nochmals über mein Zeugnisverweigerungsrecht (§ 55 StPO) hingewiesen worden,

Ich habe niemals solche Einziehungsverfügungen mit meinem Namen unterschrieben.

Judenverfolgung:

Mir war bekannt, daß es bei der Stapoleitstelle Berlin ein sogenanntes Judenreferat mit dem Sitz in der Burgstr. gab. Soweit ich mich noch erinnern kann, war ein gewisser Kunz Leiter des Judenreferates. Er sprach etwa bayerischen Dialekt. Irgend wann habe ich mal erfahren, daß die KOS Prüfer und Lukasius im Vorzimmer des Kunz gesessen haben sollen. Lukasius ist mir noch in Erinnerung, weil er innerhalb unserer Abteilung Parteangelegenheiten bearbeitet hat. Zu welchem Zeitpunkt er zum Judenreferat versetzt worden ist, weiß ich nicht mehr.

Ich hatte später mit ihm keinen Kontakt mehr. Namen weiterer Sachbearbeiter des Judenreferates sind mir nicht bekannt gewesen. Ich hatte weder dienstlichen noch privaten Kontakt mit diesen Leuten, daher kann ich mich auch an die Namen, die mir hier vorgesehen worden sind, nicht erinnern.

Ich kann heute nicht mehr den Zeitpunkt benennen, als man die ersten Berliner Juden aus ihren Wohnungen abholte und zur Synagoge Levetzowstr. brachte.

Ich selbst bin einige Male, wie alle anderen auch, von Stein zu diesen Abhol-Aktionen eingeteilt worden.

Es trifft nicht zu, daß sich meine Kollegen nach diesen Abhol-Aktionen gedrängt haben sollen, um dann am darauffolgenden Tage Dienstfrei zu erhalten. Meines Wissens nach haben alle Angehörigen des Exekutivdienstes an diesen Aktionen teilgenommen.

Die jeweiligen Anschriften der abzuholenden Juden bekamen wir von dem KOS Stein. Es waren vorgedruckte Formulare. Die betreffenden Juden sind vorher schon alle von einer mir nicht bekannten Institution benachrichtigt worden. Sie konnten ihr Handgepäck mitnehmen. Ob darunter auch Schmuck und Wertsachen zu verstehen waren, weiß ich nicht. Von uns wurde das Gepäck in keinem Falle kontrolliert. Die Wohnung wurde anschließend von uns versiegelt. Die Wohnungs-schlüssel verblieben beim jeweiligen Hausverwalter oder Portier. Wir hatten lediglich nur die Aufgabe, die Juden im Lager Synagoge Levetzowstr. abzugeben, und zwar am Eingang. Weiter kamen wir nicht. Unter dem Eingang ist eine größere Vorhalle zu verstehen gewesen. Es kann auch der Betraum gewesen sein. Dort standen einige Tische, an denen die Juden registriert wurden. Es trifft zu, daß ich einen kurzen Einblick im Aufnahmerraum gehabt habe. Ich habe dort dienstlich tätige Angehörige der Stapoleitstelle Berlin gesehen, so z.B., den nach meiner heutigen Erinnerung verantwortlichen Organisator KOS Peter und wenn mich nicht alles täuscht auch den KR Erich Möller. Ich glaube mich auch erinnern zu können, den PR Lessmann dort gesehen zu haben, der ~~Hörer~~ in der Synagogenhalle umherlief. Ich habe nicht gesehen, daß Juden mißhandelt oder beschimpft worden sind. Was mit den Juden dann weiterhin geschah, wußte ich zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Auf Befragen:

Uns Angehörigen der Stapoleitstelle Berlin hat man erzählt, daß die Juden als lästige Menschen in die besetzten Ostgebiete umgesiedelt werden. Dort sollten sie angeblich zu Aufräumungsarbeiten herangezogen werden.

Das wahre Schicksal der deportierten Juden habe ich erst während meiner englischen Gefangenschaft erfahren, als man uns dort einen Film über Vernichtungslager zeigte. Das war etwa im Oktober 1945.

Auf Befragen:

Von den sogenannten Fabrik - Aktionen Anfang 1943 ist mir nichts bekannt geworden.

selbst  
.....gesehen, genehmigt u. unterschrieben

gez. Alfred Fiedler

.....

Geschlossen:

gez. Thieler

(Thieler), KM

Der Polizeipräsident in Berlin  
I A - KI 2 - 71 /65

1 Berlin 42, den 14.9.1965

Tempelhofer Damm 1-7

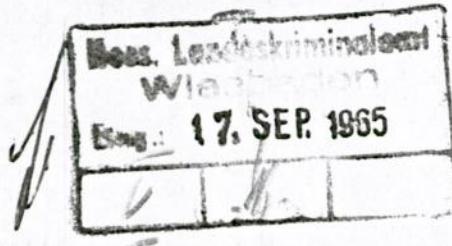
Tel.: 66 00 17 App.: 3017

B.I.M. 885

An

Hessisches Landeskriminalamt  
ABT! V/SK  
z.H.v.Herrn KOK Wallthe  
o.v.i.A.

62 Wiesbaden  
Bahnhofstr. 27



Betr.: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des/r Staapo-  
leit.Bln. RSHA wegen Mordes - NSG -  
(GStA bei dem Kammergericht Berlin 1 Js 9/65 )

Für das o.a. Ermittlungsverfahren ist die Feststellung des  
jetzigen Aufenthaltes, der gegenwärtigen Wohnanschrift, bzw.  
des Schicksals der nachgenannten Person erforderlich:

Hier nicht pol. gemeldet  
PAS KEINE GANS

(Name)

..... Karl .....

(Vorname)

29.8.93. in Berlin .....

(Geburtstag- ort)

1939: Bln.-Neukölln, Elbingeroder  
(letzte bekannte Anschrift)  
Weg 1

Bemerkungen:

G. ist von Amts wegen am 4.1.47 abgemeldet, da sein Verbleib  
nach 1945 nicht feststellbar war.  
Soll vermutlich bei der amerikanischen Militärbehörde in  
Frankfurt/Main beschäftigt sein.

Es wird gebeten, unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden  
Unterlagen (Einwohnermeldeamt, Standesamt, kriminalpolizeiliche  
Karteien u.a.) entsprechende Ermittlungen durchzuführen  
und möglichst an den Vorgenannten nicht heranzutreten.

Im Auftrage

*Paul*  
(Paul), KK

Feststellungsergebnis:

Die Personalien der gesuchten Person treffen zu -  
lauten richtig:

Die gesuchte Person ist - war - wohnhaft und polizei-  
lich gemeldet:

ist verzogen am nach

Rückmeldung liegt - nicht - vor.

Die gesuchte Person ist verstorben am in

beurkundet beim Standesamt Reg.Nr.

Die gesuchte Person ist vermisst seit

Todeserklärung durch AG

am : Az. :

Sonstige Bemerkungen: Das GANS, weitere Personalien wie angegeben, konnte nicht ermittelt werden. Nach 1945 ist er hier nicht zur Anmeldung gekommen, und aus der Zeit vor 1945 sind keine Meldeunterlagen mehr vorhanden. Auch Nachforschungen bei der Hauptgeschäftsstelle der EES Pay Roll Section, beim amerik. Arbeitsamt, beim US-Army Publikations-Center und beim Registraturbüro für PX- und sonstige Einkaufsläden für Amerikaner waren ohne Erfolg. Irgendwelche Erkenntnisse über den Angefragten liegen hier nicht vor.

( Kary ) KHM

An den		Den Polizeipräsidium in Berlin - Abteilung -
Polizeipräsidenten in Ber		
I-A - KI 2 -		15. OKT. 1965
1	B e r l i n - 42	Anlagen: 173/2
Tempelhofer Damm 1-7		Briefmarken:

Hessisches  
Landeskriminalamt  
Wiesbaden  
Abt. V/SK-O.-Nr. 885 Wal.  
Wiesbaden, den 12.10.1965

nach Erledigung zurückgesandt.

Im Auftrage:

0.1.

Hilpert  
Kriminalkommissar

1. Thier  
da 15/10.

Ermittlungsbericht

Die zwischenzeitlich durchgeföhrten Ermittlungen über das Schicksal des ehem. Kriminaldirektors und Angehörigen der Stapoleitstelle Berlin

Karl G a n s,  
29.8.1893 in Berlin geb.,  
Berlin-Neukölln,  
Elbingeroder Weg 1 wohnhaft gewesen,

haben folgendes ergeben:

Die im Hause Berlin-Neukölln, Elbingeroder Weg 1, wohnenden Eheleute W a l d o w erklärten auf Befragen, daß G a n s etwa Mitte bis Ende Appil 1945 von mehreren russischen Soldaten, darunter einem gut deutsch sprechenden Offizier, aus der Wohnung geholt worden ist. Frau W a l d o w war Zeuge der Verhaftung. Nach einigen Tagen sei der russ. Offizier nochmals bei ihr in der Wohnung erschienen und habe ihr mitgeteilt, daß mit einer Rückkehr des G a n s nicht mehr zu rechnen ist, weil dieser ein Angehöriger der Gestapo war. Außerdem wurden von diesem Offizier sämtliche Hausbewohner in der Wohnung der Eheleute W a l d o w verhört und über das Verhalten des G a n s im Hause befragt. G a n s soll im Anschluß daran in einer Kaserne in Berlin-Trep tow, Bouchéstr., inhaftiert gewesen sein. Seine Mutter habe mehrfach vergeblich versucht, ihn dort zu besuchen.

G a n s war/nicht verheiratet und lebte mit seiner Mutter

Helene G a n s geb. Heller,  
21.7.1870 geb.,  
9.11.1945 in Berlin verstorben,

in einem gemeinsamen Haushalt.

Er war lange Jahre mit einer

Josefa J u s k o,  
4.12.1895 in Hullein geb.,  
Berlin 33, Schorlemerallee 1 wohnh.,

befreundet.

Frau J u s k o wurde am heutigen Tage auf ihrer Arbeitsstelle in Berlin-Steglitz, Schloßstr., Kaufhaus Wertheim, aufgesucht und befragt. Sie gab an, daß sie über das Schicksal des G a n s auch nichts Näheres erfahren konnte, sondern ebenfalls nur bei der Verhaftung zugegen gewesen sei.

Von einem zwischenzeitlich verstorbenen Rechtsanwalt, Dr. S t r a s s m a n n, will sie vor langen Jahren in Erfahrung gebracht haben, daß G a n s mit einem weiteren Angehörigen der Gestapo an einem nicht bekannten Ort erschossen worden sein soll.

Frau J u s k o erklärte sich bereit, in den nächsten Tagen Fotografien des G a n s zwecks einer Reproduktion der Dienststelle zur Verfügung zu stellen. Im Erfolgsfalle werden diese auf dem Nachtragswege übersandt.

*Thieler*  
(Thieler), KM

Ma

PP Bl. I 1 - KJ 2 - 3760/64 - N -  
(Name and address of requesting agency)

Berlin Document Center,  
U.S. Mission Berlin  
APO 742, U.S. Forces

Date: 2.11.64

T-URGENT

It is requested that your records on the following named person be checked:

Name: G a n s , Karl  
Place of birth: Berlin  
Date of birth: 29.8.93  
Occupation: KK  
Present address: 1939: Zent. Neukölln, Fliegengasse 1  
Other information:

1286620

It is understood that the requested information will be supplied at cost to this organization, and that payment will be made when billing is received.

(Telephone No.)

(Signature)

(This space will be filled in by the Berlin Document Center)

	Pos.	Neg.		Pos.	Neg.		Pos.	Neg.
1. NSDAP Master File	✓	—	7. SA	—	—	13. NS-Lehrerbund	—	—
2. Applications	—	—	8. OPG	—	—	14. Reichsaerztekammer	—	—
3. PK	—	—	9. RWA	—	—	15. Party Census	✓	—
4. SS Officers	—	—	10. EWZ	—	—	16.	—	—
5. RUSHA	—	—	11. Kulturrkammer	—	—	17.	—	—
6. Other SS Records	—	—	12. Volksgerichtshof	—	—	18.	—	—

For explanation of abbreviations and terms, see other side.

- 1) o. Pol. KK Weipenfel - Berlin
- 2) o. Mappe, Osgo unter Rechtsanw. fr. Klössmann
- 3) o. Mappe Pol. Gestapo S. 27
- 4) o. Prof. K. - Dir. Krakau - Berlin Refh. R 544
- 5) o. Refh. Bl. 18141 (Refh. Skpo + SD)
  - 4. 27/41 (Skpo)
  - 4. 23/43 (Skpo)
- 6) Fotak. Angef. Sch. 10.11.



## Tätigkeit als Polit. Leiter, Leiterin d. NS.-Frauensch., Walter, Walterin od. Wart

Nur auszufüllen von zur Zeit tätigen Politischen Leitern, Leiterinnen der NS-Frauenschaft, Waltern, Walterinnen oder Warten!

Sofern mehrere Aufgaben in Personalunion erfüllt werden, ist nur ein Amt oder Sachgebiet anzugeben. Welche Tätigkeit einzutragen ist, soll jeder auf Grund der höchsten politischen Dienststellung oder des Umfanges der Arbeit oder der Wichtigkeit der Tätigkeit selbst bestimmen!

1. Dienststelle, in der die Tätigkeit ausgeübt wird (z. B. Ortsgruppe, Ortswaltung DAF, Kreisfrauenschaftsleitung, Gauamtleitung für Volkswohlfahrt usw.):

2. Genaue Angabe des Amtes, der Abteilung oder des Sachgebietes (z. B. Organisation, Kasse, Propaganda, Zellenleiter, Blockobmann):

3. Dienststellung (nicht Dienstrang I) (z. B. Leiter eines Amtes, Leiter einer Stelle, Leiter einer Abteilung, Zellenwalter, Blockleiter):

4. Wie wird die vorgenannte Tätigkeit ausgeübt?

Hauptamtlich — ehrenamtlich  
(Nichtzutreffendes streichen)

5. Wird der angegebene Dienst innerhalb der Wohn-Ortsgruppe ausgeübt  ja — nein  (Nichtzutreffendes streichen)	Wenn nein, in welcher	
	a	Ortsgruppe: (Ortswaltung)
	b	Kreisleitung: (Kreiswaltung)
	c	Gauleitung: (Gauwaltung)

## E Dienstkleidung und eigene Ausrüstung als Politischer Leiter

An Dienstkleidung und eigener Ausrüstung sind vorhanden:  
(Zutreffendes ankreuzen)

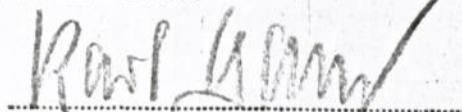
							a braun	b grau
1	Stiefel (schwarz)		6	Dienstmantel		11	Brotbeutel und Feldflasche	
2	Schuhe und Gamaschen		7	Dienstmütze Wehrmachtsschnitt IV		12	Tornister	
3	Diensthose (hellbraun)		8	Leibriemen (hellhavannabr. 60 mm br.)		13	Zeltbahn	
4	Dienstbluse (hellbraun)		9	Pistole PPK. mit Tasche				
5	Dienstrock (hellbraun)		10	Kochgeschirr				

## F Sportabzeichen

(Zutreffendes ankreuzen)

1	SA-Sportabzeichen (Wehrsportabzeichen)	
2	Reichssportabzeichen	

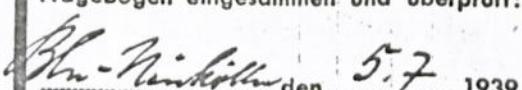
Ich versichere, alle Angaben vollständig und wahrheitsgemäß gemacht zu haben.



Unterschrift

den 9. Juli 1939

Fragebogen eingesammelt und überprüft:

  
den 5.7. 1939

Bearbeitungsvermerk der Ortsgruppe oder Kreisleitung:

Raum für weitere Bearbeitungsvermerke

den 1939

Unterschrift

Unterschrift

Mitglieds Nr.

3262607

Vor- und Zuname

Gans

Flurb

170 6

Ren. 29.8.93 Ort Berlin

Beruf. Krm. Reinig. Ledig, verheiratet, verw.

Eingetreten 1. MAI 1939

Ausgetreten

Wiedereingetr.

Wohnung M.

Ortsgr. Wittenbergs Gau

H. H. Drury. 5-134

Wohnung

Ortsgr. Berlin Gau Berlin

Wohnung

Ortsgr. Gau

Wohnung

Ortsgr. Gau

Wohnung

Ortsgr. Gau

Wohnung

Ortsgr. Gau

05205- XV/19534

171

Geheime Staatspolizei

Geheimes Staatspolizeiamt

II A 5 Nr. 1134/41 - 212 -

Berlin, den

1. Mai 1942  
November 1941

0 413

issen gemacht und  
außer für meine P  
ersonen nur solch  
e in dieser Ver  
emde bezeichnet  
n.

## Verfügung

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26. Mai 1933 — RGBl. I S. 293 — in Verbindung mit dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. Juli 1933 — RGBl. I S. 479 —, der Preußischen Durchführungsverordnung vom 31. Mai 1933 — GG. S. 207 —, der Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich vom 18. 11. 1938 — RGBl. I S. 1620 —, der Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens in den Sudetendeutschen Gebieten vom 12. 5. 1939 — RGBl. I S. 911 — und der Verordnung über die Einziehung von Vermögen im Protektorat Böhmen und Mähren vom 4. Oktober 1939 — RGBl. I S. 1998 — wird in Verbindung mit dem Erlass des Führers und Reichskanzlers über die Verwertung des eingezogenen Vermögens von Reichsfeinden vom 29. Mai 1941 — RGBl. I S. 303 —

das gesamte Vermögen des — der Elise Sara

Böhm

geborene Berhardy, geboren am 4.7.63

in Berlin

zuletzt wohnhaft in Berlin Charlottenburg

Sybel — Straße/Platz Nr. 37

zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen.

Im Auftrage

*Gans*  
(Gans)

*Gans?*



Verhandelt

Vorgeladen erscheint der Kaufmann

Kurt, Otto Grünwald,  
9.3.1909 Haueroda /Thür., geb.,  
Berlin 36, Skalitzer Str. 70

wohnhaft, und erklärt:

Vor Beginn meiner heutigen Vernehmung wurde mir erklärt, daß ich wegen meiner früheren Zugehörigkeit zur Stapoleitstelle Berlin zeugenschaftlich vernommen werden soll. Ich kann zur Sache folgendes aussagen:

Nach dem Besuch der Volksschule in Haueroda absolvierte ich eine kaufmännische Lehre in der Lebensmittelbranche und war später für die Dauer etwa 1 Jahres in einem Braunkohlenbergwerk in Beuna bei Merseburg tätig. Am 1.10.1929 trat ich ~~ieh~~ in die Schutzpolizei in Burg bei Magdeburg ein, wurde am 1.10.1930 nach Duisburg/Hamborn versetzt und von dort etwa Anfang 1934 zur Landespolizei Mühlheim/Ruhr und später zur Landespolizei Mannheim. Von dort wurde ich am 1.4.1936 zur Schutzpolizei Berlin, Gruppe Ost, versetzt. Etwa Juni 1939 wurde ich ohne mein Zutun mit dem Dienstgrad eines Revieroberwachtmeisters zur Stapoleitstelle Berlin versetzt. Ich absolvierte meine kriminalpolizeiliche Ausbildung bei der Stapoleitstelle Berlin. Nach etwa einjähriger Ausbildung wurde ich bei der Stapoleitstelle Berlin als Krim.-Assistent übernommen. Etwa Ende 1941 wurde ich zum Krim.-Oberassistenten befördert, eine weitere Beförderung erfolgte nicht. Ich nehme an, daß dies auf meine Nichtzugehörigkeit zur NSDAP bzw. zum SD zurückzuführen ist. Nach informatorischem Durchlauf durch verschiedene Abteilungen wurde ich nach Abschluß der Ausbildung zur Wirtschaftsabteilung versetzt, wobei ich die genaue Dienststellenbezeichnung jetzt nicht mehr benennen kann. Leiter der Wirtschaftsabteilung war damals ein Regierungsrat Rethmann der später zum Innenministerium versetzt wurde und der m.W. von einem Dr. Kunze abgelöst wurde.

Dr. Kunze wurde m.W. als Dienststellenleiter von einem KD Baumann abgelöst. In der Wirtschaftsabteilung war ich etwa 1 Jahr tätig. Danach wurde ich zur Dienststelle IV B 5, Sachgebiet Arbeitsverweigerer, versetzt. Ich erinnere mich an folgende Angehörige dieser Dienststelle: Sonntag, KS Müller, KS Österreich, ich glaube, letzterer war in der Kirchendienststelle, Below, Nölte, Adam, Biastock o.ä., Zibell, Wegener und Selchow. Leiter dieser Dienststelle war ein KR Möller, den ich in der Lichtbildmappe unter lfd. Nr. 23 wiedererkannt habe. Ich hatte dort Fälle von Arbeitsverweigerung zu bearbeiten, bei denen die Beschuldigten einen asozialen Einschlag hatten. Die Vorgänge wurden nach Abschluß dem KR Möller vorgelegt, der darüber entschied, ob der Beschuldigte mit einer staatspolizeilichen Verwarnung davon kam oder aber für die Dauer bis zu 3 Wochen in ein Arbeitserziehungslager, meistens war es Wuhlheide, eingewiesen wurde. In härteren Fällen erfolgte Vorführung vor einem Richter, ebenso im Wiederholungsfalle und in solchen Fällen war eine längere Einweisung zu erwarten. Etwa bis Dezember 1943 war ich bei dieser Dienststelle tätig. Danach wurde ich zum Sachgebiet "Heimtücke" kommandiert, wo ich liegengebliebene Aktenrückstände aufzuarbeiten hatte. Ende Februar 1944 wurde ich zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei Oslo versetzt. Dort habe ich auch den Zusammenbruch erlebt. Nach Internierung in Oslo und später in Sandbostel wurde ich im November 1947 nach Gr. Königsdorf entlassen, von wo auch ich nach Berlin kam.

Obwohl ich weder der NSDAP noch der SS angehört habe, wurde ich 1947 kurz vor meiner Entlassung vom Amtsgericht Stade wegen Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation zu 2 700.-RM Geldstrafe verurteilt, die jedoch durch die Internierungshaft verbüßt war.

Über den Geschäftsverteilungsplan der Stapoleitstelle Berlin vermag ich nach so langer zurückliegender Zeit keine Angaben mehr zu machen. Es ist mir daher auch nicht möglich, das sogen. Judenreferat zu bezeichnen. Ich weiß nur noch, daß es von dem Polizeipräsidium später zur Burgstr. verlegt wurde. Auch über das Endziel der Judendeportationen, nämlich die <sup>h</sup>ysische Vernichtung der Juden, wurde uns nichts gesagt, ich nehme an, daß dies bewußt von den unteren Dienstgraden ferngehalten wurde, weil viele Gestapobeamte nicht als linientreu angesehen werden konnten.

Mir ist hier eine Lichtbildmappe vorgelegt worden, in der ich folgende ehem. Gestapoangehörige wiedererkannt habe:

lfd. Nr. 57	<u>K i r c h h o f f</u> - Heimtücke
" " 14	<u>H a n s e n</u> - Abwehr ?
" " 36	<u>R e t h f e l d</u> - Dienststelle ?
" " 41	<u>S c h e w e</u> ✓ - Wirtschaftsabteilung
" " 37	<u>R o t h m a n n</u> - "
" " 27	<u>Ö s t e r r e i c h</u> - Kirche ?
" " 45	<u>S c h u b e r t</u> - Dienststelle ?
" " 46	<u>S t a r k</u> , der m.W. in der Judenabtl. tätig war.

Weiterhin ist mir noch ein gewisser P r ü f e r bekannt, der ebenfalls in der Judenabteilung tätig war und m.W. später Inspektor geworden ist. Namen wie K r e l l, S a s s e, S c h w ö b e l und S t o c k sind mir nicht bekannt.

Bemerkens möchte ich noch, daß ich zu keinen Judenaktionen herangezogen worden bin und dienstlich mit der Judenabteilung nichts zu tun hatte.

Folgende Personen sind mir als Leiter der Stapoleitstelle Berlin bekannt, wobei ich mich für die Reihenfolge nicht verbürgen kann.

D r . S t a h l m a n n, B l u m e, P a n z i n g e r, B o v e s i e p e n und B o c k.

Persönlichen Kontakt zu ehem. Kollegen unterhalte ich nicht mehr.

Geschlossen: laut diktiert, genehmigt, unterschrieben:

gez. Hillert

..... gez. Kurt Grünwald .....

(Hillert), KM

Stenogrammübertragung  
des Vernehmungsprotokolls vom 15. Oktober 1965

Gegenwärtig: Erster Staatsanwalt R u n g e ,  
Justizangestellte M a c s e r .

Vorgeladen erscheint der Kaufmann

Kurt Otto G r ü n w a l d ,  
geboren am 9. März 1909 in Haute-Rode/Thüringen,  
wohnhaft in Berlin 36, Skalitzer Str. 70,

und erklärt:

Mit dem Gegenstand meiner Vernehmung wurde ich vertraut gemacht. Ich bin über mein Zeugnisverweigerungsrecht (§ 52 StPO) sowie darüber belehrt worden, daß ich die Auskunft auf solche Fragen verweigern kann, deren Beantwortung mich oder meine Angehörigen der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen würde (§ 55 StPO).

Zur Wahrheit ermahnt, bin ich bereit auszusagen.

Die Niederschrift meiner am 12. April 1965 vor der Kriminalpolizei gemachten Angaben ist mit mir in den wesentlichsten Teilen durchgesprochen worden. Ich bestätige die Richtigkeit dieser mit mir noch einmal erörterten Aussagen und führe ergänzend aus:

Während meiner Ausbildungszeit durchlief ich mehrere Referate. Ich kann mich noch an die Abteilung Abwehr erinnern. Kurzfristig war ich auch bei der Kriminalpolizei zur Ausbildung.tätig und habe beim Sicherheitsdienst vor allem Vorträge gehört. Mit Bestimmtheit weiß

ich, daß ich ~~XXXXXX~~ während dieser Ausbildungszeit nicht im Judenreferat eingesetzt war. 1940 kam ich zum Wirtschaftsreferat. Es ist möglich, daß dieses Referat später das Zeichen IV B 4 trug. Die Diensträume dieses Referats befanden sich im Polizeipräsidium Alexanderplatz. Ich bearbeitete dort in erster Linie Verstöße gegen Wirtschaftsstrafbestimmungen. Nach einer neunmonatigen Tätigkeit dort kam ich zum Referat Deutsche Arbeitsverweigerer, das sich IV B 5 nannte. Ab Dezember 1943 kam ich zum Referat Heintzcke (IV A 3), dessen Diensträume sich in dem Gebäude Burgstraße befanden. Dort war ich etwa drei Monate beschäftigt und wurde anschließend, es mag Februar 1944 gewesen sein, zur Staatspolizei zum BdS Oslo versetzt. In Oslo erlebte ich auch den militärischen Zusammenbruch. Ich habe weder der Partei noch der SS angehört und trug auch keinen SS-Angleichungsdienstgrad.

Wenn ich nach Vorgesetzten gefragt werde, so erinnere ich mich in der Abteilung Abwehr an den Kriminaldirektor L i p i k, hinsichtlich des Referats IV B 5 an den Kriminalrat M ö l l e r und an N ö l t e . Bei IV B 4 ist mir der Regierungsgerat R o t h m a n n als Abteilungsleiter noch erinnerlich. Außerdem müssen dort noch der Regierungsgerat Dr. K u n s e oder K u n z und der Regierungsdirektor B a u m a n n als Abteilungsleiter tätig gewesen sein. Hinsichtlich des Referats IV A 3 (Heintzcke) weiß ich mich nur noch an den Kriminalinspektor K a r s t e n zu erinnern.

Leiter der Staatspolizei-Leitstelle Berlin waren, soweit mir erinnerlich ist, in zeitlicher Reihenfolge P a n z i n g e r , B l u m e , B o v e n s i e p e n und B o c k .

Wenn ich nach Arbeitskollegen gefragt werde, so erinnere ich mich bei E (Abwehr) an K i e f e r und Kriminalinspektor K o l b e . Bei IV B 4 (Wirtschaft) arbeitete ich mit Josef S c h e w e , T r ä g e r , S c h r a n n , S t e i n und Alfred F i e d l e r zusammen, die entweder Kriminalsekretäre oder aber Assistenten waren.

Bei IV B 5 - Arbeitsverweigerer - erinnere ich mich an Kriminalsekretär Wenzel und Kriminalsekretär Gustav Küller. Hinsichtlich IV A 3 (Heimtücke) ist mir noch der Kriminalsekretär Josef Kirchhof erinnerlich.

Auf Vorhalt:

Mir war bekannt, daß sich bei der Staatspolizei-Leitstelle Berlin auch ein Judenreferat befand, dessen Diensträume zunächst im Polizeipräsidium Alexanderplatz und später in der Burgstraße untergebracht waren. Mit den Angehörigen des Judenreferats habe ich weder privat noch dienstlich Kontakt gehabt. Ich kann mich aber erinnern, anlässlich eines Schutzdiensteinsatzes den Kriminalinspektor Prüfer kennengelernt zu haben, dem ich damals, es muß 1941 gewesen sein, im Rahmen dieses Einsatzes zugeteilt worden war. Dieser Prüfer gehörte dem Judenreferat, das sich zu dieser Zeit noch im Polizeipräsidium befand, an. Das hat er mir anlässlich eines Gesprächs erzählt. Hierbei haben wir uns auch über die Juden unterhalten und Prüfer gab mir zu verstehen, daß die Juden evakuiert und in Polen angesiedelt werden sollten. Mir fällt eben noch ein, daß ich eines Tages auch von einem Max Stark gehört habe. Dieser sollte <sup>eb</sup> jedenfalls dem Judenreferat angehören. Er galt allgemein als "wilder SS-Mann". Ich habe Stark aber nur vom Sehen her kennengelernt.

Mir werden jetzt eine Anzahl von Namen vorgelesen, die Angehörige des Judenreferats gewesen sein sollen. Die Namen Bünker, Dobberke, Emanuel Dittbrenner, Hansen, Rethfeldt, Alfred Schmidt und Richard Stein kommen mir bekannt vor. Ich kann jedoch nicht sagen, in welchen Referaten die Vorgenannten tätig waren.

Wenn ich nach dem Aufgabenbereich des Judenreferats gefragt werde, so meine ich, daß dort zunächst kriminelle Handlungen der Juden bearbeitet wurden und später die Deportation der Berliner Juden

durchgeführt worden ist. Ich habe nur ganz allgemein gehört, daß / die Juden im Osten in Gettos gebracht werden sollten. Ich habe auch erfahren, daß in das Lager Theresienstadt nur sogenannte Prominente oder Bevorzugte eingeliefert wurden. Der von mir bereits benannte Prüfer hat mir gelegentlich erzählt, daß die Organisation der Deportationen in den Händen der jüdischen Gemeinden war. Als die Deportationen später einen größeren Umfang annahmen, hörte ich von meinem Kollegen Wegner - ich arbeitete damals im Referat Arbeitsverweigerung - daß die Staatspolizei die organisatorische Übersicht über die Deportationen verloren habe. Woher Wegner das wußte, kann ich nicht sagen. Meiner Ansicht nach sickerte diese Tatsache durch die Behörde

Auf Vorhalt:

Ich bin zu Aktionen, die die Abholung der zu deportierenden Juden aus ihren Wohnungen zum Ziele hatten, nicht eingesetzt worden. Ich kann nicht ~~noch~~ <sup>abey</sup> erinnern, daß ich einmal eingeteilt wurde, mich in einem Sammellager zu melden. Das habe ich auch getan, jedoch schickte mich der diensthabende Beamte, es war der besagte Prüfer, wieder nach Hause.

Auf nochmaligen Vorhalt:

Ich räume jetzt ein, daß ich doch - es muß im Jahre 1942 gewesen sein - ein- oder zweimal herangezogen wurde, Juden aus ihren Wohnungen abzuholen und in das Lager Lewetzowstraße zu schaffen. Hierbei wurde ich von einem Kollegen begleitet, der, wenn ich mich recht erinnere, Lester hieß. Die entsprechende Weisung erhielten wir von unserem Dienststellenleiter, der uns auch die Anschriften der abzuholenden Juden mitteilte. Die von der Dienststelle bezeichneten Juden trafen wir jedoch in den Wohnungen nicht an. Wir haben dann den Zettel mit der Wohnanschrift in der Sammelstelle Lewetzowstraße wieder abgeliefert und entsprechende Meldung gemacht. Ich lege Wert auf die Feststellung, daß sich in den von uns aufgesuchten Wohnungen eine Anzahl von Juden befanden. Da sie aber mit denen, die wir abholen sollten, nicht identisch waren, haben wir uns nicht weiter um sie gekümmert.

Auf Vorhalt:

Ich bin auch, es mag etwa zweimal gewesen sein, zu Aktionen eingesetzt worden, die der Durchsuchung des von den Juden mitgebrachten Gepäcks in der Sammelstelle Levetzowstraße dienten. Diese Durchsuchungen fanden, dasselbe gilt auch für die Abholungen, stets nach Dienstschluß statt. Sie dauerten meist bis Mitternacht. Die hierfür erforderlichen Weisungen habe ich auch von meiner Dienststelle erhalten. In der Sammelstelle Levetzowstraße waren in einem großen Raum mehrere längere Tische aufgebaut, hinter denen wir Beamten der Staatspolizei-Leitstelle standen. An diese Tische mußten die Juden mit ihrem Gepäck herantreten und den Inhalt der Gepäckstücke ausbreiten. Wir haben den Inhalt nach Wertgegenständen (Gold, Schmuck, Wertpapiere usw.) durchsucht; fanden wir solche Gegenstände, so wurden sie einbehalten und auf einer dafür vorgesehenen Stelle in den großen Raum gesammelt. Wenn ich mich recht erinnere, holten dann Angehörige des Referats, dem der Polizeirat Lessmann vorstand, die den Juden weggenommenen Wertgegenstände ab.

Ich bitte mit Rücksicht darauf, daß ich unter Kreislaufstörungen leide und außerdem in meinem Geschäft dringend gebracht werde, die Vernehmung für heute zu unterbrechen. Mir ist gesagt worden, daß ich in etwa vier bis sechs Wochen erneut geladen werde. Die Vernehmung soll dann fortgesetzt werden.

Laut diktirt, genehmigt und im Stenogramm unterschrieben.

Kurt Grünwald

Geschlossen: Runge, EStA

Für die Richtigkeit der Übertragung:

*Luessel*

Justizangestellte

bertragung der Vernehmung vom 18. November 1965  
(Stenogramm)

Gegenwärtig: Erster Staatsanwalt R u n g e  
Justizangestellte Schele

Vorgelesden erscheint der Kaufmann

Kurt Grunewald  
- Personalien bekannt -

zur Fortsetzung der Vernehmung vom 15. Oktober 1965.

Der von mir benannte Regierungsreferent Dr. Kunze, auf den ich jetzt noch einmal angesprochen werde, war Wiener von Geburt. Das merkte man an seinem österreichischen Dialekt. Anlässlich einer in der Sammelstelle Levetzowstraße stattgefundenen Gepäckdurchsuchung, an der ich auch teilnahm, es kann in der ersten Hälfte des Jahres 1942 gewesen sein, trat Dr. Kunze in der Uniform eines SS-Führers (möglicherweise SS-Sturmbannführers) als Leiter dieser Aktion auf. Er stand in der Sammelstelle mit einem mir unbekannten Mann in Zivil zusammen und ich gewann den Eindruck, daß Dr. Kunze die Aufsicht über die Durchsuchungsaktion führte. Aus dieser Tatsache schließe ich, daß Dr. Kunze dem Judenreferat in leitender Stellung angehörte. Er galt unter uns Kollegen als ein sog. "scharfer Hund". Ich weiß, daß er auch in die Unterschlagungssaffäre verwickelt war, und zwar wurde ihm vorgeworfen, seine Aufsichtspflicht als leitender Beamter gegenüber den ihm unterstellten Angehörigen des Judenreferats, die sich an jüdischem Vermögen vergriffen hatten, verletzt zu haben. Dr. Kunze saß deswegen auch im Gefängnis in der Prinz-Albrecht-Straße. Ich traf mit ihm eines Tages zufällig in einem Personenauto zusammen, das uns zu Vernehmungen in eine im Grunewald gelegene Villa brachte. In diesem Gebäude saß das SS- und Polizeigericht. Die Untersuchungen leitete ein gewisser Werner, der möglicherweise den Doktortitel

trug. Der unter Nr. 49 in der Fotomappe abgebildete Günter Werner könnte mit dem von mir gemeinten Untersuchungsführer identisch sein. Während meiner Zugehörigkeit zum Referat IV B 5 war Dr. Kunze, wenn ich mich recht erinnere, Stellvertreter des Abteilungsleiters Rothmann (IV B). Ich halte es für möglich, daß Dr. Kunze etwa Anfang 1941 zum Judenreferat kam. Was aus ihm später geworden ist, weiß ich nicht. Die Verhandlung gegen die in die Unterschlagungssaffäre verwickelten Angehörigen der Stapoleitstelle Berlin, zu denen ich auch gehörte, fand im Juli 1944 statt. Dr. Kunze habe ich bei dieser Verhandlung nicht angetroffen. Ich wurde freigesprochen, da sich meine völlige Unschuld herausgestellt hatte.

Der von mir in den früheren Vernehmungen benannte Emanuel Dittbrenner war, das möchte ich jetzt auchtragen, ebenfalls in die Unterschlagungssaffäre verwickelt. Ich hörte später, daß er deswegen in ein Lager eingewiesen wurde, wo er unter Aufsicht arbeiten mußte. Das hörte ich nach Kriegsende von ehemaligen Kollegen.

Auf Befragung:

Auf welchen Bahnhöfen und unter welchen Umständen die Juden verladen und abtransportiert wurden, habe ich nicht gesehen. Mir ist auch nicht zu Ohren gekommen, daß Angehörige des Judenreferats die nach Osten abgehenden Transportzüge begleiteten.

Auf Befragung:

Während der Durchsuchung des Gepäcks in der Sammelstelle Levitzowstraße ist es vereinzelt auch zu Leibesvisitationen gekommen. Ich erinnere mich besonders daran, daß mir Dr. Kunze die Weisung erteilte, einem Juden, der bereits die Hosen <sup>zu</sup> fallen lassen müssen, in den After greifen, um auf diese Weise festzustellen, ob er dort Wertgegenstände versteckt hatte. Ich habe diesen Auftrag nicht ausgeführt, ich kann mich auch nicht erinnern, daß ein anderer an meiner

Statt den Juden in der verlangten Weise kontrollierte. Prügelezenen habe ich während der Festnahme- und Durchsuchungsaktionen, an denen ich teilnahm, nicht miterlebt.

Auf Befragen:

Die Durchsuchung des von den Juden mitgeführten Gepäcks erfolgte im allgemeinen korrekt. Nur in Ausnahmefällen wurde einmal von Angehörigen der Stadtpolizeistelle Berlin ein barscher Ton angeschlagen. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an einen jüngeren dunkelhaarigen Kollegen - es könnte ein Angestellter gewesen sein, der dort in Zivil Dienst tat -, der sich in der Nähe von Dr. Kunze aufhielt und im lauten Tone abfällige Reden über die Juden führte, etwa in der Art: Es geschehe den Juden jetzt ganz recht, wenn ihnen alles weggenommen werde. Er sei früher arbeitslos gewesen, während die Juden im Überflusse lebten. Der Name dieses jüngeren Kollegen ist mir nicht bekannt. Unter den in der Fotomappe abgebildeten Personen befindet er sich nicht. Ich würde ihn jedoch jederzeit wiedererkennen.

Auf Befragen:

Nachdem das Gepäck durchsucht worden war, verblieben die Juden in einem Nebenraum der Synagoge. Sie hockten dort zusammengedrängt auf ihren mitgeführten Sachen. Es handelte sich meist um ältere Leute, in der Regel um Ehepaare. Daß Kinder dabei gewesen wären, ist mir nicht erinnerlich. Gesprächsweise hörte ich, daß die Juden nach Theresienstadt gebracht werden sollten. Einige ließen mir gegenüber erkennen, daß sie Teilnehmer des ersten Weltkrieges seien und Kriegsauszeichnungen trugen. Ich kann nicht sagen, daß die Juden einen besonders niedergedrückten Eindruck auf mich machten.

Laut diktiert, genehmigt und  
im Telegramm unterschrieben

Kurt Grünwald

Geschlossen:  
Runge, ESTA

Für die Richtigkeit  
der Übertragung:  
Schell  
Justizangestellte

Verhandelt

Vorgeladen erscheint die Krankenschwester

Minna, Marie, Gerda Giesel,  
17.4.1915 Berlin geb.,  
Berlin 65 (Wedding), Belfast Str. 39 wohnh.,

und erklärt:

Der Grund meiner heutigen Vernehmung wurde mir in der Vorbesprechung bekanntgegeben. Ich kann zur Sache folgende Angaben machen:

Ich mußte im Jahre 1939 meinen Beruf als Krankenschwester aus gesundheitlichen Gründen aufgeben und wurde daraufhin vom Arbeitsamt Berlin als Kanzleiangestellte am die Stapo-leitstelle Berlin vermittelt. Ich war zunächst im Polizeipräsidium tätig. Es kann etwa 1943 gewesen sein, als ich in einer Dienststelle der Stapo-leitstelle Berlin in der Burgstraße tätig sein mußte. Die Dienststellenbezeichnungen der in der Burgstraße untergebrachten Dienststellen vermag ich jetzt nicht mehr anzugeben. Meines Wissens war dort auch eine Dienststelle untergebracht, die sich mit Judenfragen befaßte. Meines Wissens wurde etwa 1943 der K.-Dir. G a n s durch den Stubaf. W i p p e r abgelöst, der daraufhin die Leitung der Dienststellen in der Burgstraße übernahm. Ich war im Vorzimmer des Stubaf. Wipper tätig. Ich war überwiegend mit der Abfassung von Personalberichten der dort tätigen Beamten, sowie mit der Abfassung von Einsatzbefehlen tätig.

Kurz nach dem 20. Juli 1944 wurde ich wieder Herrn Wipper zugeteilt; zu einer anderen Dienststelle in der Nähe des Bahnhof Friedrichstraße versetzt. Meines Wissens wurden bei dieser Dienststelle Akten von Personen überprüft, die im Verdacht standen, an dem Anschlag auf Hitler beteiligt zu sein.

Etwa im Spätherbst 1944 kam Herr Wipper zur Briefprüfstelle. Ich war ihm zu diesem Zeitpunkt nicht zugeordnet, sondern verblieb in der Dienststelle, in der Nähe des Bahnhof Friedrichstraße. Ich vermag nicht mehr zu sagen, wer nach Wipper mit der Leitung dieser Dienststelle beauftragt war. Bei Frontannäherung, als ein ordnungsgemäßes Arbeiten der Stapodienststellen nicht mehr möglich war und verschiedene Dienststellen ausgebombt waren, wurde von dem Leiter der Stapoleitstelle Berlin, B o c k, eine Kampfgruppe zur Verteidigung Berlins organisiert. Als die Kämpfe um Berlin begannen, hielt ich mich mit anderem Personal in dem Bunker des RSHA auf. Ich habe Ende April 1945 eine Auseinandersetzung zwischen Herrn Bock und Herrn Wipper mit erlebt. Herr Wipper weigerte sich gegenüber Herrn Bock, seine Leute in dem nunmehr aussichtlos gewordenen Kampf um Berlin sinnlos weiterhin aufzuopfern. Als Wipper in den frühen Morgenstunden des 29. April 1945 von einem Einsatz zurückgekehrt war, wurde ihm die Anordnung von Bock bekanntgegeben, daß er wegen Feigheit vor dem Feinde abgelöst sei. Bei dieser Meldung war ich selbst zugegen. Daraufhin begab sich Herr Wipper in das Zimmer von Bock, wo es zwischen beiden zu einer heftigen Auseinandersetzung kam. Ich selbst habe jedoch nicht gesehen, dass Wipper seine Pistole zog, um Bock zu erschießen. Ich habe lediglich kurz darauf gesehen, daß Herr ~~Exhxxxxxx~~ Wipper in Begleitung eines höheren SS-Führers Namens B e l i n g nach draußen abgeführt wurde. Kurz darauf hörte ich einen einzelnen Schuß. Wer diesen Schuß abgegeben hat entzieht sich meiner Kenntnis. Ich muß den Umständen nach annehmen, daß dieser Schuß Herrn Wipper gegolten hat. Seine Leiche habe ich nicht gesehen. Während Herr Wipper abgeführt wurde, sind keine Äußerungen seitens der ihn Abführenden gefallen. Obwohl mir auch von anderen Personen nichts mitgeteilt wurde, daß seine Leiche gesehen worden war, muß ich jedoch den Umständen nach mit Sicherheit annehmen, daß Herr Wipper erschossen worden ist.

Kurz darauf wurden die weiblichen Angestellten ~~num~~ abgesondert und zunächst in das Reichsluftfahrtministerium, darauf in das Gebäude des Kultusministeriums überstellt.

Dort blieben wir bis zum Einzug der Russen. Danach konnte ich nach Hause gehen. Erst im August 1945 wurde ich von den Russen festgenommen und in das Lager Hohenstaufenhausen, danach in das Lager Sachsenhausen gebracht. Von dort wurde ich erst 1948 entlassen. Ein Verfahren hat gegen mich niemals stattgefunden. Etwa im Februar oder März 1949 wurde ich in Berlin-Wilmersdorf in einem Spruchkammerverfahren als "entlastet" eingestuft.

Mir ist hier eine Lichtbildmappe vorgelegt worden. Unter der lfd. Nr. 51 habe ich als einzigen der dort abgebildeten Personen den damaligen KK Stock wiedererkannt. Ich weiß zwar, daß er in der Burgstraße tätig war, vermag jedoch nicht zu sagen, welche Tätigkeit er dort ausübte. Mir ist hier eine Anzahl von Namen ehemaliger in der Burgstraße tätiger Gestapobeamter benannt worden, die mir jedoch nichts sagen. Über Ebeling kann ich nur sagen, daß ihm im Kampf um Berlin ein Bein abgeschossen wurde und er in ein Lazarett eingeliefert wurde. Dieses habe ich nur vom Hörensagen erfahren. Der Verbleib von Bock ist mir unbekannt. Mir ist der Name Boven siepen benannt worden. Ich habe erst jetzt erfahren, daß dieser vor Bock Leiter der Stapoleitstelle Berlin gewesen ist. Ich habe heute keinerlei Verbindungen mehr zu ehemaligen Angehörigen der Stapoleitstelle Berlin. Weitere Angaben vermag ich nicht zu machen.

Geschlossen: laut diktiert, genehmigt und unterschrieben

... gez. Hillert .....  
( H i l l e r t ) K M

gez. Gerda Giesel

V e r m e r k

Trotz wiederholter Bemühungen war es nicht möglich, von der Zeugin G i e s e l nähere Angaben zu erlangen, zumal sie sich auch auf Vorhalte auf fehlendes Erinnerungsvermögen berief. Der Unterzeichnende mußte den Eindruck gewinnen, daß sie keine eingehenderen Angaben machen wollte.

gez. Hillert

( H i l l e r t ) KM

Bl.

Beurteilt  
H. 18.5.65  
B. 18.5.65  
W. 18.5.65

1 Js 9/65 (Stapoleit. Bla.)

Stenogrammübertragung  
des Vernehmungsprotokolls vom 23. November 1965

Gegenwirtin: Erster Staatsanwalt K u n g e ,  
Justizangestellte M a e s e r .

Vorgeladen erscheint die Krankenschwester

Minna Marie Gerda G i e s e l ,  
geboren am 17. April 1915 in Berlin,  
wohhaft in Berlin 65 (Wedding), Belfast Str. 39,

und erklärt:

Mit dem Gegenstand meiner Vernehmung wurde ich vertraut gemacht.  
Belehrt nach § 55 StPO und zur Wahrheit ermahnt, bin ich bereit  
auszusagen.

Die Niederschrift meiner am 18. Mai 1965 vor der Kriminalpolizei  
gemachten Angaben ist mit mir durchgesprochen worden. Ergänzend  
führe ich aus:

Ich habe der Staatspolizeileitstelle Berlin als Angestellte bis  
Kriegsende angehört. Ich tat zunächst im Polizeipräsidium, dann  
in der Burgstraße und anschließend in einem Gebäude in der  
Französischen Straße Dienst. Zum Schluß saß ich wieder im Polizei-  
präsidium. Während meiner Tätigkeit im Polizeipräsidium in der  
Zeit von 1939 bis etwa Mitte 1942, genaue Angaben kann ich insoweit  
nicht machen, arbeitete ich in einer Art Zentralkanzlei zusammen  
mit mehreren weiteren weiblichen Angestellten. Wie viele es gewesen  
sind, kann ich nicht mehr sagen. Wir nahmen keine Vernehmungen auf  
sondern fertigten in der Regel Reinschriften von Diktaten an. Ich  
selbst habe keine Diktate aufgenommen. In der Burgstraße saß ich

29 188

allein im Vorzimmer des Kriminaldirektors G a n s , der später von Kriminaldirektor S i p p e r abgelöst wurde. Zu welchem Zeitpunkt Wipper seinen Dienst in der Burgstraße entrat, kann ich nicht mehr sagen. Wohin Gans versetzt wurde, weiß ich ebenfalls nicht mehr. Gans war Brillenträger und ein mittelgroßer untererzetzter Mann. Er bekleidete ebenso wie Wipper die Stellung eines Abteilungsleiters. Ich kann allerdings nicht mehr sagen, ob es sich um die Abteilung IV A oder IV D gehandelt hat. Wipper kam aus Sofia zur Staatspolizei-Leitstelle Berlin. Er war dort Polizei-Attaché gewesen. Seine Versetzung nach Berlin sah er als eine Strafversetzung an. Das hat er mir selbst erzählt. Als Sekretärin im Vorzimmer dieser beiden Abteilungsleiter bearbeitete ich in erster Linie Personalauslässe. Zu Vernehmungen wurde ich nicht hinzugezogen. Einzelheiten sind mir nicht mehr erinnerlich. Es kann im Herbst 1944 gewesen sein, als Wipper zur Briefprüfstelle versetzt wurde. Ich habe ihn dorthin nicht begleitet. Ich halte es für möglich, daß ich nach dem Begegnung Wippers zum Polizeipräsidium zurückbeordert wurde.

Auf Befragen:

Ob Gans und Wipper in ihrer Eigenschaft als Abteilungsleiter Maßnahmen gegenüber Juden veranlaßten, weiß ich nicht mehr. Ich kann mich nur daran erinnern, daß mir ab und zu Einsatzbefehle diktiert wurden, die sich mit dem Schutz prominenter Persönlichkeiten befassen. An die Namen der zu diesen Schutzaufgaben herangezogenen Beamten der Staatspolizei-Leitstelle Berlin habe ich keine Erinnerung mehr.

Auf Befragen:

Der von mir in der kriminalpolizeilichen Vernehmung benannte SS-Hauptsturmführer I b e l i n g tat nicht in der Burgstraße Dienst. Meines Wissens war er im Polizeipräsidium beschäftigt, und zwar bei der Abwehr.

Auf Befragen:

Ich wußte damals, daß Juden aus Berlin deportiert wurden. Es könnte durchaus sein, daß Gans Aktionen veranlaßte, die der Abholung von Juden aus ihren Wohnungen und deren Verbringung in eine Synagoge dienten. Um welche Synagoge, die als Sammelstelle benutzt wurde, es sich im einzelnen handelte, weiß ich nicht. Ob sich in der Levetzowstraße eine solche Synagoge befand, kann ich nicht sagen. Dienstlich bin ich mit den vorgenannten gegen die Juden gerichteten Aktionen nicht in Berührung gekommen. Ich halte es für möglich, daß Gans mit mir einmal über solche Aktionen gesprochen hat. An Einzelheiten habe ich aber keine Erinnerung mehr. Es ist natürlich öfter vorgekommen, daß Angehörige der dem Abteilungsleiter unterstehenden Referate durch das Vorzimmer zu Gans und Zipper gingen. Ich kann mich jedoch weder an Namen noch an das Aussehen der Personen erinnern.

Auf Befragen:

Daran, daß Angehörige des Judenreferats sich an jüdischen Vermögen unrechtmäßig bereichert hatten, habe ich keine Erinnerung mehr. Ich halte es für möglich, daß solche Dinge damals passiert sind. Es ist auch durchaus möglich, daß Gans einmal mit mir über diese Affären gesprochen hat. Ich kann mich jedoch nicht mehr an Einzelheiten erinnern. Der mir in diesem Zusammenhang genannte Kriminalkommissar Stübs sagt mir nichts. Seine mir gezeigte fotografische Aufnahme weckt in mir keine Erinnerung.

Auf Befragen:

Ich bin niemals in einer Synagoge gewesen, in die die aus den Wohnungen abgeholt Juden verbracht wurden. Dß Juden aus Berlin abtransportiert wurden und zum Beispiel nach Theresienstadt kamen, war allgemein bekannt. Ich hatte damals keine Ahnung, was mit den Juden wirklich geschehen sollte. Erst nach Kriegsende habe ich erfahren, daß die Juden in östlichen Vernichtungslagern umkamen.

Auf Befragen:

Listen, auf denen die zu deportierenden Juden aufgeführt wurden, habe ich weder gesehen noch angefertigt. Mit der Einziehung des jüdischen Vermögens hatte ich nichts zu tun.

Auf Befragen:

Anhand der von mir nochmals durchgesehenen Mappe mit fotografischen Aufnahmen ehemaliger Angehöriger der Stadtpolizei-Leitstelle Berlin habe ich nur den Kriminalkommissar O t o c k wiedererkannt. Dr ist mir deshalb besonders erinnerlich geblieben, weil ich mit ihm ab und zu sprach, wenn er durch das Vorzimmer zu Gero ging. Wir haben uns allerdings nur über außerdienstliche Dinge unterhalten. Ich kann nicht sagen, ob Stock im Judenreferat tätig gewesen ist.

Laut diktiert, genehmigt und im Stenogramm unterschrieben.

Gerda Giesel

Geschlossen: Kunze, BStA.

Für die Richtigkeit der Übertragung:

*luoese*

Justizangestellte

Verhandelt

zu Berlin,  
am 19. September 1952.

Vor dem unterzeichneten Notar in Berlin

Dr. Harald Grasser

mit dem Amtssitz in Berlin W 30, Kurfürstendamm 253  
erschien heute:

die Krankenschwester Gerda Giesel  
aus Berlin N 65, Genter Strasse 9.

Die Erschienene ist dem Notar von Person nicht bekannt,  
legitimierte sich aber zu seiner vollen Gewiheit durch  
Vorlegung ihres Personalausweises Nr. 44/88/49 mit Licht-  
bild, ausgestellt vom Polizeipräsidenten in Berlin am  
10. Oktober 1949.

Die Erschienene erklärte:

Ich versichere folgendes an Eides Statt, wobei ich mir  
bewußt bin, daß die Abgabe einer falschen eidesstattlichen  
Versicherung strafbar ist:

Ich war bis etwa November 1944 Sekretärin des Kriminal-  
direktors Alwin Wipper und kann über seinen Tod folgendes  
erklären:

Bei Ausgang der Kämpfe um Berlin im April 1945 befand  
Herr Wipper sich, ebenso wie ich selbst, im Bunker des  
Reichssicherheitshauptamts und wurde als Einsatzführer  
einer Gruppe im Strassenkampf um die Reichskanzlei einge-  
setzt. Da er das Sinnlose der Sache erfasste, zog er sich  
mit seinen Männern zurück, um diese nicht unnütz in den Tod  
zu jagen. Darauf löste ihn der SS-Standartenführer Bock ab  
und meldete der vorgesetzten Dienststelle: "Wipper wegen  
Feigheit vor dem Feinde abgelöst". Die Meldung habe ich  
selbst mitgehört, da ich dabei saß als sie weitergegeben  
wurde. Wipper war darüber erbittert, zog seine Pistole und  
versuchte auf Bock zu schießen, weil Bock und seine Mitar-  
beiter Befehle aus dem sicheren Reichsführerbunker heraus-  
gaben, die undurchführbar waren. Infolge einer Ladehemmung,  
wie ich annahm, mißlang Wipper seine Absicht. Daraufhin  
befahl Bock dem SS-Sturmbannführer Ebeling, Wipper abzufüh-  
ren und zu erschießen. Diese Vorgänge spielten sich gegen  
3 Uhr früh des 29. April 1945 ab. Wir hörten sodann einen  
Schuß. Die Leiche Wippers selbst habe ich nicht gesehen  
aber deutlich den Schuß vernommen. Es bestand kein Zweifel,  
daß Wipper erschossen war.

Das Protokoll ist von dem Notar vorgelesen, von der Betei-  
ligten genehmigt und eigenhändig unterschrieben worden:

Gerda Giesel  
Grasser  
Notar